

INHALT DES NOVEMBERHEFTES / 1931

Leitungsatz

H. REICHARD	
Aufbruch zum Morgen!	785

Geopolitische Berichterstattungen

ERICH OBST	
Berichterstattung aus Europa und Afrika... ..	791
KARL HAUSHOFER	
Nachricht über den indopazifischen Raum... ..	797
(Mit einer Karte und 4 Zeichnungen)	
OTTO MAULL	
Berichterstattung aus der amerikanischen Welt.....	805

Geopolitische Untersuchungen

ERNHARD LAMEY	
Sicherheitsproblem im baltischen Raum	811

ERNST RÜDENBERG	
Die Wirtschaftsprovinzen Chinas.....	818
(Mit einer Karte und einer Tabelle)	

GUSTAV FESTER	
Argentinische Außen- und Grenzbeziehungen III.....	824

WALTER FLEMMIG	
Zur Erdölpolitik der Großmächte III	829

Aus der Weltwirtschaft

J. ADLER	
Die internationale Pelzwirtschaft	834

Literaturberichte

KARL HAUSHOFER	
Literaturbericht über den indopazifischen Raum	842
ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST	
Literaturbericht aus Europa und Afrika ..	843

H. REICHARD:

Aufbruch zum Morgen

Wer führen will, darf sich den Blick durch das Heute nicht trüben lassen. Wer den Sinn dieser Zeit erfaßt hat, wird heute um der Nation willen fest das Bild des deutschen Staates, das Bild unseres deutschen Raumes, das Bild der Wirtschaft im Auge halten, wird sich erfüllen lassen von der ehernen Notwendigkeit unseres Schicksals, wird aus ihm heraus den Weg zum Morgen fühlen, bald auch sehen.

Man mag im Blick auf den Tag zweifeln, ob das politische, ob das wirtschaftliche Geschehen sich in den Vordergrund schiebt — wer tiefer schaut, erkennt, daß der politisch-wirtschaftliche Entwicklungsablauf nur Teilausdruck einer tieferen, übergreifenden geistigen Entwicklung ist, die mit Naturnotwendigkeit auf alle Wirkkräfte des menschlichen Daseins übergreift:

Politik in diesem Sinn ist weder einseitig ideologisch festgelegte Willensäußerung noch Ausdruck wirtschaftlicher Notwendigkeiten, sondern die Erfüllung des kategorischen Imperativs geopolitischer Forderung aus der jeweils gültigen geistigen Haltung des Volkes heraus.

Denn zwar sind die Erfordernisse der räumlichen Lage an sich gleichbleibend; doch in Art und Ausmaß der Auswirkung unterliegen sie dem wandelnden Einfluß der geistigen Struktur der Nation. Das politische Gesicht eines Volkes wird von seiner inneren geistigen Haltung unmittelbar beeinflußt. Ist sie einheitlich und internationalcharakter fundiert, so ist auch die nationale Politik einheitlich; vermöge

der aus dieser Einheitlichkeit quellenden Bewußtheit und Willenskraft erscheint erfolgversprechend, d. h. imstande, die Erfordernisse der räumlichen Lage weitgehend zu berücksichtigen. Ist hingegen, wie heute in Deutschland, die geistige Struktur der Nation uneinheitlich oder in der Umbildung begriffen, fehlt auch der Politik die Durchschlagskraft. Sie schwankt zwischen Extremen hin und her, aus aktiver Vertretung geopolitischer Erfordernisse wird passives Ausgleichen zwischen Druck und Gegendruck.

So betrachtet, gibt wieder die deutsche Politik unserer Zeit einen Rückschlag auf die Zerrissenheit der Nation. Deutschland, das zufolge seiner Mittellage besonders prägnante Volkstums- und Raumbegrenzungen angewiesen wäre, hat, zumal in seinen empfindlichen Flankengebieten Ost und West, in doppeltem Sinn offene Grenzen. Es ist durch gewaltsame Einengung an einer einigermaßen ausgeglichenen Grenzziehung seines Raumes verhindert. Ja, es hat sogar mit seiner zwar geschichtlich bedingten, aber zu den gegenwärtigen Erfordernissen in keinerlei Beziehung stehenden Gliederung noch nicht einmal seine staatliche Einheitlichkeit gefunden. In dieser Lage läßt nun das deutsche Volk, da es gerade einen geistigen Umbildungsprozeß durchmacht, außer der räumlichen auch jede geistige Einheitlichkeit vermissen. Und diese innere Zerrissenheit wirkt sich gerade jetzt am deutlichsten aus, weil der geistige Umbildungsprozeß sich seinem Endstadium nähert, also am grellsten in Erscheinung tritt, bevor der beginnende Umschwung neue positive Kräfte zur Entfaltung bringt. Da diese Umbildung nachhaltigsten Einfluß auf die künftige Entwicklung haben muß, ist näher auf sie einzugehen.

Wir befinden uns in einer Zeit geistiger Ablösung vom Westen.

Vor uns steht der Abschluß eines Jahrtausends mehr oder minder starker Einflußnahme des Westens auf das zwischen Ost und West auf der geistigen wie räumlichen Grenzscheide liegende deutsche Volk. Diese Einflußnahme erhielt um die Wende des 18. Jahrhunderts ihren letzten starken Auftrieb, als die Freimachung des bürgerlichen Menschen und seiner liberalistischen Denkformen erfolgte, mit der sich die Vormacht des westischen Geistes ausbaute. Ihre Auswirkungen sind bis heute nicht ganz zum Stillstand gekommen, obschon bereits seit langem der Westen eine schöpferische Befruchtung der Entwicklung versagt bleibt. Diese geistige Herrschaft des Westens erstreckt sich auch bei uns auf alle Daseinsgebiete, seien es nun die Bezirke kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Lebens. Überall finden wir nach westischen Grundsätzen geprägte Formen, die in ihrer Übersteigerung und Erstarrung nicht mehr der Weiterbildung oder gar der Umbildung fähig sind. Ob es sich nun um den übersteigerten westlichen Kapitalismus mit seiner Folgerung der Illusion einer „freien“ Wirtschaft handelt, ob es um aus philosophischer Schau sich ergebende Weltbetrachtung geht, um soziale Gliederung oder um die formelhafte Erstarrung westlich-demokratischer Grund-

e, überall ergibt sich für den Menschen von heute ein Nicht-mehr-weiter-
 anen, das höchstens noch durch Umwege oder Abwege verschleiert werden kann.
 die Entwicklung gebietet nicht nur ein unwiderrufliches Halt auf der bis-
 igen Bahn, sondern sie fordert unerbittlich einen neuen Weg, der, je bewußter
 beschritten wird, desto eher vom Abgrund weg zu neuer Höhe führt. Zwangs-
 se erfolgt die Trennung vom Westen und seiner Frucht, dem Liberalismus.
 aus der Feststellung dieser mehr oder minder freiwilligen Trennung vom Westen
 bt sich aber nun die Frage nach dem Neuen, das kommen muß. Es handelt
 um nicht weniger als die selbständige Ausprägung der deutschen geistigen
 engestalt, deren Geltendmachung Jahrhunderte fremden Einflusses ständig
 rückgedrängt haben. Jetzt, da dieser Einfluß durch seinen Mangel an schöpfe-
 hen Möglichkeiten von selbst schwindet, ist es an uns, aus uns selbst zu bilden,
 unserem Dasein Form und Sinn geben soll. Jetzt stehen uns in jeder Be-
 tung umfassende Möglichkeiten offen, deren erschöpfende Auswertung jedoch
 Voraussetzung hat, daß wir wach und bewußt den Weg vom Westen weggehen,
 wir auch unter Opfern und Entäuerungen in jeglicher Hinsicht wieder von
 anfangen. Es ist ja nicht nur der geistige Unterbau des Westens, den wir
 geben müssen, wollen wir anders aus den uns gebotenen Möglichkeiten neue
 ige Werte schöpfen, sondern viel mehr noch handelt es sich um die auf diesen
 erbau gegründeten Systeme, um das System.

Der Blick nach außen

s dürfte sich dann bald zeigen, daß unser Ziel mit der Loslösung vom Westen,
 Eigengründung unseres geistigen Daseins, auch eine neue Blickrichtung gibt:
 nach dem Osten. Das deutsche Gesicht, das einst vor Zeiten nach Norden stand,
 ge nach Süden und lange nach Westen gerichtet war, wendet sich nun langsam
 Osten zu. Doch keineswegs um eines passiven Empfangens willen, sondern
 dem Willen und der Kraft zu geben und zu formen. Ein enger, unbedingter
 schluß an den Osten, ein einseitiges Übernehmen von dorthier, würde die deut-
 n Möglichkeiten und eine darauf fußende Entwicklung nur verschütten. Der
 n und seine gegenwärtigen Denkformen befinden sich ja selbst noch in der
 wicklung. Ja, es ist festzustellen, daß der Osten zwar im Begriff ist, sich zum
 igen Gegenpol des Westens zu entwickeln, gegenwärtig sich aber tatsächlich
 n nicht von wesentlichen geistigen Bestandteilen des Westens hat freimachen
 nen. So wahr es ist, daß der Bolschewismus (als derzeitiger Hauptausdruck des
 igen Ostens) den beginnenden positiv-schöpferischen Umschwung eines rein
 rativen Marxismus darstellt, sowenig läßt sich sein Ursprung aus westlichem
 ken leugnen. Daß bei Entstehung des Marxismus westisch-individualistische,
 erialistische und liberalistische Tendenzen mitgewirkt haben, ist bei der geistigen
 n des heutigen Ostens, ist beim Bolschewismus noch deutlich spürbar.

Der Weg nach innen

Die Voraussetzungen für ein solches bewußtes Wirken künftiger Epochen liegen in uns selbst. Zu ihnen gehört eine auf klarer Entscheidung beruhende, stete, aber vorsichtige Loslösung vom Westen, dem uns vorläufig noch mannigfache Beziehungen, vor allem politischer und wirtschaftlicher Art, verknüpfen. Ein schroffer Abbruch dieser Beziehungen ist unmöglich und auch nicht zweckmäßig. Voraussetzung ist ferner eine tiefgreifende Strukturänderung unserer äußeren und inneren Daseinsformen, mit welcher andererseits die Notwendigkeit mancher gegenwärtigen Beziehung zum Westen aufgehoben wird. Diese Strukturänderung, zum Teil bereits von der Entwicklung angebahnt, muß bewußt durchgeführt werden, muß ein klarer Ausdruck der großen Wandlung sein, die uns erst befähigen soll, als geistig einheitliches und daher willenskräftiges Staatsvolk zu neuem Aufschwung zu gelangen. Eine Strukturänderung, die nicht den einzelnen Menschen und sein Ich-Machtstreben in den Vordergrund stellt, sondern die abgegrenzte Gemeinschaft, denn durch sie erhält der Einzelne erst Sinn und Zweck. Allerdings werden es verstehen müssen, die sich im Interesse der Gesamtheit auswirkende Freiheit und Beweglichkeit des Einzelnen dem Staat zu erhalten. — Eine aus dieser Gesamteinstellung hervorgehende Umbildung der deutschen Daseinsformen erfaßt — gründet im Geistig-Kulturellen — die Teilbezirke des Sozialen, Wirtschaftlichen und Politischen im Sinne einer Vereinheitlichung der schöpferischen Kräfte der Nation.

In sozialer Hinsicht entwickelt sich aus einer klassengeteilten Gesellschaft bestehend aus voneinander Abstand haltenden und gegeneinander nicht um innere Geltung, sondern um die äußere Vormacht ringenden Einzelwesen, stufenweise gebaute Gemeinschaft, in der eine Schicht die andere trägt zu dem Zwecke des Ganzen. Eine Gemeinschaft, in welcher der innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft so ungleichmäßig verteilte, mit der Zeit ungeheuerlich verstärkte soziale Druck ausgeglichen wird, in der auch der in der Gesellschaft als Mittel zur gegenseitigen Abgrenzung und Überhöhung ausgebaute Begriff des Eigentums seiner trennenden und klassifizierenden Auswüchse entledigt wird.

In der Wirtschaft ist in Verfolg dessen nicht nur der Erwerb des Einzelnen oder einer Gruppe der treibende Faktor, sondern der anteilmäßige Bedarf. Doch auch in wirtschaftlicher Beziehung vollzieht sich gegenwärtig mit notwendiger Folgerichtigkeit langsam, aber stetig die Trennung vom Westen: die Ablösung des deutschen Wirtschaftskörpers von der kapitalistischen „Weltwirtschaft“ wird Tatsache. Auf die gesamte Gemeinschaft bezogen, ergibt sich nunmehr für die Wirtschaft als Aufgabe die ausgewogene Deckung des nationalen Bedarfes unter möglichst weitgehender Ausnutzung der eigenen Kräfte. Demzufolge Lösung wirtschaftlicher Verflechtungen, die dieser Aufgabe nicht entsprechen. Hierbei dürfte die Frage der Umbasierung der Währung eine bedeutende Rolle spielen. Weiter

schließung geeigneter Ergänzungsgebiete, mit denen gesicherte wirtschaftliche politische Verbindung herzustellen, Aufgabe des Staates ist, den sich die Nation als Selbstzweck (wie heute), sondern als Ausdruck der Gemeinschaft gibt. Der Staat in seinem gegenwärtigen Bestand zeigt eine, ebenfalls westlichen Grundsätzen entspringende, aufgeschlossene Gliederung, Verwaltungs- und Regierungsform. Das gegenwärtige Staatsgefüge übernahm eine historisch gewordene Gliederung seines Raumes, ohne einen tatsächlich sammelnd und anregend wirkenden Mittelpunkt herausbilden zu können. Es war nicht imstande, die von der Entwicklung gebotene Neuordnung im Sinne einer stärkeren Zusammenfassung der einzelnen Glieder vorzunehmen. Ja, nicht einmal dazu imstande, offenbare, durch willkürliche Entwicklung entstandene Sinnlosigkeiten in der Abgrenzung der Einzelgebiete auszugleichen. Im Rahmen der gesamten deutschen Umwandlung ergibt sich also für einen als höchsten einheitlichen Ausdruck der Gemeinschaft gebildeten Staat die dringlichste Aufgabe: Herausstellung einer sinngemäßen Gliederung des deutschen Raumes um einen nach allen Seiten ausstrahlenden, tatsächlichen Kernpunkt herum. Einer Gliederung in nach den geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernissen abgegrenzte, in sich ausgewogene Einzelgebiete, Landschaften. Durch Straffheit des Reichsaufbaus bei reichsfreudigem Eigenleben der Länder wird Vereinheitlichung und Zusammenfassung der staatspolitischen Kräfte ermöglicht an Stelle der heutigen Zersplitterung.

Es kann sich dann ein instinktsicherer, geopolitisch geschulter Staatswille, an dem es uns heute mehr denn je mangelt, entwickeln und auswirken. Dieser Staatswille schafft dem Staat als Vertreter und Ausdruck aller Teile der Gemeinschaft den erforderlichen Untergrund für ein den Interessen der Nation wie den Erfordernissen des Raumes entsprechendes Wirken nach außen.

Ausblick

Als Ausdruck einer einheitlichen geistigen Haltung, getragen von einem beständigen, einigen politischen Willen, vertreten durch ein auf breiter Grundlage beruhendes, aus sinngemäßer Gliederung ständig kräftegespeistes Staatswesen, ist die deutsche Politik imstande, aktiv deutsches Schicksal zu gestalten. Eine solche Politik ist niemals mit Imperialismus gleichzusetzen. Denn in Vertretung und Durchführung der Erfordernisse des nationalen Raumes greift sie nicht über ihr damit gestellten Aufgaben hinaus. Imperialistische Tendenzen sind mit der Lösung vom Westen zu Grabe getragen. Hingegen hat eine solche deutsche Politik das Recht und die Pflicht, die wirtschaftliche wie politische Angliederung des europäischen Raumes zu erwirken, für die dann ungleich mehr innere Berechtigung und Möglichkeit besteht als heute. Denn solange das Reich in seiner heutigen Form, innerlich nicht einheitlich, nicht von innen heraus erstarkt, diese Änderung betreibt, fehlt ihm die überzeugende, ausstrahlende Kraft, sich mit

einem so selbständigen Körper wie Österreich zu einer wirklichen Einheit zu verschmelzen. Das ist auch der tiefere Grund für das jetzige Mißlingen des deutschen österreichischen Zollunionsplanes, der, obschon aus einer entwicklungsmäßigen Notwendigkeit entstanden, infolge der Uneinheitlichkeit dieser Übergangsepoche nicht mit der erforderlichen Willenskraft vertreten und durchgeführt wurde.

Über Aufnahme Österreichs in den deutschen Raum führt die Aufgabe der deutschen Politik weiter zur Schaffung eines einheitlichen größeren Wirtschaftsraumes durch Vertiefung und Ausgestaltung der Beziehungen zu den wirtschaftlichen Ergänzungsgebieten im Osten und Südosten. Der Ausbau dieser Beziehungen auf Grund der inneren Konsolidierung Deutschlands dürfte auf die Dauer eine stärkere politische wie geistig-kulturelle Einflußnahme in den östlichen und südöstlichen Randgebieten Mitteleuropas zur Folge haben. Somit ist eine Konsolidierung ganz Mitteleuropas und Osteuropas in mehr oder minder engem Anschluß an die deutsche Sphäre als weiterer Weg der deutschen Politik vorgezeichnet. Unterstützt würde diese Entwicklung durch einen bewußten Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen, der die vorhandenen wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeiten beider Räume in hervorragendem Maße ausschöpft, wodurch auch wieder die Entwicklung in politischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt in sozialer Hinsicht weiter getrieben würde. Daß eine solche Politik — die Bezeichnung Ostorientierung ist zu vermeiden — nur eine solche der Gegenseitigkeit ohne Abhängigkeit von einem Partners vom anderen sein kann, ist wohl selbstverständlich. —

Die hier skizzierte Entwicklung zeichnet sich in ihren Anfängen bereits im bisherigen weltpolitischen Geschehen ab. Sie kommt gewiß von selbst, ist auch geographisch politisch vorgezeichnet und kann nicht „gemacht“ werden. Doch liegt darin, daß sie uns bewußt werden lassen, sie in ihrem Verlauf aufmerksam verfolgen und nach den gewonnenen Einsichten klare Entscheidungen treffen, die Möglichkeiten sie zu beschleunigen und intensiver zu gestalten. Gewiß geschieht die Ablösung von Westen nicht von heute auf morgen, gewiß stehen einer bewußten Blickrichtung nach Osten Hindernisse entgegen, die nicht zum mindesten auch in der russischen Indifferenz gegenüber den deutschen Notwendigkeiten zu sehen sind. Aber: Rußland bisher überhaupt in uns einen sicheren Vertreter gemeinsamer Interessen oder gar einen Gegner westlicher, antirussischer Tendenzen sehen können?

Verwerten wir die aus dem bisherigen Geschehen erkennbaren Grundzüge der künftigen Entwicklung, bejahen wir sie, um eine Entscheidung zu beschleunigen, die kommen soll: je eher sie kommt, desto weniger Opfer wird sie fordern, um so größere Durchschlagskraft wird sie haben; denn um so weniger wird der Westeuropäer imstande sein, einer Entwicklung zu begegnen, die ihm fremd ist und überraschen

Mag man uns dann aus dem Nichtbegreifen heraus „Barbaren“ schelten!

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika.

Deutschland: Hauptaufgaben einer zukunftsicheren deutschen Politik; Brünings verordnete Diktatur; Besuch der französischen Staatsmänner; Rücktritt des Reichsaußenministers und Krise des Kabinetts; Tagung der nationalen Opposition in Harzburg. — Völkerbund: japanisch-chinesischer Konflikt; grundsätzliche Kritik am Völkerbund. — England: Flottenpolitik der Atlantikflotte; Aufhebung der Golddeckung als Währungsgrundlage; Auswirkung der auf Pfund abgestellten Notenbanken (Skandinavien). — Lavals und Grandis Reise nach Amerika.

Nicht bloß weil es uns Deutsche am stärksten angeht, sondern auch um ihrer internationalen Bedeutung willen müssen die Ereignisse in Deutschland wieder an erster Stelle unserer Berichterstattung stehen. Wer die letzten Jahrgänge unserer Zeitschrift aufmerksam durchgeht, wird sich unschwer davon überzeugen, daß wir in den Berichterstattungen jederzeit einen einheitlichen Kurs gesteuert haben. Der geopolitischen Lage unseres Vaterlandes entsprechend stellten wir als Hauptaufgaben einer zukunftsicheren deutschen Politik dar:

1. Unser Volk muß zielbewußt dazu erzogen werden, sich als die Nation im Herzraum des Kontinents zu fühlen und als solche ein gesundes Nationalgefühl mit dem Verständnis für die Notwendigkeit zwischenstaatlicher Zusammenarbeit zu verbinden.

2. Eine Erholung von der schweren Weltkriegs- und Weltwirtschaftskatastrophe ist nur durch aufrichtige Friedenspolitik möglich; aber eine solche Friedenspolitik muß in jedem Augenblick die nationale Würde wahren und dem Versklavungswillen der Gegner bei jeder Gelegenheit ruhig, ehrlich und bestimmt die deutsche Gegenforderung präsentieren: Gleichberechtigung und Achtung der lebenswichtigen deutschen Belange namentlich hinsichtlich der finanziellen Liquidation des Weltkrieges, der Sicherheit und Landesverteidigung, der kolonialen Betätigung sowie des kulturellen Selbstbestimmungsrechtes von Grenz- und Auslandsdeutschem.

3. Während wir nach außen hin mit aller Kraft für die Beseitigung des Diktatfriedens von Versailles als Erzübel deutscher und außerdeutscher Not zu kämpfen haben, muß die Innenpolitik davon ausgehen, daß letzten Endes die Rettung Deutschlands vom deutschen Menschen, von der deutschen Nation selbst herbeigeführt werden muß, d. h.: Rückkehr zu einem schlichten, wahr-

haften Leben auf der Grundlage deutscher Kultur, deutscher Religiosität, deutscher Duldsamkeit; auch im parteipolitischen Leben sollten alle Glieder des Volkes gleichermaßen nicht immer nur die durch unterschiedliche Lebensanschauung bestimmten Grenzen sehen, sondern ebenso sehr auch die weitgehende Übereinstimmung im Willen zum Dienst an Staat und Volk; brüderliche Hilfe für alle ohne eigenes Verschulden in Not geratene Volksgenossen ohne damit Selbstverantwortung und Selbsthilfe auszuschalten; planmäßige Ausgestaltung der Wirtschaft auf der Grundlage der Privatwirtschaft derraß, daß die Schaffensfreude des Einzelnen nicht gehemmt, gleichzeitig aber Interessen der Volksgesamtheit strikte gewahrt werden; Durchführung einer allgemeinen Dienstpflicht und großzügiger systematischer Siedlungsarbeit nicht bloß zwecks Steuerung der augenblicklichen Not, sondern im Interesse einer Erhaltung und Förderung gesunden deutschen Bauerntums und damit Stärkung des Innenmarktes.

Es hat uns mit banger Sorge erfüllt, daß die Reichsleitung vollends in der letzten Zeit eine derartige, aus innerer Kraft und Überzeugung geborene Zielsetzung der deutschen Politik vermissen ließ. Man hatte das Gefühl, daß wir uns vom Strom des Geschehens treiben ließen, ohne selbst irgendwie für Einhaltung eines festen Kurses zu sorgen. Am Ende gestaltete sich die Situation geradezu grotesk: die zu am Ruder befindlichen Kreise demokratischer Grundeinstellung schalteten die Volksvertretung aus, überboten sich förmlich in der Fülle nicht immer gründlich überlegter Notverordnungen und steuerten faktisch auf eine nur noch schamhaft verhüllte Diktatur los; die Gegenseite, ursprünglich Feind einer parlamentarischen Regierungsform, warf sich zum Hüter der Demokratie auf, kämpfte gegen die unglückselige Geheimpolitik der Regierung an und verlangte Einberufung des Parlamentes und Neuwahlen, um im Sinne einer demokratischen Staatsordnung den Willen des Volkes zum Siege zu verhelfen! Die Frucht dieses heillosen Durcheinander, verschuldet in erster Linie durch das Versagen der Reichsregierung und der Parteien in der Führung des Volkes, liegt nun vor uns, und sie ist alles andere denn erfreulich.

Entgegen unserem Erwarten ist der Besuch der französischen Staatsmänner Laval und Briand in Berlin doch erfolgt. In den letzten Septembertagen trafen die Franzosen im Saal des Berliner Kongresses mit den deutschen Unterhändlern zusammen. Man besprach sich — hinter sorgsamst verschlossenen Türen natürlich — über allerlei, wagte aber offenbar doch nicht, wirklich ausschlaggebenden politischen Fragen auch nur anzuschneiden. Laval hat ja auch schon zuvor in Paris mit aller zu wünschenden Deutlichkeit betont, daß die Erörterung irgendwie delikater politischer Probleme grundsätzlich ausgeschlossen sei. Gut Ding will Weile haben! Warum soll man sich nicht „in bewährter diplomatischer Art“ Zeit lassen, über Feuerlöschrichtungen zu debattieren, derweil

Haus lichterloh brennt. Nur nicht wagen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen; das ist tölpelhaft, unhöflich und undiplomatisch. Und dann wundert sich die Regierung Brüning, daß ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit den Beifall der Franzosen für höchst überflüssig, eine solche Diplomatie für gänzlich ungeeignet hält und sich von der Einsetzung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses nicht eben übermäßig viel verspricht!

Erst an dieser Stelle seit Genf als selbstverständlich angesehene Rücktritt des Reichsaußenministers Curtius hat eine allgemeine Krise des Kabinetts Brüning heraufbeschworen. Erneut mit der Regierungsbildung beauftragt, hat Brüning mit einer großen Anzahl neuer Männer verhandelt, sich annähernd so viel Absagen geholt und dann mit einem kühnen salto mortale unter allerlei Veränderungen zwar, aber im wesentlichen doch nur unter Verwendung der bisherigen Mitarbeiter das neue Kabinett formiert. Der primitive Untertanenverstand mag nicht ganz zu begreifen, warum, wenn nicht mehr erreicht werden sollte, das alte Kabinett Brüning demissionierte. Glaubt Reichskanzler Brüning, daß er dem umgemodelten Kabinett für seine umfassende Notverordnungs politik eher den Beifall vor dem Reichstag finden wird als mit dem alten? — Dem zweiten Kabinett Brüning war es vorbehalten festzustellen, daß das erste Kabinett Brüning in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ohne schöpferischen Gedanken, ohne klares Programm gearbeitet hat. Denn jetzt (!) soll der Regierung ein Wirtschaftsbeirat zur Seite gestellt werden, um die unerhörte Wirtschaftsnot grundsätzlich zu erkennen und Wege zu ihrer Behebung zu weisen. Mit Verlaub, wenn man sich im Ernst von der Einsetzung eines Wirtschaftsbeirates Wesentliches verspricht, warum hat man dann diese Institution nicht vor Monaten geschaffen? Die Not war doch wahrlich auch schon zu Beginn der ersten Regierung Brüning so entsetzlich bedrohlich, daß man von der Erfolglosigkeit eiligst zusammengestellter Notverordnungen überzeugt sein mußte und zu grundsätzlichen Maßnahmen verpflichtet gewesen wäre. Das deutsche Volk ist unendlich geduldig und immer wieder bereit, Ungerechtigkeiten zu schenken. Die Regierung Brüning aber hat es fertiggebracht, durch innerpolitische Lauheit und innerpolitische Planlosigkeit jeden Kredit selbst bei den Feinden zu zerstören, die auf Grund ihrer politischen Überzeugung einst ehrlich für sie waren, sie zu stützen. Dabei ist der Charakter des Reichskanzlers Brüning in jedem Zweifel erhaben, der gute Wille und der Fleiß der gegenwärtigen Reichsregierung finden allenthalben Anerkennung. Zweifelhaft ist lediglich, ob die Regierung Brüning, von den parteipolitischen Bindungen ganz abgesehen, das Beste getan hat, um der ins Riesenhafte gestiegenen Krise einigermaßen gewachsen zu sein. Die Parteien der Linken und der Mitte dürften voraussichtlich dafür sorgen, daß in der kommenden Tagung des Reichstages dem Kabinett Brüning mit ganz großer Majorität die Möglichkeit geboten wird, am Ruder zu bleiben. Selbst ein Sieg von uns erwarteter „Sieg“ darf aber Regierung und Parteien nicht dar-

über hinwegtäuschen, daß das Volk durchweg kategorisch neue Methoden in Politik begehrt, daß man allenthalben den Weg der bloßen Löcherstopferei durch Notverordnungen für falsch hält und Taten verlangt, die wirklich und endgültig eine Besserung anbahnen, zugleich das schwer erschütterte Vertrauen in die Rechtsgrundlage des Staates wiederherstellen. Rafft sich die Regierung Brüning nicht dazu auf, mit Methoden und Inhalt der bisherigen Politik bewußt zu brechen, mutig neue Wege zu beschreiten und das Volk durch wesentlich geschickte psychologische Behandlung mit sich fortzureißen, dann wird über kurz oder lang ihr Sturz schlechterdings unvermeidlich.

Aber was soll dann werden? Die Harzburger Tagung der sog. nationalen Opposition (11. Oktober) hat die Einheitsfront der Nationalsozialisten der Deutschnationalen, des Stahlhelms u. a. m. proklamiert und verkündet, daß diese Kreise bereit seien, die Regierung zu übernehmen. Wir zweifeln nicht daran, daß der Reichspräsident, dem parlamentarischen Gebrauch entsprechend, von diesem Anerbieten in absehbarer Zeit wird Gebrauch machen müssen, selbst wenn das jetzt vorliegende Mißtrauensvotum von diesem Reichstag noch einmal abgelehnt werden sollte. Wie sich dann Kapitalisten und Sozialisten, Großagrarien und Boddenreformer, gläubige Christen und Anhänger des germanischen Kults zu praktischer politischer Arbeit zusammenfinden werden, ist im Augenblick nicht zu beurteilen. Allen denen, für die Parteipolitik bloß Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck ist, kommt es nicht darauf an, wer führt, sondern daß und wie geführt wird. Wir werden also abwarten müssen. Wer könnte voraussagen, ob es der Harzburger Union gelingt, dank ihrer Methoden die Jahre 1919—1931 allmählich wieder aus der deutschen und der Weltgeschichte auszulöschen und der gequälten Menschheit den heißersehten gerechten Frieden zu geben?

Die europäische Öffentlichkeit verfolgt die Entwicklung in Deutschland mit gespanntester Aufmerksamkeit. Aber die Zeit ist viel zu bewegt und viel zu überlastet mit Konfliktstoff aller Art, als daß man sich ausschließlich um Deutschland kümmern könnte.

Das gänzliche Versagen des Völkerbundes hinsichtlich des schweren japanisch-chinesischen Konflikts wird unserer Arbeitsteilung gemäß ausführlich von Kollegen Haushofer behandelt werden. Wenn wir an dieser Stelle überhaupt darauf zu sprechen kommen, so geschieht es wegen der Bedeutung des Falles für das Verhältnis Europa-Asien und wegen unserer grundsätzlichen Einstellung zum Völkerbund jetziger Konstruktion. Daß asiatische Mächte bei der politischen Gestaltung Europas mitreden und in höchst wichtigen Angelegenheiten des Abendlandes mitstimmen, gilt in den europäischen Kreisen des Völkerbundes als selbstverständlich; man hat gar kein Gefühl für die Unwürdigkeit, die darin enthalten ist. Wenn aber umgekehrt der Völkerbund von Europa aus wagt, die Beilegung der kriegerischen Handlungen in Ostasien zu fordern, weist Japan trotz Völkerbund un-

ogpakt einen solchen Schritt als unerlaubte Einmischung schroff zurück und
kt nicht daran, sich um die Telegramme des Völkerbundes auch nur im mindesten
stimmern. Nicht die Maßnahmen des von Europa dirigierten Völkerbundes, son-
höchstens der von den Vereinigten Staaten und Rußland ausgeübte Druck ver-
die japanische Politik entscheidend zu beeinflussen. Die Blamage Europas könnte
er Tat kaum größer sein und wird der Enteuropäisierung der überseeischen Welt
en Auftrieb geben. Merkt man denn in Genf ganz und gar nicht, daß die Ohn-
ht des Völkerbundes gegenüber Japan einen sehr schweren Konstruktionsfehler
Genfer Organisation aufdeckt? Gerade, weil wir uns bemühen, die Idee eines
kerbundes und die Verwirklichung einer solchen Idee im jetzigen Genfer Völker-
d auseinanderzuhalten, müssen wir — zum wievielten Male nun schon! — ganz
mütig über diesen Punkt sprechen. Wir bejahen die Notwendigkeit zwischen-
tlicher Zusammenarbeit durchaus und würden es aufrichtig begrüßen, wenn
erdteilhaften Großräume allmählich und zunächst jeder für sich zu über-
tlichen Genossenschaften ausgebaut werden würden. Schon dieses Ziel kann nach
e der Dinge bestimmt nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern
d wie alles organische Wachstum Zeit und Pflege benötigen. Ganz bestimmt
r liegt der Zusammenschluß aller Kontinent-Völkerbunde zu einem universalen
t-Völkerbund noch in sehr, sehr weiter Ferne. Nur Utopisten mögen glauben,
Grund des Beschlusses einiger weniger Staatsmänner einen politisch ernst zu
ühenden und handlungsfähigen Welt-Völkerbund konstruieren zu können. Das
mt sich auf dem Papier wunderschön aus, ist und bleibt aber eben doch blasse
orie; die Wirklichkeit geht — wie jetzt im Falle des Konflikts zwischen Japan
China — daran glatt vorbei, sofern einer der Partner sich stark genug dazu
abt. Sehen die Mitglieder des Genfer Rats diese Tatsachen nicht oder wollen
sie nicht sehen, weil die Genfer Fehlgeburt gegenüber dem zwangsentwaffneten
tschland ihre Aufgabe erstaunlich gut erfüllt? Wir Deutschen müssen
a Völkerbund jetziger Konstruktion als gänzlich verfehlt ent-
ieden ablehnen, dürfen es aber bei dieser Negation nicht be-
nden lassen, sondern müssen unsererseits aktiv werden und
a Plan eines lebensfähigen europäischen Völkerbundes ent-
ckeln und propagieren.

ur Überraschung der ganzen Welt hat die allgemeine Wirtschaftskrise Eng-
d über Nacht in ganz schwierige Verhältnisse gebracht. Die auch in England
unumgänglich notwendig erachtete Herabsetzung der Gehälter und Löhne
chte die Mannschaft der Atlantikflotte in solche Erregung, daß es zu einer
elrechten Meuterei kam. Die amtliche Darstellung berichtete darüber offen
ohne jede Beschönigung, wenn auch für diese Meuterei der etwas harmloser
gende Ausdruck „Lohnstreik“ gewählt wurde. Es ist bewundernswert, mit
cher Haltung das englische Volk diese sehr schwere Prestigeeinbuße ertrug.

Im Grunde ist aber natürlich jedermann aufs tiefste erschüttert von der Tatsache, daß die Flottenmacht Großbritanniens augenscheinlich nicht mehr unbedingt verlässlich ist. Auch die nichtenglische Welt kann es kaum fassen, daß eine Meute im Bereich der englischen Flotte zur Tatsache geworden ist. Politische Spekulationen wagen sich schon mit der Frage hervor, ob der durch den Weltkrieg eingeleitete Abstieg Englands damit endgültig besiegelt sei. — Kurze Zeit darauf folgte erst recht schicksalschwere Schlag: am 23. September hob die Bank von England die Golddeckung für die britische Währung auf, das Pfund büßte auf den internationalen Börsen seine bis dahin unerschütterte Stellung ein. Kaum faßbar in der Tat die Kunde, daß „Sicher wie Bank von England“ zu einer bedeutungslosen Redensart geworden sein soll! Wie konnte dem stolzen Albion etwas Derartiges passieren? Wo ist die Ursache für den Verfall der englischen Währung? Es sähe dem Engländer fürwahr gar nicht ähnlich, daß er von sich selbst aus seine Währung geopfert haben sollte, um sich wenig von der Last der Arbeitslosigkeit zu befreien; dem Gewinn auf der einen stünde ein derartiger Verlust auf der anderen Seite gegenüber, daß der Schaden gerade für den so nationalstolzen Engländer arg überwiegen und schlechterdings unerträglich sein würde. Hat Frankreich auch hier seine Hand im Spiele? Auch das ist nicht eben wahrscheinlich, denn in den Portefeuilles der französischen Banken sollen sich enorm hohe Wechsel auf englische Pfund befinden. Wir vermögen also einstweilen nur das allgemeine Schwinden des Vertrauens zum englischen Staat, seiner Wehrmacht und Wirtschaftskraft (starke Passivität der Zahlungsbilanz!), als Ursache anzugeben und müssen es den Fachleuten überlassen, diese Frage als Währungsproblem weiter nachzugehen.

Die Folgen des Pfundsturzes sind naturgemäß sehr weitreichend. Die Einfuhr nach England wird plötzlich außerordentlich erschwert, alle auf Pfund abgestellten Notenbanken werden automatisch in die Krise mit hineingerissen (die skandinavischen Staaten!), England kann auf dem Weltmarkt als billiger Konkurrent in einem Maße auftreten, das alle Kalkulationen über den Haufen wirft. Die politischen Folgen treten natürlich nicht so schnell hervor; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß England alle Kräfte wird aufbieten müssen, um seiner Stimme im Konzert der Staaten den alten Klang zu bewahren.

Die Vorgänge in England haben wie ein Fackelsignal gewirkt und Amerika zu neuen Schritten veranlaßt. Laval und Grandi sind nach Washington gebeten worden, um mit den amerikanischen Staatsmännern eingehend die unheilverbühelte Weltlage und etwaige Schritte zu ihrer Besserung zu besprechen. Möge diesen Beratungen ein größerer Erfolg beschieden sein als der deutsch-französischen Ministerkonferenz in Berlin. Soll in zwölfter Stunde das Chaos vermieden werden, muß nun endlich zu durchgreifenden Taten geschritten werden.

(Abgeschlossen 13. Oktober 1931.)

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

geopolitische Probleme: Zersetzung des alten Familienaufbaus in China und Japan, des Sozialgefüges in Indien — Japans Festlandinteressen und das Abrüstungsproblem — Chinas Kampf um seine Hochgebirgsgrenzmarken am Konka — Die Kandschengzönga-Expedition.

Im ganzen indo-pazifischen Raum hat die allgemeine Unruhe nicht eingenommen. Vorerst ungehemmt blieb der Bevölkerungsauftrieb, wenn auch mit fallender Geburtenzahl in Japan (Economist, 8. 8. 31) — (letzte China-Postsetzung: 485 508 838; Innenministeriums-Anschlag: 474 418 700; Japan-Stammzahl 65, Reich über 92 Mill., W. R. Crocker: „Japanese Population Problem“; Java und Madura 42, Indonesien 61 Mill.). Im Fortschreiten blieb die Zersetzung des alten Familienaufbaus in China und Japan, des Sozialgefüges in Indien.

Von offenem Krieg (war) wird allerdings nur an zwei Stellen gesprochen: China — im Raum zwischen dem unteren Yangtse, dem zur Zeit in furchtbaren Überschwemmungen ertrunkenen Stauungsgebiet um das Städtedreieck von Hankow, Kiangsi und Kanton in der Südmandschurei, und in Burma. Unruhen werden zugegeben in dem ganzen weiten Bereich, der am Westende der Ostasiawanderung in Madagaskar beginnt (Temps Colonial, 23. 8. 31, Nr. 66: „la leçon Malgache“), Indien im Indusdal, wie in Kashmir und der Gegend von Chinopolis berührt, sich über Burma und Indochina erstreckt (Rückreise des Gouvern. Pasquier; Besuch des Kol.-Ministers Paul Reynaud; „spectre du communisme“; „nha-qué; pillage, jacquerie“), nach Korea und der Mandschurei mit bedrohlichen Zuckungen reicht. Sie geben den asiatischen Erderschütterungen dieses Jahres, mit ihren Höhepunkten am 23. 6. (Sagamibucht); am 10. 8. (Tarimken, mongolische Südgrenze); 18. 8. (Altai); und jüngst um Bolanpaß und Hettadistrikt an Heftigkeit wenig nach.

So ist auch Madagaskar der unheilvollen Propaganda nicht entronnen, die unter dem Deckmantel der Emanzipation, des Nationalismus, des Autonomismus danach sucht, in den Kolonien die Autorität der beschützenden Macht zu unterwühlen, Kolonisten und Kolonisierte in blutige Konflikte zu verwickeln und zuerst örtlich, dann durch Rückwirkung (répercussion) in Europa die materielle und moralische Macht des Schutzstaates zu verringern. Eine solche Propaganda — und das ist öftermals auseinandergesetzt worden — verzichtet auf das marxistische Dogma. Sie hat nichts mit der Anwendung des integralen Kommunismus zu tun. Was sie treibt, ist der Triumph durch die Gewalt der Weltrevolution, durch Erweckung

und Übertreibung des im Herzen jedes unter Kuratel gestellten Individuums verborgenen Unabhängigkeitsgefühls als besonderes Mittel. Sie weiß sehr opportunistisch für den Bedarf ihrer schlechten Sache die wesentlichen Grundsätze einer Wirtschaftsreligion zu verlassen, basiert auf Unkenntnis des Eigentumsrechtes, welches im Gegenteil die Eingeborenen jeder Kolonie hinstreben. Andererseits ist es ihr leicht, bei den Geistern in einer Periode des Wachstums und der Evolution die Konsequenzen einer provisorischen Ungleichheit auszubeuten, durch die sie im Augenblick die Tatsache kolonialer Zustände (*le fait colonial*) rechtfertigen läßt.

Noch vieles andere wäre diesem Aufschluß des „Temps colonial“ vom 23. 8. abzugewinnen. Sollte er zufällig dem „Roten Aufbau“ entgangen sein — dem doch Wasser auf seine Mühlen wäre?

Klagt Frankreich so sein koloniales Leid als mißverständener Wohltäter vor Westende des Indischen Ozeans, so stößt die panpazifische Herbsttagung für 1931 vom 21. 10. bis 4. 11. in Hangchow mit kühnem Entschluß mitten in die Schütterzone vor („Rengo“, Shanghai 19. 6.; „North China Herald“, S. 43). Kein Wunder, daß die chinesische Linke sich dagegen wehrte und dann — wie schon — den Shanghai-Bericht des Richters Feetham und ihre Silbernot auf die Tagesordnung haben wollte, ebenso wie Australien einen Abrüstungsvorschlag an alle Pazifik-Anrainer (Rengo).

„Der Völkerbund sieht mit Interesse und Vergnügen auf Wachstum und Tätigkeit (*with interest and pleasure upon growth and activities*), auf regionale internationale Organisationen wie die Pan-Pacific-Union...“, so sagte Dr. Bascom Johnson, Führer der Völkerbundskommission für Untersuchung des Frauen- und Kinderhandels im Osten. Das Vergnügen ist uns neu und dürfte sich neben obigen französischen Klagerufen kaum auf die panasiatische Bewegung erstrecken (*Transpacific*, 25. 6. 31). Immerhin war das gleichzeitige Lob Hordstons, der sich auch eingehend über das Problem von Hawaii verbreitete (*Transpacific*, 18. 6. 31), für Alexander Hume Ford wohlverdient, „daß er (und der Pan-Pacific Club in Tokio) „das pazifische Becken dramatisiert habe“. Der Ausdruck ist gut; und sicher hat die Pacific Union, das Institute of Pacific relations das beste dafür getan, wenn aus dem Drama keine Tragödie wird „und die Amerikaner gelernt haben, die Rassenfrage in ihrer ganzen Größe zu sehen“.

Vielleicht erkennen sie dann auch besser als bisher, wie furchtbar die euramerikanische Zivilisationswelle an dem sozialen Gefüge der asiatischen Altkultur gerüttelt hat — dafür bringt 1931 überallher Beweisstücke.

Wir haben einige Proben davon für diesen (absichtlich kulturpolitisch gehaltenen) Sammelbericht gespart. Da bringt „*Transpacific*“, 2. 7. 31, eine treffende Betrachtung: „*Radicalism and religion*“ und „*reddening of sports*“. In Japan dem klassischen Lande religiöser Duldung (mit Ausnahme zweier fremdenfeindlicher Wellen zu Anfang des 16. und Mitte des 19. Jahrhunderts), springen an

öse Bewegungen auf, geführt von Seido Takatsu im proletarischen Sinn, Ujaku Akita im intellektuellen, sicher wechselstromartig von den U.S.S.R. beeinflußt — trotz Dr. M. Anesaki. Als Gegengift wird an dieser Stelle der ethisch-Soziale Toyohiko Kagawa empfohlen; die japanische Regierung hilft mit Polizeiverbot.

Samon Maeda (Transpacific, 16. 8. 31) bestätigt sprunghafte Verstädterung 4,7 Mill. Industriearbeiter.

Washio (Transpacific, 11. 6. 31) hält eine kommunistische Revolution in Japan für unwahrscheinlich, obwohl er den Kathedersozialismus in Kyoto als Stützmacher mehr des Kommunismus als der Lehren von Marx anprangert. Wenn die Umwälzung komme, so komme sie, wie nicht zum erstenmal in Japan, von oben und mehr in faschistischen Formen. „Kommunisten und Reaktionäre sind austauschbar“; und „nur Haaresbreite trennt Kommunisten von Faschisten“, so meint Washio. „Der Hintergrund und Nährboden der Bewegungen sind die überfüllten Universitäten und das Studentenproletariat“ — wie auch Ueberall deutlich zeigt.

Das Familiengefüge zerbricht mit dem Zusammenstoß der Generationen, lehrt „Fujin koron“ Minju Hosoda. Wie sehr auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit, Unterlöhnung, überstürzte Industrialisierung für das alte Familiensystem gefährlich werden, setzt auch Rev. W. H. Murray Walton auseinander (Transpacific, 28. 5. 31). Löhne von 16 Pf. pro Kopf und Tag in der Handschuhfabrikation, von 50 Pf. für ein Familientagewerk in Nebenzweigen der Elektroindustrie oder — bei zwölfstündiger Arbeit — in der Spielzeugherstellung können das Familienleben im alten Sinn aufrechterhalten! Hier sagt die nächste Generation: „Rette sich, wer kann!“ Nicht anders klingt das Echo aus China (z. B. „The China Herald“, 23. 6. 31) über den Einfluß des neuen Frauenrechts, in Heirat, Scheidung, Nebenfrauenrecht. „Erst jetzt ist die Ahnenverehrung dem Familienrecht ausgeschaltet, der Konfuzianismus als rechtlicher Zustand beseitigt.“

In Indien lebt der Streit um die Panchayats (dörfliche Gemeinwirtschaft) weiter auf (Times of India, 13. 6. 31), über die Gandhi sagt, „das Wort habe einen Duft; ein gutes Wort“, wobei er aber sich allerhand Irrtümer über die „Dorfpolitiken“ nachweisen lassen muß. Und auf der anderen Seite des Atlantik streut Gertrude Mayno mit dem zweiten Teil ihres bösen Buches „Mother India“ mehr Salz in die Wunden, die der Westen aus sozialem Mißverstehen dem Osten ohnehin schon geschlagen hat, und verrät, daß dieser Teil von USAmerika der oben gerühmten Einsicht in die Grundbedeutung der Rassenfrage für die Politik wenig berührt worden ist. Als ob nicht die Urheber der Berichte des Führers Joshi und der Sarda-Acte — woraus Miß Mayno den Tenor der Vorwürfe gegen die unter Hindus wie Mohammedanern verbreitete und, wie

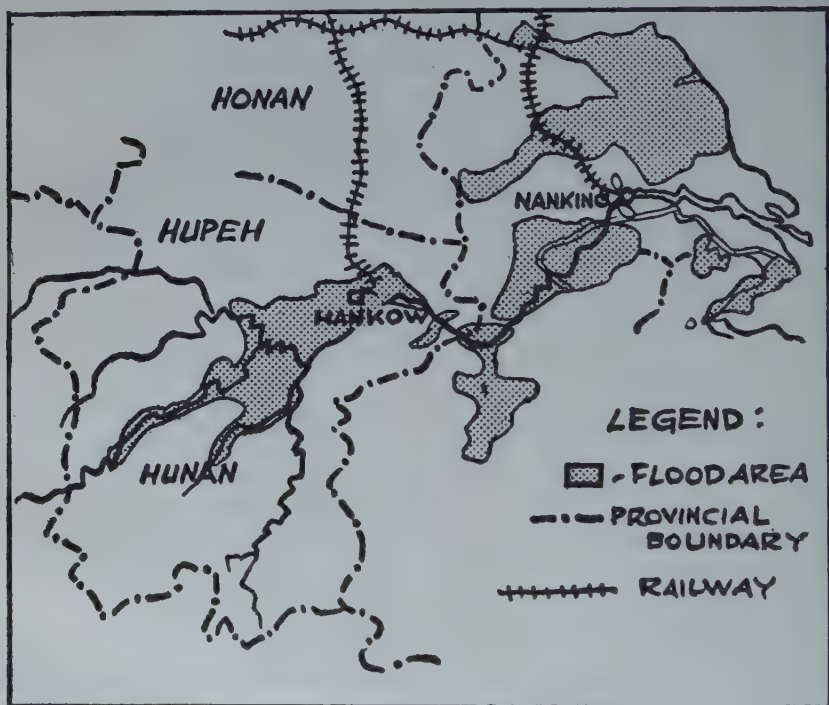
alle eingelebten Bräuche, nur langsam zurückzudrängende Kinderehe schöpft nicht längst vor ihr in einer wirksameren Abwehr gegen das von allen einsichtulnd Indern erkannte Übel gestanden wären!

Auch der schwere Daseinskampf zwischen einheimischer Landweberei, indischen Fabrikgeweben und ausländischen Webwaren in Indien wird nicht durch Garm Khaddar-Spinnerei und noch so gut gemeinte Aufsatzreihen, wie die seines Freundes C. F. Andrews (Khaddar and the Cotton-Trade, Manch. Guard, 31), so schnell entschieden werden, wie man im Bereich der neuen Charka-Trikolore hofft (Saffergelb-Weiß-Grün, mit dem Spinnrad, Charka, im weißen Streifen) und in Lancashire, aber auch Japan und Mitteleuropa fürchtet. Immerhin ist es erstaunlich, daß sich die Dorfweberei mit etwa 25% des Verbrauchs hat behaupten können, während der Anteil indischer Fabrikware zwischen 40 und 60%, der eingeführten Webwaren zwischen 40 und 50% zu schwanken scheint, jedenfalls sehr wechselnd.

Tatsächlich wendet sich die indische Webautarkie-Politik fast noch mehr gegen Japan und China als gegen Lancashire, dem — bei seinen teuren Löhnen — immer nur die Flucht in Qualitätsware bei geringerer Quantität bleibt. Für die dauernder Unterbietung des Webweltmarktes durch die unerträglich schlechten Arbeitsbedingungen Chinas gibt Dr. Chen Ta ausgezeichnete Unterlagen in einer Aufsatzreihe: „Study of the factory act“, die am 4. 8. 31, S. 176 des „North China Herald“ begann. Denn tatsächlich tritt ja das auf dem Papier so moderate chinesische Arbeitsrecht — das schon im Dezember 1929 als „vorgegebene Brot“ international gefeiert worden, das im Januar 1931 noch einmal auf sechs Monate hinausgeschoben worden war — erst am 1. 8. 31 in Kraft, — soweit es wahr ist. Statt wenigstens 700 Betrieben konnte Chen Ta denn auch nur 228 in Shanghai erfassen: 176 chinesische und 52 fremde, mit 104 145 weiblichen, 51 173 männlichen Arbeitern und 11859 Kindern, im ganzen 171 173, worin nur 3173 Lehrlinge stecken — ein grotesk winziger Bruchteil des Ameisengewimmels in der Millionenstadt! Was anderswo auf Erden vor der Gesetzgebung gefragt wird: Kann die Industrie, wie sie ist, die volle Anwendung des Gesetzes überhaupt aushalten, das fragt man erst jetzt in China, drei Jahre nachher! 11,3 Tagstunden und 11,2 Nachtstunden ist in Wahrheit noch im Sommer 1931, in je einer Tag- und Nachtschicht, die chinesische Arbeiterausnutzung in der Textilindustrie gewesen. Aber im Völkerbund sprachen chinesische Delegierte große Töne, wenn Mitteleuropa in Notlagen von 7 auf 8 Arbeitsstunden hinaufgehen wollte! „Ausgespräche mit weiblichen Nachtarbeiterinnen erzählten von Nächten quälender Müdigkeit (agonising weariness), „gefolgt von Tagen häuslicher Arbeit und ohne Schlaf. Zustände, die niemand verantworten will: aber wenn man sie heute noch duldet, hat man kein Recht, sich mit der fortgeschrittensten Arbeitsgesetzgebung auf dem Papier zu brüsten, sondern die Pflicht, so lange vor der eigenen Tür zu kehren, bis sie annähernd so sauber ist wie die meisten anderen, und sich dann erst um die

kümmern. Und nun sehe man die Vermittlungsvorschläge von Chen Ta: „gestalter 12 Jahre; im Monat 2 Rasttage; 10 Stunden Schichtdauer usw.“. Rücksichts solcher Dissonanzen hat die „DAZ.“ (Literatur des neuen China, 7. 31) sicher recht, von einem „nicht verminderten Einfluß der kommunistischen Bewegung“ und einem „starken Antrieb“ zu sprechen, „den die Forschung sozialen Fragen in den letzten vier oder fünf Jahren bekommen habe“. Wenn diese Bücher die populärsten sind und von dem heutigen Geschlecht am eifrigsten gelesen werden“, fällt doch vielleicht auch etwas für die soziale Praxis und Beseitigung der Schleuderkonkurrenz von China aus ab, unter der Indien und Europa weltüber schwerer leiden, als die meisten, deshalb arbeitslos geworden und sich klarmachen. Wird so in China die allgemeine soziale Verelendung durch ein Dauerdruckmotiv nach innen und außen, macht sich in Indien der Unterschied in der Rassenhärte und Leistung der einzelnen Volksbestandteile besonders auch bei den Neubauversuchen einer indischen Wehrordnung durch Sir Philip Chetwode, den Oberkommandierenden, geltend. Namentlich wird ihm vorgeworfen, er stehe noch unter dem Bann der Vorstellung, daß es nur im Norden kriegerische Rassen gäbe, und daß Heer und Offiziere vor allem von dorthin rekrutiert werden müßten. Die Frage der Parsi-Offiziere, die in Indien weniger beliebt sind, haben wir schon berührt. Nun wehrt sich die öffentliche Meinung aber dagegen, daß von den 60 Offizierstellen der neuen indischen Division nur 24 dem Wettbewerb offen, die anderen von der Armee aus besetzt werden sollen, während aus den dort vorherrschenden Sikhs, Punjabi, Mohammedanern, Gurkhas, Dogras usw., die seit der „mutiny“ im Heer allein als vertrauenswürdig betrachtet werden, während doch z. B. die kriegerische Qualität der Marathen aus der indischen Geschichte unbestreitbar sei. Ebenso werden Lanzen für den „zähsten tapfern Madrassi-Sepoy“, für die unbändigen Moplas gebrochen, während in Bengalen, Konkan und andere Malariagegenden selbst hier von der Wehrfähigkeit ausgenommen werden. Mit einem Bengali-Babu-Regiment scheinen im Krieg sehr unliebsame Erfahrungen gemacht worden zu sein. Kein Wunder, daß die Wehrtüchtigkeit z. B. bei Sikhs, Mohammedanern des N. W. auch schon bessere Vertretungsansprüche geweckt hat. Hier werden wir Zeugen eines geographisch begründeten, aber politisch sehr heiklen Aufmarsches von Stammesgefühlen. Minderwertigkeitsgefühle haben zweifellos auch die Ausbrüche von Japaner- und Japanerhaß in Nordchina, von Chinesenhaß in Korea so verschärft, aus denen die japanische Chinapolitik ernste, noch keineswegs überwindene Schwierigkeiten erwachsen sind und vor allem das oft betonte „Kooperationsziel“ Baron Shideharas bedenkliche Dammbruchgefahren durchmachen mußte (das Spottbild zeigt). Dazu kam das oben angedeutete innere Unbehagen Japans, das Gefühl, der nächsten Generation nicht mehr sicher zu sein, und nicht zuletzt der Eindruck, daß die Hochschulen unter staatlicher Bevormundung und Ver-

knöcherung zu sehr überaltert waren, um nicht auch ähnliche Erneuerungsbedürfnisse zu verraten wie die britischen, usamerikanischen und deutschen in Flexner's Beleuchtung (Transpacific, 18. 6. 31). In Tokio allein beschäftigen sich vier Staatsuniversitäten, ungerechnet die privaten, mit Massenerzeugung gebildeten Proletariats: Tokyo Teikoku Daigaku; Tokyo Shoka Daigaku; Tokyo Bunrika Daigaku und Tokyo Kogyo Daigaku: Universität, Handelshochschule, Schöne Künste, Technische Universität des Guten — wie in Mitteleuropa!



Dabei kann die einzige einigermaßen standfeste Macht im Fernen Osten, Japan, gerade jetzt keine inneren Störungen brauchen. Denn ausgezeichnet informiert, wie sie ist, weiß sie genau, daß der Dammbruch der chinesischen Ströme im Sommer 1931 nur der Anfang einer unaufhaltsamen Entwicklung zum Schlimmeren, mindestens Bewegteren ist, und daß sogar das mongolische Flugloch (in dessen Schlingen leider zwei tüchtige deutsche Flieger fielen) nur die Verlängerung einer Schütterlinie zeigt, auf der auch alle mandchurisch-koreanischen Wirren liegen.

Zunächst muß man die Notwendigkeit der Verstärkung der Festlandtruppe und den Wunsch nach gleicher Seewehr mit dem Spielen des braven Kindes bei der Abrüstungskonferenz 1932 vereinigen, was nicht ganz leicht ist. Man hat es bereits einmal mit Erfolg dadurch getan, daß man zwar die Friedensstärke d



fanterie verringerte, dafür aber alle technischen Teufeleien der Neuzeit so ver-
rkte, daß der Abrüstungsgesamteffekt mehr als aufgewogen war. Aber anderer-
ts steht man vor der harten Tatsache (Transpacific, 2. 7. 31), daß bei wirklichen
lksbewegungen in Korea die beiden, dort seit 1910 eingerichteten Divisionen
yuzan bei Seoul, Mitte, und Ranan N.) nicht annähernd genügen, um auch nur die
twendigste Sicherheit z. B. der Chinesen zu gewährleisten, daß man also irgend-
e eine dritte (Taiden? XVI. von Kyoto?) einschieben muß. Dienstzeitkürzung

auf $1\frac{1}{2}$ Jahre, Standverringering um 20 000 Mann und 2000 Pferde, aber na Steigerung des technischen Apparats (u. a. neue Fluggeschwader in Formosa, Korea Hokkaido, Mitagahara; Chemische Abt.) bei Aufrechterhaltung der 17 Divisionen Einheiten und gründlichen Neudislokationen wird wohl das Ergebnis sein, zu d die Parteien mit sehr viel höheren Tönen, z. B. Zusammenlegung von Landheer u Marine zu einem Wehrministerium, Abschaffung von 3 Divisionen, angesetzt hatt

Dabei weiß man nicht, ob in der Mandschurei 800 000 oder $1\frac{1}{2}$ Millionen Koreaner stecken, die schließlich ein Recht entweder auf Schutz durch ihr Zwang vaterland Japan oder auf Einbürgerung in China haben (Transpacific, 6. 8. 31). laviert die japanische Außenpolitik (Shidehara) zwischen den Vorwürfen der Z haftigkeit (Hayashi für Naturalisation) und allzu starken Hand (Ugaki statt Saiboo Korea ab 11. 7. 31; Graf Uchida als S. M. Eisenbahnpräsident) hin und her; hängt am Kreuz ihrer Eisenbahnstellung gerade so fest wie die Mandschurei au und schielt nach deren weiteren Möglichkeiten (Hishida; „China in brief“, 11. 7. : Peking, S. 7): Gold am Sungari, in Kirin; neuen Kohlen- und Öllagern; die Flu schiffahrtsentwicklung, die allein auf dem Sungari noch 3122 chinesischen Dschu ken neben Dampfern und Barken Verdienst gibt.

Alles das verliert Japan ebenso ungern aus den Zähnen, wie der andere euras tische Inselstaat Großbritannien Burma und Indien fahren lassen möchte; al trotzdem tagt seit 4. 9. in London die indische Rundtischkonferenz, und im Nove ber beginnt das gleiche Spiel für Burma im Zusammenwirken mit der indisch Vertretung (Times, 21. 8. 31 ff.), deren Bevölkerungsanteil in Burma ja nur etw 7% ausmacht — viel weniger als der rein mongolische Bluteinschlag. Damit w eine geopolitische Anomalie wieder beseitigt, die rein exogen, aus anglo-indisch Beherrschungs- und Kriegführungsbedürfnissen heraus, ungleichartiges wesen fremdes Land und Volk verbunden hatte.

Aus dem Wanderraume, in dem die Truppen von Szechuan und Tibet widereinander in Raubfahrten stehen, berichtet allerhand Interessantes der rühr Amateurbildner „Newsreel“ Wong von seinem Reiseweg Chungking-Kiating Yachow am Min-Fluß (wo sein Begleiter Lu nach Lifan und Wasu an der tibet nischen Grenze weiterging, er selbst aber nach Muping-Lianghokow und Tachienl Von dort aus hat er die Grenzexpedition um Kantze mitgemacht, „aber der Fei (Tibeter) wartete nur deren Ankunft vor seinen Höhen ab, warf sich auf sie h unter und fegte sie aus“. Das sieht nicht danach aus, als ob China seine Hoc gebirgsgrenzmarken am Konka [Gongkar; Heim] sobald wieder gewinn würdel Aber immerhin: man kommt dort wieder durch, leichter als durch Yangtseschellen und den Kommunistenkrieg weiter unten, wie der kecke Film Wong erfahren sollte, der aber doch schließlich glücklich nach Shanghai zurü kam: ein südchinesischer Sindbad, in unruhigen und getrüben politischen O wässern herumplätschernd.

Inzwischen ist eine andere indomongolische Grenzmarke, von ihren bayrischen Stürmern „Kangdschengzönga“ geheißen (der alte, eingeführte Name „Kanjunga“ spart 4 Buchstaben!), zum zweitenmal umworben worden, hat ihre Opfer von Bergsteigern und Trägern gefordert und seine Krone leider auch einmal behauptet, während im gleichen Jahre der Kametgipfel bezwungen wurde. Auch sind in den bisherigen Berichten von Bauer, den abschließenden von Nythe und einem wunderschönen Vergleich Younghusbands zwischen Malaya- und Alpenleistung (Times, 15. g. 31) eine Reihe von Erfahrungen und Eindrücken menschlicher Spitzenleistungen festgehalten, deren weltumspannende Anerkennung in sonst dunklen Zeiten einen hellen Lichtblick bietet und als tröstlicher Schluß verzeichnet werden mag.

Auf die schrillen Mißklänge bei den Schwächeanwandlungen des Britischen Weltreichs im Herbst, ihren Rückschlag auf den indopazifischen Raum, auf die Entfesselung des Sturmfeldes in der Mandschurei (vgl. Bildertafel!) waren die Leser der „Geopolitik“ so vorbereitet, daß ihnen das Widerspiel in der Weltpresse keine Überraschung gebracht haben kann.

(Abgeschlossen Anfang Oktober.)

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Versuche neuer Verkehrsverknüpfungen zwischen Europa und Amerika — Vereinigte Staaten Handels- und Kreditpolitik — Folgen der Irrwege der Handels- und Kreditpolitik — Versuche des internationalen Ausgleichs — Interesse an der Ostasienfrage) — Kanada — Brasilien — Chile — Rivalität der Union und Englands am argentinischen Markt — Militärrevolte in Ekuador.

Weit mehr als noch vor kurzer Zeit lassen sich im politischen Gefüge der Erde Verknüpfungen erkennen, die in immer höherem Grade das Erdganze zur Einheit machen und damit seinem Leben aber auch Aufgaben stellen, deren Lösung erst die wirkliche Einheit zu gewährleisten vermöchte. Die außerordentlichen Leistungen der Versuche neuer Verkehrsverbindungen zwischen Europa und Amerika, wie die Fahrt des „Graf Zeppelin“, der nach 2 Tagen und 23 Stunden in Ambuco erreicht hat, die Planung einer Flugpostroute Hamburg—Island—Grönland—Westlabrador—Chicago—New York (Flugdauer 45 Stunden, 7000 km) auf Grund der Pioniertaten v. Gronaus, ebenso der deutsche Ost-West-Flug eines Junkers-Flugzeugs nach Amerika, endlich die vorgesehene Fernsprechkabellegung über den Atlantik von Amerika aus, sind für eine solche Verkettung zur Einheit zunächst noch ein sehr Symbol. Aber wie schnell können sie zu gangbaren Wegen werden! Fast scheint die Befürchtung, daß die Erde rascher zu einer unlösbaren Einheit verknüpfel werde, in der es wirklich kein Abstreichen einzelner Teile vom Leben des Ganzen zu geben gibt, als der geistige, die egoistische Interessenpolitik der einzelnen Nationen

überwindende Zusammenschluß gefunden werden kann. Immer wieder aufs neue wird es dabei klar, welche verhängnisvollen Zustände dadurch heraufgeführt worden sind, daß die ideelle Entwicklung der Menschheit mit ihrem technisch-wirtschaftlichen Aufstieg nicht Schritt zu halten vermochte. Verlangt der letztere zu mindesten erdteilhafte Weite, am liebsten aber die ganze Erde als Markt und Arbeitsfeld, so kann sich die erstere dagegen diesen an sich verfügbaren Raum nur in nationalistischer Zergliederung in eine Vielzahl von Staatenkammern denken. Wenn es sich um zwei tatsächlich getrennte Auffassungen handelte, etwa um die der weltfremder Idealisten und die der Realisten, die den praktischen Weltläufte näherstehen und sie bestimmen, dann wäre das Unheil, das aus einem solchen Uebereinstimmen vereinbaren Nebeneinander entstehen könnte, nicht sonderlich groß. Leider gehen aber beide Zielsetzungen in unentwirrbarer Weise durcheinander. Männer der Wissenschaft denken nicht selten merkwürdig engräumig, und wo ihr Einfluß die Maßnahmen der Staaten bestimmt, sehen sie diese meist nur unter dem Gesichtspunkt des Marktes. Darum geht eine neue Welle des Protektionismus durch die Welt, die neben der Schweiz, Italien, Frankreich auch die Vereinigten Staaten ergriffen hat. Geplante Erhöhung der schon überhohen Schutzzollmaße soll in der Union die Verschärfung der inneren Wirtschaftskrise verhindern. Man übersieht natürlich, daß sie der nationalen Wirtschaft damit Absatzgebiet raubt, weil die Verkehrsländer der Vereinigten Staaten nur in umfänglichem Maße kaufen können, wenn ihnen der große Markt der Union auch für ihren eigenen Absatz bleibt. Dieser falschen Linie der Handelspolitik läuft eine ebensolche Kreditpolitik parallel. Bei dem heutigen wirtschaftlichen Gefüge vermag kein Unternehmen ohne das nötige Betriebskapital zu gedeihen. Bekanntlich gibt es seit geraumer Zeit kapitalstarke und kapitalschwache Staaten, und Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise haben diesen Gegensatz verschärft. Seit langer Zeit haben sich ausgesprochen Gläubigerstaaten gegenüber ihren Kolonien und anderen kapitalbedürftigen Ländern als freigebige Kapitalüberschußländer verhalten, soweit jene die politischen und wirtschaftlichen Sicherungen dafür gegeben sahen. Die Erträge solcher Kreditbewilligung waren meist sehr zufriedenstellend. Warum ist es so unendlich schwer, dieses längst erprobte System auf die heutigen Bedürfnisse zu übertragen? Warum hüten die Vereinigten Staaten und Frankreich wie mythologische Drachen ihre Goldschätze, ohne sie zur Belebung der Weltwirtschaft fruchtbar zu machen? Mangelndes Vertrauen in die Kreditbedürftigen und, was noch viel schlimmer ist, politische Tendenzen, diese gleichen Staaten in ihrer wirtschaftlichen Hilflosigkeit schwach zu halten, verhindern den Kapitalausgleich und werden bei folgerichtiger Durchführung einer gedeihlichen Weltwirtschaft den Grabstein setzen. Das meint das Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ neulich, wenn es die gegenwärtige Welt eine „verkehrte Welt“ nannte und unter anderem dabei ausführte: „Internationales Essenstandpunkt und Kirchturmspolitik werden auf der ganzen Linie zur Staats-

son, und die Lehre, daß jedes Land am besten fahre bei ungehemmtem Güter-
tausch, wird vollkommen außer acht gelassen, obwohl sie in der Theorie so
t wie unbestritten ist... Der engstirnige Protektionismus, gepaart mit über-
anntem Nationalismus, hat in erster Linie die Krise herbeigeführt, und beide
ktoren verschärfen sie immer mehr. Jeder weitere Schritt zur „nationalen Aut-
kie“ bedeutet, weltwirtschaftlich gesehen, nichts anderes als einen weiteren Schritt
r Verelendung.“ Das gleiche haben wir im Märzheft 1931 dieser Zeitschrift in
m Bericht über „die Weltkrise“ ausgeführt.

Die Vereinigten Staaten haben schon längst den Beweis für diese Ausführungen
bracht und leiden unter den Folgen der Irrwege der Handels- und
reditpolitik. Bedarf es eines schlagenderen Beweises als dieses: 10 Millionen
beitslose (nach Green, dem Präsidenten der American Federation of Labour)
otz der hohen Zollmauern? Neue Erhöhung des Zollltarifs um 25% (!) wird in
reisen der Zollfachleute für nicht unmöglich gehalten. Wem sollen diese Zoll-
höhungen eigentlich dienen? Die amerikanische Handelsbilanz ist zum erstenmal
it 1925 mit einer Million Dollar im August 1931 passiv gewesen. Die Ausfuhr
etrag 165, die Einfuhr 166 Mill. Dollar. Die Aus- und Einfuhrziffern für den
eichen Monat des Vorjahres sind 298 bzw. 218 Mill. Dollar. Die Ausfuhr ist also
n stärksten zurückgegangen, weil die Staaten, die nicht importieren können, auch
icht kaufen können. Das trifft auch für die längere Periode der ersten acht Monate
es Jahres 1931 im Vergleich mit 1930 zu: 1662 und 2641 Mill. Dollar. Für die
nfuhr sind die entsprechenden Zahlen 1447 und 2174 Mill. Dollar. Bedarf es
eiterer Beweise für die mangelnde Prosperität in den Vereinigten Staaten? Sie
nd leicht zu erbringen. Seit dem Juli 1929 sollen 2400 Banken mit einem
apital von 1500 Mill. Dollar, 54 182 Gesellschaften mit einem Passivum von
1/2 Milliarden Konkurs angemeldet haben. In den drei ersten Wochen des Sep-
mber schlossen allein 67 Banken. Besonders die Einnahmen der landwirtschaft-
chen Staaten sind außerordentlich zurückgegangen. Die Städte — namentlich die
nanzielle Lage von Chicago, Detroit, Boston, Philadelphia, New York und anderer
et bekannt — stehen in der Hinsicht nicht nach. Ford soll 100 000 Arbeiter ent-
ssen haben. Glaubt er wirklich angesichts solcher Umstände selbst noch an ein
Und trotzdem vorwärts“? Der Kursrückgang an den amerikanischen Börsen ist
n September stärker denn je gewesen. Die Kurse haben durchschnittlich das tiefste
iveau erreicht. Erst anfangs Oktober hat wieder eine allgemeine Kursbesserung
ngesetzt, was aber für die Wirtschaftslage im ganzen nicht viel bedeuten will.
iese wird viel mehr durch die Lohnkürzungswelle charakterisiert, die durch die
merikanische Industrie geht. Wo bleibt dabei Hoovers Standpunkt, der bemüht
ar, die Kaufkraft der Massen zu erhalten? Die Löhne sind durchschnittlich um
50%, stellenweise um 25% gekürzt worden. Die Kaufkraft des Arbeiterheeres
nkt in dem gleichen Maße, ohne daß es sich viel zu überlegen braucht, ob es die

durch die Zollmauern geschützten heimischen Waren oder die eingeführten Waren kaufen will. Das Bundesdefizit belief sich im ersten Vierteljahr auf 380 Millionen Dollar. Daraus läßt sich ein Jahresdefizit von etwa $1\frac{1}{2}$ Mill. Dollar errechnen. Selbst ein Angriff auf den Dollar ist nicht ausgeblieben, dem eine energische Verteidigung durch New York Federal Reserve Bank gefolgt ist: Goldverschiffung nach Frankreich, Holland, der Schweiz und Belgien. In den drei Wochen nach der Aufhebung der Goldeinlösung in London haben die Goldbestände der Federal Reserve Banken um 450 Mill. Dollar abgenommen. Daneben ist man an der Gründung eines Bankenpool gegangen, der für die Liquidität auf dem Geldmarkt sorgen soll. Ebenso ist Diskonterhöhung zur Sicherung der Währung gefolgt. Frankreich hat sich dieser Maßnahme bezeichnenderweise angeschlossen. Man glaubt, den Dollar retten zu können. Allein das sind Maßnahmen, die für das größte Kapitalüberschußgebiet doch recht erstaunlich erscheinen.

Außer diesen Finanzmaßnahmen geschieht eigentlich wenig in den Vereinigten Staaten, um die Krise an der Wurzel zu packen. Noch wird das Sparprogramm nicht so geistlos und entnervend durchgeführt, wie es in europäischen Staaten üblich ist, wo die Regierungen an Stelle der Weckung und der Unterstützung der produktiven Kräfte aller Art keinen anderen Ausweg als das Sich-nach-der-Deckungs-Strecken des kleinen Mannes wissen. Allerdings, Sparerlasse sind auch den Vereinigten Staaten nicht fremd. Ebenso sind Versuche eines internationalen Ausgleichs zu verzeichnen. Der großartigste unter ihnen ist die Besprechung zwischen Hoover und Laval, den Vertretern der beiden mächtigsten Gläubigerstaaten, der ein Besuch Lord Readings in Paris vorausgegangen ist. Ganz allgemein geht es natürlich in Washington um die Behebung der Weltkrise. Die Mutmaßungen über die Gegenstände der Konferenz haben sich ziemlich verdichtet: Regelung der Geldkapitalverteilung zwecks konjunkturpolitischer Führung der Welt durch diese beiden Staaten, ferner der interalliierten Schulden, Verlängerung des Hoovermoratoriums auf 3 oder 5 Jahre, ein Plan, der aber in Amerika selbst ausserhalb der Demokraten und unabhängigen Republikaner auf die Forderung des Abbaus der Reparations- und Rüstungsfrage gestoßen ist. Borah geht noch einen Schritt weiter, indem ihm die Revision der Verträge von Versailles und St. Germain überhaupt Programm ist. Territoriale Fragen werden sich kaum unter den Themen befinden. Offensichtlich dämmert es nach den Ereignissen in England auch in den Höfen der Regierungen, daß man mit kleinen finanziellen Mitteln und innerhalb der einzelstaatlichen Perspektive nicht mehr auskommen kann. Auf Lavals Besuch soll der Grandis folgen. Ob man sich aber im Laufe der Unterredungen nicht wieder auf die Grenzen des politischen Partikularismus zurückzieht, bleibt abzuwarten. Wo die Schwäche der Situation zu suchen ist, hat der englische Macmillan-Bericht in diesem Sommer klar auseinandergesetzt. Die Engländer haben sich über seine Ratschläge hinweggesetzt. Die Folgen, die der Bericht für einen der

igen Fall vorsieht, sind pünktlich bei der Bank von London eingetreten. Es wäre wünschenswert, wenn er von den beiden Staatsmännern der goldreichsten Länder sich einmal genau auf die Diagnose der Krise hin studiert würde. Sie wird dort der Weigerung der beiden großen Gläubigernationen gesehen, für die Überlässe der Zahlungen, die sie erhalten, zu kaufen oder durch Ausleihen langfristiger Anleihen andere Staaten kauffähig zu machen. So hat ihn Arthur Feiler wohl zu Recht verstanden. Sollte es wirklich möglich sein, daß sich die Verantwortlichen der maßgebenden Staaten solchem Verständnis entziehen? Die Möglichkeit scheint bei der partikularistischen Engstirnigkeit der Staaten tatsächlich nicht ganz ausgeschlossen. Die Folge wäre, daß, wie England den sog. „besiegten“ Staaten gefolgt ist, ein Staat nach dem anderen in den Krisenstrudel hineingezogen würde. Vielleicht ist das die einzige Lösung — auch für Amerika!

Hinter den Sorgen um ihre weltwirtschaftliche Stellung tritt das Interesse der Vereinigten Staaten an der Ostasienfrage doch nicht ganz zurück. Viel steht dafür für die Zukunft auf dem Spiel. Parallel dem Schritt des Völkerbunds hat der vereinstaatliche Staatssekretär des Auswärtigen den Wunsch gegenüber Japan geäußert, es möge den Konflikt, ohne weitere Gewalt anzuwenden, beilegen. Ein Vertreter der Vereinigten Staaten sitzt zum großen Ärgernis Japans während der Verhandlungen über den mandschurischen Streit am Ratstisch in Genf mit der Absicht, sich an den Besprechungen zu beteiligen, die sich auf die Anwendung des Kelloggpaktes beziehen.

Ist die Lage in Kanada zwar nicht so drückend wie in den Vereinigten Staaten, so zeigt sich doch große Ähnlichkeit, zumal die Abhängigkeit in der ganzen finanziellen Bewältigung der Wirtschaftsaufgaben von Wallstreet groß ist und die Entwicklung in der Union darum von Kanada aus aufmerksam verfolgt wird. Örtlich ist es sogar zu Streikunruhen gekommen. Im „Wirtschaftsdienst“ (H. 37) hat Fürstinger „die Weizensituation und das Schicksal des Pools“ erörtert, der seine Aufgabe in der bisherigen genossenschaftlichen Form für das Ganze nicht zu erfüllen vermochte. Die eigenartige Stellung Kanadas innerhalb der amerikanischen Welt überhaupt hat Adolf Reichwein, der Verfasser eines der besten Bücher über Mexiko („Mexiko erwacht“), in der „Frankfurter Zeitung“ (vom 18. August 1931) in einem sehr lehrreichen Aufsatz „Kanada zwischen zwei Welten“ gekennzeichnet. Er zeigt darin, wie die Geschichte Kanada an England, der Raum es an Amerika bindet.

Aus Lateinamerika vermag die Umschau dieses Monats wenig aufzuzeichnen. Die Verhältnisse sind im ganzen so geblieben, wie wir sie zuletzt eingehender betrachtet haben. Ob sich die Notiz aus Brasilien bewahrheitet, daß als Grundlage der Währung künftighin der Dollar anstatt des Pfundes zu dienen habe, mag dahinstellt bleiben. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, weil bisher noch keine Stabilisierung der brasilianischen Währung erfolgt ist, obgleich sie als dringend von demeyer empfohlen worden ist. Zwischen dem brasilianischen Kaffeeverteidigungs-

institut und dem Ruhrkohlsyndikat sind merkwürdige Verhandlungen im Gange, die einen Tauschhandel von Kaffee gegen Ruhrkohle vorsehen. Ein ähnlicher Tausch von Kaffee und nordamerikanischem Getreide hat schon stattgefunden. Chile ist mit der Wahl Juan Esteban Monteros zum Präsidenten wieder zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückgekehrt, die der Diktatur Ibanez' Platz gemacht hatten. Diese Wahl hat einen tiefen Blick in den Aufbau Chiles nach Parteien gestattet. Dem rechtsbürgerlichen Montero standen der liberale Alessandri und zwei Kandidaten gegenüber, die kommunistische Tendenzen in ihrem Programm hatten. Was schon bei der Revolution ersichtlich war, ist Chile von der sozialistischen und kommunistischen Bewegung stark durchsetzt. Immerhin wurde die Wahl Monteros bei der es freilich nicht ohne Tote abging, mit einer großen Mehrheit vollzogen. Sich mit der Salpeterkrise und mit dem Arbeitslosenproblem zu beschäftigen, werden unerquickliche Aufgaben des neuen Präsidenten sein. Der Staat hat seinen Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt und damit eine Druckmaßnahme vorgenommen, weil er infolge der Zollbelastung keinen Salpeter in Deutschland absetzen vermag. Die Lage, die sich für den gegenseitigen Handel daraus ergibt, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß Chile bisher von Deutschland mehr kaufte als umgekehrt. „Ibero-Amerika“ (A 4) bringt einen beachtenswerten Aufsatz über die Rivalität der Union und Englands am argentinischen Markt. Auf die Vereinigten Staaten entfielen 1929 und 1930 26,9% und 21,6%, auf Großbritannien 18,6% und 21% der Einfuhr nach Argentinien. Dagegen kauften im letzten Jahr Großbritannien 30%, die Vereinigten Staaten nur 9,3% der argentinischen Ausfuhr. In Ecuador ist eine Militärrevolte ausgebrochen, die gesiegt haben soll.

(Abgeschlossen 19. Oktober 1931.)

BERNHARD LAMEY:

Das Sicherheitsproblem im baltischen Raum

I. „Sicherheit!“

Der französische Deputierte der Linken, Paul-Boncour, rief in einer seiner Reden zur Außenpolitik aus: „Frankreich muß seine Grenzen nicht nur am Rhein, sondern auch an der Weichsel und im Baltikum schützen!“ Dieser ungemein charakteristische Satz ist mehr als nur die auf den Augenblick berechnete Phrase eines redegabten Politikers, er enthält vielmehr das ganze politische Kredo des durchschnittlichen Franzosen unserer Tage, das in dem einen Zauberwort „Sureté“ aufgefächert. „Sicherheit“ vor allem will Frankreich, „Sicherheit“ wollen auch alle jene Gebiete Europas, die noch irgendwie labil sind. Damit ist der psychologische Mittelpunkt gegeben, an dem Frankreichs Außenpolitik überall mit viel Geschick und feiner Hand einzusetzen weiß. Das Sicherheitsproblem in vielfacher Gestalt ist das Thema mit Veränderungen, das in den Hauptstädten vieler größerer und kleinerer Staaten dieses bunten Europa abgewandelt wird. Zeitweilig wird es von wirtschaftlichen Sorgen überschattet, manchmal ruht die öffentliche Debatte, aber bohrt man an einer beliebigen Stelle tiefer, so stößt man unweigerlich immer wieder auf den empfindlichsten Nerv, das Sicherheitsproblem.

Auch der baltische Raum, unter dem wir Estland, Lettland und Litauen, in manchem Bezüge auch Finnland, zu begreifen haben, ist ein Abschnitt jenes „Zwischeneuropa“, dessen Aggregatzustand sich nicht gänzlich verfestigt hat und so darum das große Schlagwort „Sicherheit“ ein fast fanatisches Echo findet. Der baltische Raum gehört zu jenen Punkten des Erdballs, die ob ihrer geopolitischen Bedeutung im Laufe der Geschichte immer wieder hervortreten und problematisch werden. Das Baltikum, insbesondere sein Kernstück Livland mit Riga, ist die uralte Schlüsselstellung im West-Ost-Verkehr, es ist die Grenzscheide zweier Wirtschaftscontinente und damit zugleich zweier Kulturkreise, zweier Religionen, zweier Gesellschaftsordnungen. Stets, wenn sich in der Machtverteilung Europas Umschichtungen und Krisen vollzogen, war der baltische Raum der Schauplatz wichtiger Entscheidungen. Nur in den Pausen, wenn die Kräfte sich stabilisiert hatten, genoß

auch das Baltikum des Friedens, so in den letzten 200 Jahren im Schutze, oder besser gesagt, im Schatten des russischen Absolutismus.

Mit schicksalhafter Logik, wie sie den geopolitischen Bedingtheiten innewohnt, hat sich nach dem Zusammenbruch der letzten dynastischen Reiche der baltische Raum wieder von Rußland emanzipiert, und zwar im Zeichen des Nationalismus westlich-demokratischer Prägung. Der großen natürlichen Anziehungskraft, wie sie ein derart gewaltiger Nachbarkörper wie Rußland auf die kleinen Staateengebilde an seinen Grenzen ausüben muß, setzt man in den baltischen Staaten mit vollem Bewußtsein eine westlich orientierte Kulturpolitik entgegen, wobei der deutsch-skandinavische Kulturkreis eine wesentliche Rolle zu spielen berufen ist (ein ernster Fingerzeig für Deutschland, sich seiner westlichen Mission bewußt zu bleiben und sich nicht geistig an den Osten zu verlieren!). Hand in Hand damit geht eine stark betonte Völkerbundspolitik als der höchsten Instanz der westlichen Welt und der Sicherheitswillens der Völker.

Indem die baltischen Staaten so die Atempause, die ihnen der heutige Zustand Rußlands zweifellos noch auf lange Dauer gibt, nützen, rüsten sie sich geistig wirklich rechtlich für Entscheidungen, vor die sie später oder früher gestellt werden können. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang an den Ausspruch des polnischen Ostpolitikers Dr. Holuwko, daß nämlich unter den heutigen Umständen das kommunistische Regime für die westlichen Nachbarstaaten außenpolitisch tragbarer sei als etwa ein angriffslüsterner Zarismus*).

Diese Entscheidungen sind aber nur vertagt, nicht aufgehoben, solange das Sicherheitsproblem nicht eine endgültige Lösung erfahren hat, solange der Status quo nicht auch von der Geschichte als Endzustand bestätigt ist. Ob er es wird, ob die heutige Regelung vor der weiteren weltpolitischen Entwicklung bestehen wird, das hängt zu einem sehr großen Teil davon ab, wie die Staaten des baltischen Raumes selbst das Sicherheitsproblem lösen wollen und lösen werden.

II. Die Paktpolitik im Osten

Sehr verschiedene Wege werden zu dem einen Ziel „Sicherheit“ eingeschlagen. Und es sind sehr schwierige und mit der Weltpolitik verflochtene Grenzprobleme, die dabei berührt werden. Vieles muß darum im Raume dieser Betrachtung lediglich Andeutung bleiben, was sonst an und für sich ein Problem, wert eingehender Beleuchtung, sein würde.

Der unmittelbarste Weg erscheint der der Verträge und er wurde denn auch in vielfachen Variationen begangen, ohne bisher dem Ziele entscheidend näher gebracht zu haben. Die Paktpolitik im Osten ist in drei zeitliche und zugleich sachliche Stadien unterzuteilen: Erstens die Ära der Friedensverträge der bal-

*) Vgl. hierzu auch die weiter unten angeführte These des schwedischen Publizisten Dr. Essén von der östlichen Orientierung Sowjetrußlands.

chen Staaten untereinander und mit Rußland. Die meisten dieser Verträge enthalten auch schon Klauseln, die rein politische Garantien und Sicherstellung des Bestandes zustande gekommenen Friedens gewähren sollen. Im Dorpater Frieden z. B. zwischen Finnland und Rußland, wie auch im estnisch-russischen Frieden, wird die prinzipielle Zustimmung der Vertragspartner zur Neutralisierung der Ostsee ausgesprochen, einem dem Sicherheitsproblem eng benachbarten Komplex, auf den wir unten noch zurückzukommen sein wird.

Das zweite Stadium der Paktpolitik stand zunächst im Zeichen Polens, das die Initiative an sich genommen hatte und bemüht war, ein weitgehendes Vertragssystem über die fünf Staaten von Finnland über Estland, Lettland und Litauen bis hin auszuspannen. Der Höhepunkt dieser Bestrebungen zur Bildung eines Fünf-Staaten-Blocks war das Warschauer Protokoll vom Jahre 1922, dessen Verwirklichung aber am Einspruch des finnischen Reichstages scheiterte. Damit kam zum erstenmal jene Differenzierung zum Ausdruck, die den baltischen Raum seitdem immer deutlicher von Polen scheidet und die auch in der Folge keine engeren Bindungen zuließ. Der Ausbruch des Wilnakonfliktes zwischen Polen und Litauen markiert dann den zweiten Abschnitt dieser Periode ein, der eine Reihe von Verträgen der drei baltischen Staaten unter sich brachte, von denen der bedeutendste das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Estland und Lettland vom Jahre 1923 ist. In diesem Stadium wird in der Außenpolitik der baltischen Staaten oft das „kleine Programm“, der baltische Dreibund, als das erreichbare Ziel erwähnt.

Die dritte Periode der Paktpolitik im Osten endlich ist durch die Paktangebote Rußlands gekennzeichnet, das in verschiedenen Formen über Nicht-Angriffs- und Neutralitätsverträge verhandelt. In diesem Stadium, das schon in die Bereiche der hohen Politik, des englisch-russischen Gegensatzes hineinreichte, beharrten die baltischen Staaten kluge Zurückhaltung und entschieden sich für keines der beiden Extreme, die sich unvereinbar gegenüberstanden: Rußland seinerseits wollte nur mit jedem der Staaten einzeln unterhandeln, also teilen und herrschen, während Polen nur als Anführer eines gemeinsamen Blocks zu Verhandlungen bereit war. Als das außenpolitisch-taktische Interesse für Rußland wegfiel, blieben auch diese Verhandlungen und Anregungen ein. Auf derselben Linie liegen, freilich mit veränderten Vorzeichen, späterhin Kelloggpaakt und Litwinow-Protokoll, und erst neulich wurde unter den Auspizien Frankreichs der Versuch gemacht, Rußland und Polen in einem Nicht-Angriffsvertrag zusammenzuführen, ein Versuch, der in den baltischen Staaten mit größter Spannung beobachtet wurde. Bei der Behandlung der Vertragspolitik zum Sicherheitsproblem darf der Völkerbundspakt nicht unerwähnt bleiben, dem die baltischen Staaten als Mitunterzeichner ein möglichst großes Gewicht und Ansehen zu verleihen bemüht sind.

Auch sei noch der kühnen Konzeption des früheren lettischen Außenministers Meelens gedacht, der den Gedanken einer Neutralisierung der baltischen Staaten

unter Garantie Englands, Deutschlands, Rußlands und Schwedens aussprach. Diese auf den ersten Blick frappierende Plan kann zwar unter den heutigen Verhältnissen praktisch gar nicht gewertet werden, aber vielleicht stecken gerade in dieser heute noch irrationalen Konstruktion eines politischen Kopfes am meisten Zukunftserkenntnisse und Zukunftsmöglichkeiten.

III. Die Ostsee — Schweden

Blieb dieser weitausschauende Gedanke mangels realer Voraussetzungen vereinzelt, so tritt im Laufe der Sicherheitsdebatte doch mehrfach ein anderer benachbarter Gedanke hervor, der ähnlich den Problemen des baltischen Raumes auch geopolitisch bedingt ist: die Neutralisierung der Ostsee. Zum letztenmal war es der Vertrag zwischen Schweden und Dänemark vom Jahre 1794, der den Gedanken einer Schließung der Ostsee verwirklichte. Maßgebend dafür waren zwei Motive: „Der Wille der Ostseemächte, sich in den Kriegen der übrigen europäischen Staaten neutral zu halten, und zweitens das Bestreben, fremden Einfluß von der Ostsee fernzuhalten*)." Aus recht ähnlich gelagerten Verhältnissen heraus, insbesondere, was den unbedingten Neutralitätswillen anbelangt, taucht auch neuerdings wieder der Gedanke einer Schließung der Ostsee für fremde Kriegsflotten an verschiedenen Stellen auf. Rußland warf aus naheliegenden Gründen diese Frage mehrfach in die internationale Debatte. Von anderen Vorstößen in dieser Frage sei der des finnischen Staatsrechtlers Prof. Erich hervorgehoben. Die auf die Neutralisierung der Ostsee bezüglichen Klauseln der Friedensverträge wurden schon erwähnt. Über platonische Gespräche ist auch dieser Versuch, die Sicherheitsfrage zu lösen, nicht hinausgekommen.

Im Gegenteil, mehr denn je ist die Ostsee heute ein offenes Meer. „Die Ostsee ist der Grund aller Commerzien“, sagt der Hallenser Prof. Gundling in seinem 1733 erschienenen „Discours über den jetzigen Zustand der europäischen Staaten“. Mit treffsicherem Blick schildert der wackere Historiograph die große Bedeutung der baltischen Provinzen für die nordische Großmacht jener Zeit, für Schweden. Heute ist es wiederum Schweden, das die Aufmerksamkeit des politischen Beobachters auf sich zieht. „Seit hundert Jahren bis zum heutigen Tag hat Schweden keine Außenpolitik mehr gehabt“, sagte ein bedeutender schwedischer Politiker bei dem Besuch, den König Gustav V. in Riga abstattete. Der Wiedereintritt Schwedens in die Ostseepolitik, seine politische Aktivität auf dem anderen Ufer des Baltischen Meeres, diese Tatsache ist vielleicht das wichtigste und tiefgreifendste Ereignis in der jüngsten Geschichte Nordosteuropas. Die erste Voraussetzung hierfür ist das Ausfallen der rein machtpolitisch-maritimen Gesichtspunkte. Der Kampf — oder zeitgemäßer ausgedrückt — die Konkurrenz spielt sich auf

*) Dissertation „Die Schließung der Ostsee“ von Günther Müller, Marburg 1929.

er ganz anderen Ebene ab, nämlich im Wirtschaftlichen. Hier liegt heute das Übergewicht der politischen Konstellation an der Ostsee, und hier beginnen gerade die Staaten, die am wenigsten machtpolitisch mitsprechen können und sollen, wie Deutschland und Schweden, ihre volle Bedeutung zu zeigen.

In den ersten Jahren, als die baltischen Staaten sich eben erst von Rußland gelöst hatten, blieb Schweden völlig passiv. Damals standen im baltischen Raum nur die rein politischen Fragen im Vordergrund. Die Entente glaubte schalten und walten zu können. Bündnispläne mit Polen lagen in der Luft, der Antagonismus gegenüber Rußland unterband jede wirtschaftliche Betätigung nach Osten hin. Auf politische Annäherungsversuche reagierte Schweden als das klassische Land der Neutralität ablehnend.

Es kam der Zeitpunkt, an dem die politische Einstellung des baltischen Raumes sich änderte. London und Paris vor der wirtschaftlichen Umorientierung zurücktreten mußten. Und zugleich erfolgte auch die Wendung in Schwedens Haltung. Es setzte eine Periode vorsichtiger, aber zielbewußter Betätigung Schwedens im Baltikum ein. Während das offizielle Schweden Zurückhaltung und Schweigen übt, befaßt sich die öffentliche Meinung und Diskussion Schwedens außerordentlich intensiv mit den außenpolitischen Problemen, die aus der großartigen wirtschaftlichen Expansion des skandinavischen Reiches resultieren. Von den vielen Stimmen fallen Lagers, die hierher gehören, sei hier nur eine ausführlicher mitgeteilt, weil sie besonders bezeichnend und auch politisch am besten fundiert erscheint. Es ist dies das Buch des schwedischen Publizisten Dr. Rutger Essén: „Schweden, das baltische Meer und die baltische Politik.“ (Stockholm 1930.) Der Verfasser war zeitweilig Referent für Ostfragen im Stockholmer Außenamt und späterhin außenpolitischer Redakteur der konservativen Tageszeitung „Stockholms Dagblad“.

Zunächst übt Dr. Essén energische Kritik an „der geographischen Engherzigkeit Schwedens“. Er weist auf die enge Verbundenheit des baltischen Raumes mit Schweden hin, auf die Rolle der Ostsee als verbindender Brücke. Im Mittelpunkt seiner weiteren Betrachtungen steht das Verhältnis Rußlands zur Ostsee und er kommt zu dem Schluß, daß das neue Rußland wenig mehr an der baltischen See interessiert sei. Das Gesicht Rußlands ist nach Osten gewandt. Die wichtigsten Bevölkerungs- und Produktionszentren sind weit von der baltischen Küste entfernt. Schwedens Aufgabe gegenüber Rußland ist, ihm im Waren-, Kredit- und Kulturaustausch zu helfen. Aufschärfste ist vom schwedischen Standpunkt aus jeder Interventionsversuch, überhaupt jede Einmischung in innerrussische Verhältnisse zu verurteilen, denn jede Wendung Rußlands nach dem Westen muß in direktem Gegensatz zu Schwedens Interessen stehen. Tritt aber dennoch dieser Fall ein, so sieht Essén allerdings die Möglichkeit kriegigerischer Verwicklungen mit ungewissem Ausgang im baltischen Raume für möglich an. Die gegenwärtige Isolierung der baltischen Staaten erhöht das Risiko dieses Zustandes, daher auch die

große Zurückhaltung des ausländischen Kapitals diesen Ländern gegenüber. Dr. Essén glaubt die beste Lösung in einer Solidaritätspolitik der baltischen Staaten mit Schweden zu sehen. Er empfiehlt einen regionalen Sicherheitspakt zwischen den skandinavischen Staaten und Finnland, Estland und Lettland. Die im Völkerbündnis festgesetzten Sicherheits- und Sanktionsprinzipien erklären diese sechs Staaten untereinander als verbindlich. Das Grundprinzip und Leitmotiv, das in der Schrift Dr. Esséns immer wieder durchleuchtet, ist die schicksalhafte Verbundenheit des baltischen Raumes mit Schweden, das seinerseits auf das Baltikum als sein natürliches Expansionsgebiet angewiesen ist. Diese Expansion allerdings vollzieht sich heute auf der Linie friedlicher kultureller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Soweit Dr. Essén, der Ideologe Groß-Schwedens! Es sei nochmals festgehalten, daß seine Schrift nur einen unter vielen Versuchen darstellt, die baltische Frage vom schwedischen Standpunkt aus und von der regionalen Vertragspolitik her zu lösen, und es kann nicht verschwiegen werden, daß unter den anderen Stimmen auch sehr aggressive und sich ganz im antiquierten imperialistischen Fahrwasser bewegende zu finden sind.

IV. Die zwei Wege

Alle die oben skizzierten Versuche und Ansätze zu Zwischenlösungen der Sicherheitsfrage des baltischen Raumes haben keine greifbaren Ergebnisse zeitigen können, weil der herrschende Gleichgewichtszustand eben doch nur ein labiler ist und nicht die Belastung eines Kompromisses verträgt. Es bleiben letztlich Endes nur zwei radikale Möglichkeiten, zwei diametral entgegengesetzte Wege: die militärisch-machtpolitische Methode der eine, die absolute Neutralität der andere. Es sind dies im Grunde genau jene beiden Methoden, welche sie heute überall in Europa, wo es Reibungspunkte und Konfliktstellen gibt, nach der Einstellung empfohlen werden: die gewaltsame Auseinandersetzung, sei es durch Anwendung militärischer, wirtschaftlicher oder politischer Machtmittel, oder — um ein handliches Schlagwort zu gebrauchen — die paneuropäische Lösung, die auf einem neuen, überstaatlichen Rechtsbewußtsein basierende vertragliche Schlichtung.

Es ist von vornherein klar — und diese Erkenntnis wird auch von den Politikern der baltischen Staaten geteilt —, daß die militärisch-machtpolitische Methode ein unverhältnismäßig großes Risiko in sich schließt, das einzugehen nur der übernehmen kann, der nichts zu verlieren hat. Ihre Anhänger sind also in erster Linie Berufsmilitärs in Gestalt ehemaliger russischer Offiziere, also jene Kreise, deren Weltbild keine andere Möglichkeit zuläßt, Lösungen herbeizuführen, als die der Waffengewalt. Es ist völlig natürlich, daß diese Richtung Anlehnung bei der nächsten Rußland größten Militärmacht im Osten, bei Polen, sucht. Sie entfaltet auch eine gewisse Tätigkeit in Form von Generalstabskonferenzen, Flottendemonstrationen und dergleichen. All dies hat so lange jedoch keine ernstere Bedeutung, als die

tärs lediglich die technischen Funktionäre der Staatsmacht sind und solange Politik entscheidend von der Volksvertretung bestimmt und kontrolliert wird. Bewaffnete Macht im baltischen Raum kann immer nur den einen Sinn haben, Neutralitätswillen seiner Völker schützenden Rückhalt zu geben und jede Verletzung dieser Neutralität von außen abzuwehren. Nach fachmännischem Urteil die Armeen der baltischen Staaten bei ihrem guten Rüstungsstand hierfür auch ausreißend; es bedarf keiner „Völkerbund-Schutztruppe“ oder anderer absichtlicher Manöver gewisser Großmächte, die Hände ins baltische Spiel zu bringen. Mit dem Begriff Neutralität sind wir zu der zweiten, der völkerrechtlichen Lösungsmethode gekommen. Im Gegensatz zu dem Abenteuer mit ungewissem Ausgang, zu dem Versuch mit untauglichen Mitteln, den eine militärische Prestigepolitik darstellen muß, ist die Aufstellung und Vertretung unbeding- und zweifelsfreier Neutralität für den baltischen Raum, wenigstens unter Garantie von Großmächten, eine realpolitische und naturgegebene Lösungsmöglichkeit. Es ist in der Tat keine andere Lösung für das Sicherheitsproblem des baltischen Raumes denkbar, als eben die absolute und loyale Neutralität. Jeder Anschluß an eine machtpolitische Gruppe wäre wider dieses Grundprinzip und würde die Sicherheit und Unabhängigkeit der baltischen Staaten in Frage stellen. Wirtschaftliche Zusammenschlüsse, regionale Nichtangriffs- und Sicherheitsverträge dagegen sind als Fortschritte im Sinne dieser Neutralität zu bewerten.

Der am wesentlichsten beteiligte Nachbarstaat, Sowjetrußland, hat ein unzweifelhaftes Interesse daran, vor seiner nördlichen Flanke ein neutrales Gebiet, eine Reihe von Häfen, eine Reihe von Handels- und Industriehäfen zu besitzen. Dieses Interesse besteht auch auf der Seite fast aller anderen Staaten, darunter auch England. Sie alle, die in wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland stehen, haben ein unmittelbares Interesse daran, im baltischen Raum ein leicht übersehbares, westeuropäischen Rechtskreisen unterworfenen neutrales Wirtschaftsgelände als Basis zu haben. Die großen Investitionen ausländischer Finanz-, Handels- und Industriekonzerne vor allem in Riga zeugen von diesem Interesse. Der baltische Raum ist dazu bestimmt, auf lange Zeit hinaus das neutrale Clearinghouse zwischen dem Sowjetstaat und dem Westen zu sein. Einzige Voraussetzung dafür, daß der baltische Raum seine geopolitische und historische Rolle zu erfüllen vermag, ist die Neutralität gegenüber den machtpolitischen Konflikten.

V. Ausblick

In einem gewissen Gegensatz zu dieser letzten und aussichtsreichsten Lösung der Sicherheitsfrage stehen die Sanktionsklauseln, die der Völkerbundpakt den Mitgliedsstaaten auferlegt. Es gibt gewisse Kreise in den baltischen Staaten, die sehr gerne von Neutralität sprechen, andererseits aber zu einer sehr weit-

herzigen Auslegung der Sanktionsrechte geneigt sind. Das Gefährliche dieser Methoden muß immer wieder unterstrichen werden, zumal diese Interpretierungskünste dem Völkerbund selbst nicht zum Vorteil gereichen. Als eines der wichtigsten Ziele der baltischen Außenpolitik müßte es aber angesehen werden, eine Neutralisierung der baltischen Staaten über den Völkerbundpakt und die Sanktionsklauseln hinaus zu erreichen, ähnlich wie sie heute einzig die Schweiz genießt.

Die Entwicklung der europäischen Lage wird für den baltischen Raum und die ihn besiedelnden Völker noch manche harte Probe, noch manch schwere Entscheidung bringen. Das neue Europa, das, wie wir hoffen, aus diesen Wehen und Nöten hervorgehen soll, wird auch von den baltischen Staaten Rechenschaft fordern, ob sie sich ihrer geopolitischen Aufgabe bewußt waren und ihr gerecht geworden sind. Die baltischen Staaten, klein und arm an Substanz, gering an politischem Einfluß, können aber moralisch sich der Schicksalsstunde Europas gewachsen zeigen, indem sie in der Lösung des Sicherheitsproblems, durch sachliche und neutrale Verwaltung des ihnen von der Geschichte anvertrauten Raumes den Beweis erbringen, daß sie verantwortungsbewußte Glieder eines neuen Europa zu sein gewillt sind.

ERNST RÜDENBERG:

Die Wirtschaftsprovinzen Chinas

I

Asien ist zum wirtschaftspolitischen Machtfaktor geworden. Es hat in den Jahren nach 1914 aufgehört, Objekt internationaler Politik zu sein. Der Gesamtanteil Asiens am Weltaußenhandel betrug 1912 8,8%; 1928 15,3%; derjenige Chinas 1912 1,6%; 1928 2,3% (Deutschland 1928 9,4%). Noch in den Kämpfen zwischen Wu Pei-fu*), Chang Tso-lin, Feng Yu-hsiang anfangs der 1920er Jahre vermochte scheinbar der europäische Chinabeobachter durch ein konstruiertes „Mächteschema“ (englische, russische, japanische Interessensphäre) Verständnis für die dortigen Ereignisse zu gewinnen. Heute ist China vollziehendes Subjekt eigener Politik und kann nur noch aus der Analyse innerchinesischer Zustände begriffen werden.

Hiermit hängt zusammen, daß selbst weltpolitisch interessierte Zeitungsleser in wachsender Zahl die chinesischen Vorgänge nicht mehr verfolgen wollen, weil sie keine Entwicklungstendenzen in dem Hin und Her der Bürgerkriege erkennen können. Gelegentliche journalistische Berichterstattung über Einzelfragen, von der

*) Sämtliche chinesische Namen in englischer Schreibweise.

se oft aus redaktionellen Erfordernissen verspätet gedruckt, verwirren mehr, daß sie klären. Es kommt wahrlich nicht darauf an, dem Nichtspezialisten er zu behaltende Namen chinesischer Generale oder auf Atlanten unauffindbare bezeichnungen mitzuteilen, vielmehr ist zur Schaffung eines besseren Ver- nisses notwendig, scharf präzierte plastische Vorstellungen über chinesische luktions- und Raumverhältnisse zu vermitteln. Es genügt nicht mehr zu wissen, Chinas*) Gesamtumfang ca. 5 Millionen Quadratkilometer, seine Bevölke- nach den neuesten chinesischen (nur schätzenden, nicht fortschreibenden) stiken ca. 480 Millionen, gleich 20—25% der Erdbevölkerung, beträgt, daß en, Tientsin, Shanghai und Hongkong seine wichtigsten Häfen sind. Es führt zu erfahren, daß 1930 in China (ohne Mandschurei und Randgebiete) auf n Quadratkilometer 70 Menschen wohnten, ohne gleichzeitig zu wissen, daß wirtschaftspolitisch entscheidenden Provinzen zu den dichtbevölkertsten Erd- eten gehören. Es ist falsch, zu behaupten, daß die nicht endenden Bürger- ge sich allein aus der ungeheuren Größe des Landes erklären. Deutschland und en haben sich, obwohl sie 1870 an Ausdehnung und Einwohnerzahl nicht hal die Provinz Szechuan erreichten, bei bestehendem engem Eisenbahnnetz unter größten politischen Schwierigkeiten geeinigt, während China jahr- dertlang beim Fehlen moderner Verkehrstechnik unter einer zentralen dyna- chen Gewalt in Frieden gelebt hat.

konomisches und geographisches Wissen sind zum plastischen Begreifen welt- assender Ereignisse heute unerlässlich. Nur durch ihre Kenntnis lassen sich ale Zusammenhänge aus der scheinbar so widerspruchsvollen asiatischen Politik nnen. Nur auf diese Weise werden hinter dem hohlen Klang von Personen- ortschaftsnamen geschichtliche Entwicklungen sichtbar, werden Gestalten wie ng Kai-shek, Yen Shi-san, Feng Yu-hsiang, Sun Fo, Eugen Chen, Chang eh-liang von politischen Drahtziehern im luftleeren Raum zu lebendigen Trä- historischen Geschehens.

abelle I versucht, ein in obigem Sinne plastisches Bild hervorzurufen. Die Be- ung der chinesischen Provinznamen geht fast ausschließlich aus ihrer geogra- chen Lage hervor. Flüsse, Seen, Berge, Städte bestimmen die Bezeichnung. Die -s-, See- und Gebirgsableitungen sind dem volkstümlichen Gebrauch entnommen, Vereinigung zweier Städtenamen zum (dritten) Provinznamen läßt bereits auf n administrativen Akt schließen. Eine nach rein geographischen Gesichtspunkten enommene Einteilung der Provinzen genügt unseres Erachtens zum heutigen ständnis dortiger Geschehnisse nicht mehr. Die Zusammenfassung in die sechs lichen Provinzen Kansu, Shensi, Shansi, Honan, Chihli, Shantung — die en mittleren Szechuan, Hupeh, Hunan, Kiangsi, Anhwei, Kiangsu, Chekiang —

*) China mit Mandschurei, ohne Mongolei, Tibet, Sinkiang.

und die fünf südlichen Provinzen Yunnan, Kweichow, Kwangsi, Kwantung, Fukien führt zu keinerlei machtpolitischen Erkenntnissen*). Wir unternehmen daher den Versuch einer (noch beträchtlich verbesserungsfähigen) wirtschaftsgeographischen Gliederung in:

I. Provinzen mit fortgeschrittener Wirtschaftsweise:

1. Industrie- (Finanz-) oder Küstenprovinzen: Shantung, Kiangsu, Chekiang, Fukien, Kwantung.
2. Handels- oder Binnenprovinzen: Anhwei, Honan, Hupeh, Hunan, Kiangsi, Szechuan.
3. Agrarische Exportprovinzen: Fengtien, Kirin, Heilungkiang (Mandschurei).

II. Provinzen mit unveränderter Wirtschaftsweise:

1. Montan- oder Südprovinzen: Yunnan, Kweichow, Kwangsi.
2. Agrar- oder Nordprovinzen (Nördliches Montangebiet): Hopeh, Shansi, Shensi, Kansu.

Unter fortgeschrittener oder in moderner Entwicklung begriffener Wirtschaftsweise verstehen wir die Sprengung der alten traditionellen Produktionsmethoden, deren Veränderungen unter dem Einfluß des westeuropäisch-amerikanischen Handelskapitals.

II

Die Neugestaltung einer, in den Weltmarkt eingegliederten, Landwirtschaft ist die Lebensfrage des chinesischen Volkes. Dieses Ziel ist ohne gleichzeitige Entwicklung der Industrie und des Verkehrs nicht zu erreichen. Industriestaat im deutschen, englischen oder japanischen Sinn könnte China nur dann werden, wenn die Gebiete des unteren Yangtzefflusses eine selbständige politische Geschichte in Zi

*) Aber auch geographisch ist diese Einteilung nicht mehr ausreichend. 90% der Bevölkerung in der Mandschurei sind heute Chinesen. China steht nicht mehr unter der Herrschaft der Mandchus, vielmehr hat sich die Mandschurei zu einem der wichtigsten Teile Großchinas entwickelt. Die Politik Chang Hsueh-liangs trägt dieser Wandlung deutlich Rechnung. Wenn wir daher von Nordchina sprechen, so schließt dieser Begriff für uns die drei Provinzen der Mandschurei: Fengtien (Mukden oder Liaoning), Kirin, Heilungkiang (Amur), die drei neugegründeten innermongolischen Provinzen: Jehol, Chahar, Suiyan, außerdem Kansu, Shensi, Shansi und Hopeh (früher Chihli) ein. Nordchina reicht für uns von der sibirisch-chinesischen Grenze, dem Amur, bis fast an den unteren Lauf des Hwang Ho heran. — Unter Mittelchina verstehen wir die Provinzen meist nördlich des Yangtzes: Shantung, Kiangsu, Anhwei, Honan, Hupeh, Chekiang, Szechuan. — Südchina, südlich vom Yangtzekiang, umfaßt die restlichen Provinzen: Yunnan, Kweichow, Kwangsi, Kwantung, Hunan, Kiangsi, Fukien. Hunan und Kiangsi werden im Norden vom Yangtze begrenzt. Ihre nördlichen Teile sind aus mehrfachen Gründen den Yangtze-provinzen Mittelchinas zuzuordnen. — Jehol, Chahar und Suiyan sind die Teile der inneren Mongolei und den Nordgebieten der Provinzen Chihli (seitdem Hopeh), Shansi und Shensi gebildet. — Neue Provinzen sind ferner: 1. Ninghsia (innere Mongolei), westlich von Suiyan und nördlich von Kansu. Hauptstadt Ning-shia. 2. Chinghai, Gebiet um den See Kokonor (Blauer See). Hauptstadt Hsi-ning. 3. Hsi-Kiang (bisheriger Teil Szechuan), östlich von Tibet und nördlich von Yunnan, Hauptstadt Kiatingfu.



kunft aufweisen sollten. Ein geeintes China muß zu einem in noch stärkeren Maße autarkem Wirtschaftsgebiet als die USA. werden, in dem sich auf Grundl einer modern betriebenen Landwirtschaft eine starke Industrie entfaltet. Das Verhältnis der landwirtschaftlich tätigen zur gesamten berufstätigen Bevölkerung l trug 1920 in den Vereinigten Staaten ca. 1:4; in China schätzt man den Ant der Farmer an der Gesamtheit der Werkstätigen auf 80 bis 85%, doch erscheint u diese Zahl als reichlich hoch gegriffen. Insgesamt berufstätig sind 40% all usamerikanischen Einwohner, davon 61,3% Männer und 16,5% Frauen. E Prozentzahl der Werkstätigen (Kinderarbeit) in China, insbesondere die der Frau wird zur Zeit ganz bedeutend über den amerikanischen Ziffern liegen; bei z nehmender wirtschaftlicher Entwicklung und Sozialgesetzgebung wird aber e Angleichung an die westlichen Verhältnisse eintreten. Jedenfalls, wenn das V hhältnis von landwirtschaftlich zu überhaupt tätiger Bevölkerung einmal 1:2 od 1:2½ betragen sollte, so würde das bei der Größe des chinesischen Raumes u der Bevölkerung bereits einen in der heutigen Welt kaum vorhandenen Grad d industriellen Reife und der Produktionskapazität voraussetzen*). Nochmals, d Problem für China lautet nicht: Entwicklung von Landwirtsch aft oder Industrie, sondern: Landwirtschaft und Industrie.

Die chinesische Landwirtschaft befindet sich in einer schweren Krisis. Auswü kungen von Weltdepression und agrarischer Rohstoffbaisse spielen, mit Ausnahm der 3 mandschurischen Provinzen, nur eine indirekte Rolle. Während z. B. d Schicksal der Malayenstaaten vom Kautschuk, das Brasiliens vom Kaffee abhäng ist die chinesische (ähnlich wie die indische) Agrarkrise eine spezifisch nationa zu der die internationalen Momente noch verschärfend hinzutreten. Der Rückga im Seiden- und Tee-Export, der zunächst als Außenhandels- oder Zahlungsbilan problem erscheint, ist in Wirklichkeit der wichtigste Teil dieser nationalen Leberfrage. China ist nicht nur den anderen Ländern, vor allem Japan gegenüber, a der ihm seit vielen Jahrhunderten eigenen agrarischen Produktionsweise steh geblieben, sondern darüber hinaus sind unleugbare Anzeichen des Verfalls sein vom Standpunkt moderner Agrikultur rückständigen Bewirtschaftungsstufe v handen.

Mangelhafte Düngung, Fruchtfolge nur in manchen Distrikten, Fehlen von Saakulturen, Primitivität der Ackergeräte und damit verbundene zu flache Rodun

*) In der Provinz Kiangsu (Shanghai) waren einem chinesischen Bericht zufolge 1919 v der Gesamtbevölkerung (diese gleich der werkstätigen) von 31,2 Mill. 40% Bauern, 9% Kau leute, 6-7% Fabrikarbeiter, 4-5% Transport- und Hauskulis, 2-2½% Lehrer und St denten, 1,2% Fischer und fast 30% unbekannt. — In Shansi sollen 1923 48% Bauern, 9,5 Lehrer und Studenten (!), 5,6% Fabrikarbeiter, 6,5% Kulis, 7,4% Kaufleute (Gesam bevölkerung 11,8 Mill.) gewesen sein. In den drei mandschurischen Provinzen waren: Bau 47,7%; Fabrikarbeiter 11%; Kaufleute 12%; Transportkulis 7%; Hauskulis 1,5%; Ber arbeiter 4,5%; Fischer 5,1%; unbekannt 9,8%.

nachlässigung von Be- und Entwässerungsanlagen haben zu einer bedrohlichen Anhäufung des Bodens geführt. Ein krasses Beispiel gibt die Provinz Fukien. Einst führende Tee-Exportzentrum des Welthandels, auch für die Opiumproduktion von Bedeutung, ist heute der Boden infolge des Raubbaues unfruchtbar. So ergibt sich, daß die Bevölkerungsdichte Fukiens mit 119 pro Quadratkilometer ausserhalb des Rahmen der übrigen Küstenprovinzen fällt. Menschliche und tierische Fäkalien sind noch die fast einzigen Düngemittel; in besonderen Fällen werden Bohnenmehle verwandt, Ammoniumsulfat nur im Kantondistrikt. Das Vorkommen von Stalldünger ist als relativ selten zu bezeichnen, da die Viehzucht bei dem in den Gegenden völligen Mangel an Wiesen- und Weideland unentwickelt ist. Vieh züchten die Chinesen bisher nur zu Transport- und Arbeitszwecken; für die Ernährung fängt es erst allmählich an, Bedeutung zu erlangen. Der chinesische Bauer züchtet sein Hausschwein, eventuell noch Ziege und Geflügel*). Viehherden gibt es in der Mandschurei; dort wären ganz große Viehfarmen am Platz, da besonders in der Nordmandschurei ideale Weideflächen besitzt. Welche Wichtigkeit die menschlichen Exkremente für die chinesische Volkswirtschaft haben, kennzeichnet am besten die Tatsache, daß seit 1908 ein glücklicher Unternehmer für Überlassung von Düngungen aus den Aborten der Shanghaier internationalen Niederlassung jährlich eine Summe von 6500 Pfund Sterling an die Stadtverwaltung zahlt**).

Ein ernster Mißstand ist die Plünderung der Wälder. Unzureichende Kohlenproduktion und Verkehrsverhältnisse haben zur planlosen Abholzung der Wälder geführt, ohne Rücksicht auf Alter und Neuanpflanzung von Bäumen. China ist heute bis auf Gebiete in der Provinz Kweichow, des Yalu River (Südmandschurei—Sowjet-Grenze), der Nordmandschurei und Mongolei waldarm. Das Gebiet um die chinesische Eastern Railway, dessen Baumbestand für Eisenbahnbohlen verwandt wurde, ist völlig abgeholzt. Dabei spielen Wälder gerade für Nordchina mit seinem kalten Klima, seinen seltenen, aber dann um so heftigeren Regengüssen eine wichtige Rolle zum Schutz gegen Hochwasser. Der Holzvorrat der Nordmandschurei wird auf 100 Milliarden Kubikfuß geschätzt. In Heilungkiang ziehen sich die Wälder von dem Großen Khingangebirge südöstlich zur Sungari-Ebene; in Kirin östlich von der russischen bis südlich zur koreanischen Grenze. Das mangelhafte Verkehrsnetz (namentlich in den westlichen Waldgebieten) und das Fehlen von Kanälen verursachen erhebliche Transportschwierigkeiten und Preisverteuerungen hervor.

Die Regierung will durch Einrichtung von staatlichen Musterfarmen Anleitung zu fortschrittlichen Bestellungsverfahren vermitteln. Versuche mit Weizen haben eine Auswahl des Saatgutes eine dreifache Ernte ergeben. Die heute erzielten Erträge lassen sich also vervielfachen. Ein von Ende 1930 vorliegender chinesischer Bericht

*) In Szechuan gibt es kleine Schweinefarmen; vorwiegend für den Eigenverbrauch. Acht verschiedene Geflügel sind bereits eine große Anzahl.

**) Vgl. L. Dudley Stamp, „Asia“.

schätzt die zur Zeit in Bearbeitung befindliche Ackerfläche (ohne Mandschurei) auf ca. 480 000 qkm, glaubt aber, daß diese bei Urbarmachung von nicht allzu schwer umzuwandelnden Brach- resp. Ödlandes auf über das Fünffache, ca. $2\frac{1}{2}$ Millionen Quadratkilometer, auszudehnen sei. Zusammen mit den ca. 150 000 qkm in der Mandschurei beträgt der gesamte bisher kultivierte Boden Chinas um 600 000 qkm d. i. ca. 12,5 Aar (1250 qm) pro Kopf der Bevölkerung.

Soyabohnen, Kaoliang, Mais, Hirse, Weizen sind die Hauptnahrungsmittel der Ernten des Nordens; Weizen und Reis die Mittelchinas; Reis allein die Haupternte des Südens, soweit Berge und Bewässerung den Anbau gestatten (Anbau von Weizen sehr mühsam). In der Mandschurei ist infolge der starken Winter nur eine Ernte möglich. Das übrige Nord- und Mittelchina hat seine besonderen Frühjahr- und Herbstsaaten; das tropische Klima des Südostens erlaubt zwei Reisernten**).

(Schluß in Heft 12.)

GUSTAV FESTER:

Argentinische Außen- und Grenzbeziehungen III

Mit Bolivien bestanden in der Vergangenheit so gut wie gar keine Beziehungen, solange das Angesicht dieses Staates nur gegen den Pazifik gerichtet war. (Während des Salpeterkrieges lagen die argentinischen Sympathien auf der Seite der beiden Verbündeten.) Heute haben zwei Faktoren beide Völker in nähere Berührung gebracht, der eine (trotz noch geringer wirtschaftlicher Bedeutung) freundschaft-

*) La Fleur und Foscue nennen Zahlen, die den eben genannten nahekommen. Danach gehen von den ca. 9 750 000 qkm Gesamtfläche (China mit Mandschurei, Sinkiang, Mongolei ohne Tibet) ca. 4,5 Mill. qkm wegen zu großer Dürre, 250 000 qkm wegen zu großer Kälte, ca. 2 Mill. qkm Hochgebirge und ca. 150 000 qkm wegen Unfruchtbarkeit als unbebaubar ab. Von den verbleibenden fast 30% = 2 850 000 qkm bebaubarer Fläche sind aber nur der vierte Teil, gleich ca. 700 000 qkm tatsächlich in Arbeit genommen; so daß also nur 17,5% der gesamten Fläche Großchinas ohne Tibet agrarischer Produktion erschlossen sind. Das gleiche Verhältnis für China und die Mandschurei ohne Randgebiete beträgt ca. 12%. Die in Angriff genommene Anbaufläche Chinas mit der Mandschurei (ohne Randländer) beträgt ca. 600 000 qkm. Wenn auch die Anbaufläche in der Mongolei und Sinkiang bei weitem kein 70 000 qkm ausmachen kann, so erfahren der französische und chinesische Bericht eine gewisse gegenseitige Bestätigung. (Nach L. Dudley Stamp, „Asia“.)

**) Die Verteilung des zur Verfügung stehenden Bodens auf die einzelnen Provinzen und die in ihnen angebauten Pflanzen sind aus Tabelle II ersichtlich. Hauptagardistrikte sind:

Die „Große Ebene“ Nordchinas (Teile Chihlis, Shantung, Honans bis ins Yangtsegebiet hinein). Umfang: ca. 180 000 sq. miles. Bevölkerung: ca. 80 Mill.

Die „Tayuan-Ebene“ im Lößgebiet. Das Lößgebiet umfaßt West-Honan, Shansi, Shen-si, Kansu.

„Ebene von Chengtu“ im „Roten Bassin“ (Szechuan). Ca. 5 Mill. Einwohner. Eines der dicht bevölkerten Erdgebiete.

Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf den ausgezeichneten Bericht von Paul O. Nyhagen, ehemaligen amerikanischen „Agricultural Commissioner“ in Shanghai in „Foreign Commerce & Markets“. Washington, 25. Mai 1931.

Provinznamen	Bedeutung der Provinznamen	Städte	Fläche		Einwohnerzahl		Bevölkerungsdichte			Anbaufläche			Saaten, Kulturen	China	
			1000 qkm	vgl. mit deutsch. od. europ. Geb.	je 1000*	vgl. mit deutsch. od. europ. Geb.	Besonderheiten	pro 1 qkm	vgl. mit deutsch. od. europ. Geb.	1 qkm	% der Gesamtfläche	Besonderheiten			
Heilung-kiang	(Amurfluß)	Manchouli Hailar Tsitsihar	549	Deutschland (Vorkrieg)	5 154	Provinz Sachsen u. Pommern	Binnen-provinz	9,2	Norwegen	36 000	6 1/2	Siedlungs-land	Flachland: Soya-bohnen, Kaoliang, Weizen (Herbstsaat)	N O R D -	
Kirin	—	Harbin Kirin Changchun	210	1 1/2 mal Tschechoslowakei	8 767	Bayern und Oberschlesien	Binnen-provinz	42	Europa	48 000	23				
Fengtien oder Liaoning	—	Mukden Hailungfu Antung, Yinkow	234	3 mal Bayern	13 591	1 3/4 mal Bayern	Küsten-provinz	58	Pommern	40 000	17				
Chihli oder Hopeh	Direkt Regierte (v. d. Hauptstadt) nördl. des Flusses (Hwang Ho)	Peking (Peping) Kalgan Tientsin	300	Preußen und Hessen	38 906 (34 186)	Preußen	Küsten-provinz	130	Deutsches Reich ohne Saar	42 210	14	Sandboden (Einwirkg. der Wüste Gobi)			
Kansu	aus: Kanchowfu und Suchow (freiwillige Verehrung)	Lanchowfu Kanchowfu	325	Norwegen	7 423 (5 927)	Rhein-provinz	Binnen-provinz	23	Estland	14 405	3 1/2	Hochgebirge	Hochland: Hirse, Mais, Buchweizen		
Shansi	westlich der Berge	Tayuanfu	213	1 1/2 mal Tschechoslowakei	12 153 (11 080)	Rheinprovinz und Westfalen	Binnen-provinz	57	Pommern	32 760	15				
Shensi	westlich der Pässe	Sianfu	195	Deutsches Reich ohne Preußen	17 223 (9 466)	Bayern, Sachsen, Baden u. Württemb.	Binnen-provinz	88	Südbayern	15 820	8	Regelm. Hungersnotgebiete			
Shantung	östlich der Berge	Tsinanfu Tsingtau, Weiheiwei, Chefoo	145	England u. Wales	34 376 (30 803)	Preußen ohne Berlin	Küsten-provinz Hwangho	236	Westfalen	60 430	41		Westhonan Löß		Flachland: Frühljahrs-saat: Reis, Baumwolle, Soya-bohnen; Herbstsaat: Weizen, Gerste, Raps, Hanf
Honan	südlich d. Flusses (Hwangho)	Kaifeng Honanfu (oder Loyang)	176	Deutsches Reich ohne Preußen	35 290 (30 832)	Preußen ohne Prov. Hannover	Binnen-provinz Hwangho	200	(nicht ganz) Westfalen	48 340	28				
Chekiang	gekrümmter Fluß (Fluß mit der Flutwelle; bei Hangchow)	Hangchow Ningpo Wenchow	95	Bayern u. Württemb.	24 140 (22 043)	Deutsches Reich ohne Preußen	Küsten-provinz	253	Westfalen	28 440	30	Bergländer	Flachland: Reis, Tee, Zucker, Opium		
Kiangsu	aus: Kiangning (= Nanking) und Soochow	Shanghai Nanking Soochow Chinkiang	100	Bayern, Baden und Hessen	34 624 (33 786)	Preußen ohne Berlin	Küsten-provinz Yangtze	345	Sachsen	39 140	39			Hochland: Mais, Kaoliang, dicke Bohnen, süße Kartoffeln. Seide: Kiangsu, Chekiang, Szechuan u. a. Prov.; Tabak: Anhwei, Honan	
Anhwei	aus: Anking und Hweichowfu	Anking Wuhu Hweichowfu	142	England u. Wales	20 199 (19 833)	1/2 mal Frankreich	Binnen-provinz Yangtze	141	Schaumburg-Lippe	45 460	32				Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)
Hupeh	nördlich des (Tungting-)Sees	Hankow Wuchang Hanyang Ichang Shasi	185	Deutsches Reich ohne Preußen	28 617 (27 167)	Polen	Binnen-provinz Yangtze	154	Baden	36 410	20				
Szechuan	4 Ströme (Nebenflüsse des Yangtze) Yalung-, Kialing-kiang, Min-, Kung-Ho	Chungking Chengtu Suifu	566	Frankreich seit Versailles	52 063 (49 183)	Deutsches Reich ohne Bayern u. Württemb.	Binnen-provinz Yangtze	92	Nordbayern	28 440	5	Hohe Gebirge	Seide: Kwantung Süd-Szechuan u. a. Provinzen		
Hunan	südlich des (Tungting-)Sees	Changcha Hengchowfu Siangtan, Changteh, Yochow	216	1 1/2 mal Tschechoslowakei	40 530 (28 443)	Preußen u. Baden	Binnen-provinz Yangtze**)	187	Hessen	19 190	9			Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)	
Kiangsi	westlich des (Yangtze-)Flusses (i. Wirklichk. südl.)	Kiukiang Nanchang Kanchow	180	Deutsches Reich ohne Preußen	27 563 (24 466)	Polen	Binnen-provinz Yangtze**)	152	Baden	28 320	16	Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)			
Fukien	aus: Foochow und Kienning	Foochow Chuanchowfu Changchowfu Amoy	119	Bayern, Württemb., Baden und Hessen	14 330 (13 157)	Bayern, Sachsen u. Pommern	Küsten-provinz	119	Niederschlesien	7 910	7		Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)		
Kwantung	weiter (freier) Osten	Kanton Hongkong Swatow, Macao Kwangchow Wuchow Packhoi	259	Preußen ohne Ostpreußen	36 777 (37 168)	Preußen ohne Ostpreußen	Küsten-provinz	142	Oberschlesien	21 090	8	Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)			
Kwangsi	weiter (freier) Westen	Nanning, Kweilin, Liuchowfu	200	2 mal Bulgarien	12 258 (12 258)	Bayern u. Sachsen	Binnen-provinz	61	Pommern	5 050	2 1/2		Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)		
Kweichow	kostbares Land (wegen des Mineralreichtums)	Kweiyang Tatingfu	174	Deutsches Reich ohne Preußen u. Thüringen	11 291 (11 114)	Rheinprv. u. Berlin	Binnen-provinz	65	Brandenburg	1 840	1	Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)			
Yunnan	südlich der Wolken (des Szechuan-Hochlandes)	Yunnanfu Kwangnanfu Mengtszbiien Puerfu, Talifu	380	Polen	11 021 (9 839)	Rheinprv. u. Berlin	Binnen-provinz	29	Lettland	5 700	1 1/2		Hochland: Mais, süße Kartoffeln, Buchweizen, Tabak, Hafer (ganz oben)		

TABELLE I

TABELLE II

*) Ohne Klammern nach Chinese Post Office Estimate 1926; mit Klammern nach Georg Wegener, China, Teubner 1930.

**) Nördliche Provinzgrenze.



dernd, nämlich der Anschluß des bolivianischen Bahnnetzes an das argentinische, andere, wie erwähnt, argentinischerseits mit wenig Sympathie begrüßt, das Vordringen des Nachbarn längs des Pilcomayo in Richtung auf den Rio Paraguay. In den wenig erfolgreichen Lösungsversuchen des Chacokonfliktes, der sich augenblicklich im Belagerungszustande befindet, hat sich Argentinien nicht offiziell beteiligt, doch ließ die Sprache der Presse keinen Zweifel darüber, daß man einem Vorrücken des kleineren Nachbarn kaum ruhig zugesehen hätte. (Leider hat die argentinische Öffentlichkeit den General Kundt noch mehr als den ehemaligen Präsidenten Siles als Träger des bolivianischen Angriffswillens angesehen.)

Ein Grenzproblem mit Bolivien bestand noch insofern, als in neuerer Zeit die Lage des als argentinisch angesehenen Grenzzortes Yacuiba auf der Landkarte eine Korrektur erfahren mußte. Der zur Zeit noch nicht ratifizierte Vertrag sieht nun vor, daß Yacuiba an Bolivien kommt und dafür ein kleiner Streifen längs des Rio Grande de Tarija argentinisch wird. Diese Modifikation der Grenze kann insofern von Bedeutung sein, als sie die wichtige Petroleumzone betrifft, die sich im Ostabfall der Kordillere von Bolivien bis in die Provinz Salta erstreckt. Im bolivianischen Anteil des Gebietes herrscht unbeschränkt die Standard-Oil-Company, während auf der argentinischen Seite die Interessen der genannten Gesellschaft, die der Provinz und die der Nation im Gegensatz zueinander stehen, wodurch eine intensivere Ausbeutung bisher gehemmt wurde. Für den Transport des bolivianischen Petroleums steht die fast bis Yacuiba vollendete Zweiglinie der argentinischen Staatsbahn zur Verfügung, die in Formosa den für kleinere Einheiten schiffbaren Paraguay aber — über die Hauptlinie — erst in Santa Fe den Ausgangspunkt der Überseeschifffahrt erreicht. Man denkt auf bolivianischer bzw. nordamerikanischer — Seite wohl auch an eine Rohrleitung auf dem Nordufer des Pilcomayo bis unterhalb des Salto Palmares oder gar bis zum Paraguay, im Umstand, der ein besonderes Licht auf das bolivianische Vordringen im Chaco wirft; wir haben also auch hier ein Beispiel für die öfters beobachtete Verknüpfung der Petroleuminteressen mit der großen Politik.

Der einzige Staat, mit dem Argentinien in der neuesten Zeit in einen ernsthaften Grenzkonflikt verwickelt gewesen ist, war der westliche Nachbar*), während heute, nachdem der Streit seit drei Jahrzehnten beendet ist, die Beziehungen zwischen beiden Nationen im ganzen durchaus als freundschaftlich bezeichnet werden müssen; man kann sogar von besonderer Wärme dieser Beziehungen sprechen, wie das Eisenbahnglück von Alpatocal einer Anzahl chilenischer Kadetten das Leben kostete, die zum Besuch ihrer argentinischen Kameraden gekommen waren.

*) Vgl. die vorzügliche Darstellung bei Steffen, Grenzprobleme und Forschungsreisen in Südamerika, Tübingen, Berlin 1929. Immerhin muß man das den chilenischen Standpunkt betonende Werk lediglich als historische Darstellung betrachten, während heute die Grenzfrage kaum mehr ein geopolitisches Problem bildet.

Auch hinsichtlich des Chacokonfliktes ist die Stellungnahme der beiden Staaten konform gewesen.

Ohne auf alle Phasen des komplizierten patagonischen Grenzstreites einzugehen, ist zu bemerken, daß er seinen Ausgangspunkt in der Interpretation des Vertrages von 1881 hat, welcher festsetzt, daß „die Grenzlinie über die höchsten Gipfel der Kordillere, welche die Wasser scheiden, verlaufen sollte“. Tatsächlich sind die beiden Anforderungen weder unter sich vereinbar, noch jede einzelne geeignet, die Grundlage einer vernünftigen Grenzziehung zu bilden. Ein von argentinischer Seite als Basis der Vertragsauslegung angesehener, nord-südlich verlaufender und eindeutig feststellbarer Kordillerenhauptkamm existiert an vielen Stellen tatsächlich nicht. Auf der anderen Seite ist die von Chile verfochtene interozeanische Wasserscheide zwar genau festzulegen, sie ist aber praktisch auch nicht als Grundlage geeignet, weil sie südlich vom 41.⁰ zum großen Teil außerhalb der eigentlichen Kordillere über relativ niedere Höhenzüge verläuft. Eine Wasserscheide an sich ist aber nichts als ein hydrographischer Begriff, und sie gewinnt nur durch ihre geopolitische Bedeutung, wenn sie auch Verkehrsscheide ist, und es kann eigentlich kein Zweifel darüber bestehen, daß die zum pazifischen Einzugsgebiet gehörenden, zwischen eigentlicher Kordillere und Wasserscheide gelegenen Täler (Valle 16 de Octubre usw.) wirtschaftsgeographisch dem östlichen Patagonien zuzurechnen sind, während sie vom Pazifik aus oft nur schwierig durch die enge, die Kordillere durchbrechenden Flußtäler erreicht werden können. Als Beispiel für diese Verkehrsschwierigkeiten seien die damals Chile zugesprochenen Täler des oberen Bakersystems angeführt, deren Verkehrsbeziehungen noch heute hauptsächlich ostwärts gerichtet sind, während, wie ich feststellen konnte, der pazifische Hafen des Gebietes, Bajo Pisagua, einem Kapitän der chilenischen Küstenlinie nie einmal dem Namen nach bekannt war.

Im ganzen kann man wohl sagen, daß der praktische Sinn der Engländer, und beschwert von juristischen Spitzfindigkeiten, mit dem Schiedsspruch von 1902 ungefähr das Richtige getroffen hat. Und wenn vielleicht die Grenzziehung an einzelnen Punkten nicht ganz ideal sein mag, so sollte man daran nicht die Forderung knüpfen, sie zugunsten des einen oder anderen Staates zu verändern, als vielmehr danach trachten, die Unnatürlichkeit, die überhaupt in jeder Grenzziehung liegt, dadurch zu korrigieren, daß man die Scheidelinie zu einer „zweiten Grades“ werden läßt, d. h. nur administrativer, nicht wirtschafts- und zollpolitischer Art.

Im Augenblick allerdings hat man auf chilenischer Seite durch die Erhöhung der Zölle auf argentinisches Vieh, argentinischerseits durch die Forderung von 30 Peso Gold für das Paßvisum der chilenischen Saisonarbeiter dem Gemeinwirtschaftsgedanken leider entgegengewirkt. Man darf aber nun aus dem ersten Faktum nicht etwa den Schluß ziehen, daß sich die argentinischen Vorandentäler einem politischen Anschluß an Chile etwa auf die Dauer wirtschaftlich besser

den. Die chilenische Zollerhöhung ist gerade auf Bestreben der Viehzüchter Südens vorgenommen worden, und gegenüber der aufstrebenden, noch entwicklungsfähigen und verkehrsmäßig günstig gelegenen Viehzucht der Provinz Magalhães werden die ostandinavischen Gebiete immer im Nachteil bleiben, die das Vieh erst durch die ganze Kordillere nach Cochamo oder Aysen *) treiben müssen und dort immer noch keinen Anschluß an den Konsum gewonnen haben. Für das argentinische Patagonien aber wird die Randzone als Zusatzversorger, auch mit Holz und Ackerbauprodukten, eine immer steigende Bedeutung gewinnen (soweit überhaupt von einer Bedeutung die Rede sein kann), ähnlich wie die Küstenplätze heute schon durch Kolonien wie Trelew-Rawson mit Gemüse usw. versorgt werden. Gewiß beträgt die Entfernung bis zur atlantischen Küste vom Kordilleren-Gebiet bis zu etwa 500 km, aber der Produktionswert der Täler ist nicht so groß, daß der Überschuß den Ausweg zur Küste zu suchen hätte. Neben der keineswegs als Wüste anzusehenden patagonischen Schafzuchtzone wird später sicher auch das Aufblühen begriffene Touristengebiet des Nationalparks bei Bariloche als Konsument in Betracht kommen, besonders wenn die geplante Abzweigung der patagonischen Hauptbahn nach dem Süden einmal verwirklicht sein wird.

Während der ganze Zollbezirk von Bariloche jährlich nur wenige hundert Rinder über die Kordillere schickt, beträgt der Export aus Neuquén, Mendoza und Salta über 100 000 Stück, so daß also hier wirklich von einer Interessenschädigung durch die chilenischen Zollmaßnahmen geredet werden kann. Geopolitische Folgen aber dürfen auch in dieser nördlichen Grenzzone nicht aus den wirtschaftlichen Umständen gezogen werden, da über die Grenzziehung nördlich des Nahuel Huapi in der neueren Zeit kaum nennenswerte Meinungsverschiedenheiten geherrscht haben. Der erwähnte Export geht übrigens durchweg durch Treiben der Viehherden vonstatten, während die einzige transandine Bahn schon wegen der Verzinsung und Amortisation ihrer Anlagekosten viel zu hohe Frachten befordern muß. Wohl in erster Linie wegen des Zweifels an der Rentabilität haben Projekte weiterer Querlinien bisher nur geringe Fortschritte gemacht. Von chilenischer Seite fördert man neuerdings die beiden Linien nach dem Territorium Neuquén, von argentinischer Seite den wiederholt unterbrochenen Bau der Linie Salta über das Territorium Los Andes, während eine weitere transandine Bahn nach Süd Mendoza von einer Privatgesellschaft studiert wird.

Eine lebhaftere Berührung in der Grenzzone der beiden Republiken haben wir aber nur im nördlichen Teil, wo die beiderseitigen Kerngebiete einander nahe kommen. Etwa vom 42.^o ab nach Süden ist das chilenische Längstal vom Meer durchflutet und — abgesehen von der Insel Chiloe — bestehen auf eine Strecke von

*) Der Rindviehexport von Argentinien nach Aysen ist ganz unbedeutend. Was die Schafe betrifft, so gingen 1926 rund 16 000 Stück mehr von Aysen nach Argentinien als in umgekehrter Richtung.

fast 10 Breitegraden nur verschwindende Kulturmöglichkeiten in einzelnen Tälern und schmalen Küstensäumen der Fjords, gewissermaßen vereinzelte Oasen, die weder unter sich noch mit dem chilenischen Kernland einen praktikablen Territorialzusammenhang haben; auch die Schaffung eines besonderen Territoriums Aysén (bis etwa zum 50.⁰) durch die gegenwärtig rührige Regierung wird nur wenig den naturgegebenen Unzulänglichkeiten zu ändern vermögen. Das argentinische Patagonien kann sich zwar umgekehrt über eine starke Vernachlässigung durch die Regierung beklagen, es ist aber hier der engere Anschluß an das Kernland durchaus möglich und zu erwarten.

Südlich vom 46.⁰ ist mit der einzigen Ausnahme des Bakersystems jegliche Grenzbeziehung beider Staaten durch ein gewaltiges Gletschergebiet, das sogenannte „patagonische Inlandeis“, unterbrochen, das in diesem Jahr erst zum zweiten Male von einer Forschungsexpedition überschritten wurde. Erst am 59. finden wir wieder eine Bresche im Hochgebirgswall, wo das Fjordlabyrinth von Ultima Esperanza es ermöglicht, den Rand der ostpatagonischen Meseta zu Schmalen zu erreichen.

In diesem südlichsten Patagonien (einschließlich des Feuerlandes) greift schon auf Grund des Vertrages von 1881 das chilenische Gebiet längs der Magalhaesstraße bis zum Atlantik hinüber, und auch der englische Schiedsspruch hat nordöstlich vom Ultima Esperanza sich aus praktischen Erwägungen zum großen Teil dem chilenischen Wasserscheidenprinzip zu eigen gemacht. Die weitere Grenzführung östlich des 72.⁰ und südlich des 52.⁰ hat schon 1902 nicht mehr zur Diskussion gestanden. Es sind wohl gelegentlich auf die am Ostausgang des Beaglekanals gelegenen kleinen Inseln Picton und Nueva von argentinischer Seite gewisse Ansprüche erhoben worden, ohne daß diese jedoch von besonderer Tragweite gewesen wären.

Wer einmal auf dem alten, argentinischen Gebiet berührenden Weg zwischen Puerto Natales am Ultima Esperanza und Magallanes nicht weniger als acht Paßrevisionen über sich hat ergehen lassen, dem kommt eine Grenzziehung zu einem ziemlich einheitlichen Wirtschaftsgebiet überhaupt als etwas Sinnloses vor, und er wird ein überzeugter Anhänger des Gedankens, den paß- und zollartigen Wall zwischen beiden Ländern wieder niederzulegen. Man könnte geradezu das ganze Gebiet beider Staaten, etwa südlich des 50.⁰, als geopolitische Einheit ansehen, als eine Art oligarchischer Wirtschaftsrepublik, wo mit dem Zentrum der Stadt Magallanes, als Nachfolger des „Königs“ José Menéndez eine kleine Gruppe von Familien (daneben englisches, auch etwas deutsches und südslawisches Kapital) über eine bunt zusammengesetzte Bevölkerung von vielleicht 50 000 Menschen und mehreren Millionen von Schafen die Herrschaft ausübt. Dieser Zustand der wirtschaftlichen Abhängigkeit auch der argentinischen Gebiete von der Stadt Magallanes (das argentinische Rio Gallegos-Tal verfrachtet einen großen Teil seiner

lle über diesen Hafen, und die argentinischen Farmer des Feuerlandes beziehen dort ihre Bedarfsartikel) hat sich dadurch herausbilden können, daß die wicklung im wesentlichen der Privatinitiative überlassen blieb und auf chileni-er Seite nur geringe, auf argentinischer gar keine Zollsätze erhoben wurden. te verfallen beide Regierungen in dem an sich berechtigten Streben, den Staats-anken in ihren beiderseitigen Gebieten zu fördern, vielfach in den dem „laissez-“ entgegengesetzten Fehler, aber man darf wohl hoffen, daß der teilweise einander gerichtete Wettbewerb bald durch eine ersprießliche Gemeinschafts-eit abgelöst wird.

WALTER FLEMMIG:

Zur Erdölpolitik der Großmächte III

Bemühungen Japans um Sachalin

Es war schon einmal erwähnt worden, daß für Japan das Petroleum eine Lebens-ge sei. Nachdem die Japaner sich in Persien vergeblich um Konzessionen be-ht hatten, da die Anglo Persian schon fast alles innehatte und auch Rumänien ne Aussichten bot, war es verständlich, daß die Sachalinfrage für die Japaner ganz besonderer Wichtigkeit war und daß der Besitz dieser Insel die einzige öfnung der Japaner hinsichtlich der Petroleumversorgung für ihre Schiffe be-tete. Mit der Sachalinfrage war für Japan die Anerkennung Rußlands ver-nden, und die japanische Regierung wußte dies auch, denn sie erklärte den Sjets kategorisch, wenn sie ihre Anerkennung und den Frieden im Stillen Ozean aschten, müßten sie ihnen das Petroleum von Sachalin überlassen. Sicher hätte an die Sowjets schon lange anerkannt, wenn nicht die Petroleumfrage gewesen e, deren Regelung aber sehr schwierig war, da Sinclair die Konzession hatte. 3land befand sich also in einem Dilemma. Neben Sinclair und Japan inter-erten sich für Sachalin auch England, welches die Anrechte der Shell, die diese dem Kriege erworben zu haben behauptete, unterstützte, und schließlich die einigten Staaten. Die weiteren Verhandlungen mit Japan führten dann aber h zu einer Verständigung, zumal Rußland inzwischen sich durch die Zurück-ung der Sinclair-Konzession eine erleichterte Lage verschafft hatte. Nach die-Vertrage hat Japan die Nordsachalin-Petroleumfelder auf die Dauer von 40 50 Jahren bekommen. Im Mai 1926 wurde dann die schon seit längerer Zeit gesehene „Sachalin-Erdölgesellschaft“ zwecks Ausnutzung der Ölfelder von Nord- malin gegründet. Als ausschließlicher Abnehmer kommt die japanische Marine Frage, die das größte Interesse an einer geregelten und gesicherten Ölversorgung Ende 1927 hieß es, daß die „Sachalin-Erdölgesellschaft“ sich um neue Kon- tionen auf Russisch-Sachalin bemühe, weil man offenbar befürchtete, daß

weitere Nutzungsrechte von russischer Seite an nichtjapanische Unternehmungen vergeben werden könnten. Im Juli 1928 kam wieder ein Vertrag zwischen Japan und Rußland zustande, der, obwohl die Liefermengen verhältnismäßig nur gering sind, in seiner Bedeutung doch nicht unterschätzt werden darf, da es sich um eine engere, bedeutsame Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet handelt.

Ölgewinnung in Australien

Der Umstand, daß der Verbrauch an Öl in jedem Jahre zunimmt und daß man einem Sinken der Förderziffern der jetzt in Ausbeutung befindlichen Gebiete rechnen werden muß, hat ein vermehrtes Streben nach Entdeckung neuer Erdölquellen wachgerufen. Schon mehrfach hat man in Australien Bohrungen angestellt, hat ungeheure Kosten nicht gescheut, aber keinerlei natürliches Erdöl gefunden. Wenn Australien bislang auch kein Öl in reinem Zustande hat, so besitzt es doch solches in Form der sog. Shale-Erde, deren Ausbeutung in größerem Umfange aber noch nicht vorgenommen wurde, da die Verfahren zur Ölgewinnung noch nicht eine genügende Rentabilität aufwiesen.

Überproduktion und Produktionsregulierung

Da die Vereinigten Staaten für die Ölversorgung der Welt den Ausschlag geben mußten, die Angaben der einzelnen Erdölsachverständigen über die Erdölvorräte dieses Landes von ganz besonderer Wichtigkeit sein. Vor einigen Jahren schätzte das geologische Reichsamt in Washington die noch unter der Erde befindlichen Vorräte in den Vereinigten Staaten auf 9 Milliarden Barrels. Die Vorräte würden nur noch 12 Jahre reichen. Die Erschöpfung würde sich nun nicht plötzlich nach 12 Jahren geltend machen, sondern da schon nach 7 Jahren ungefähr alle petroleumführenden Schichten erschlossen worden seien, würde von diesem Zeitpunkt an die Erzeugung allmählich zurückgehen. Der Gedanke einer Beschränkung der Produktion ist schon Ende 1924 von dem Präsidenten eines der größten amerikanischen Ölkonzerne vor der National Petroleum Marketers Association vertreten worden, und fast zu der gleichen Zeit beschäftigten sich mit dieser Frage auch das American Petroleum Institute und Präsident Coolidge. Letzterer ernannte einen Ausschuß zur Prüfung der Frage, wie eine vorsichtiger und weniger verschwenderische Ausbeutung der Ölfelder durchgeführt werden könne.

Die ganzen bisherigen Berechnungen über die in der Erde noch ruhenden Erdölvorräte müssen als ziemlich problematisch angesehen werden. Diese Ansicht vertrat auch der Leiter der Anglo Persian Oil Co. auf der Generalversammlung im Jahre 1927, indem er darauf hinwies, daß sich ein genauer Zeitpunkt für die Erschöpfung der Reserven nicht bestimmen lasse, da immer noch neue Erdölquellen entdeckt würden. Allerdings war auch er der Meinung, daß mit den verfügbaren Beständen besser hausgehalten werden müsse.

der Ausgleich zwischen Bedarf und Erzeugung, der bislang im wesentlichen bedenklich war, ist seit 1927 durch die Entwicklung der letzten Jahre gestört. Die Gefahr der Überproduktion ist, daß den Weltkonzernen, die bisher den Markt beherrschten, die restlose Regelung der Preise zu entgleiten droht. Daraus erklärt sich die Bildung des amerikanischen Petroleumexportkartells von Anfang 1929 und der Ruf nach internationalen Erdölkongressen, die die Beschränkung der Förderung, eine Kontingentierung des Absatzes und damit zufriedenstellende Preise herbeiführen sollen. Mit der Bildung des Exportkartells haben die Amerikaner zur Selbsthilfe gegriffen, und zwar als man sah, daß die Weltkongress der Großproduzenten noch ausblieb. Unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, ist es sicher kein reiner Zufall gewesen, daß die Kartellierungsabsicht zu gleicher Zeit mit dem engeren Zusammenschluß der großen britischen Ölkongresse zusammenfiel (Burmah Oil erwirbt eine Beteiligung an der Shell und die Anglo-Persian vereinigt ihre Absatzorganisation in Süd- und Ostafrika, in Ägypten, in Indien und in Teilen Indiens mit der Shell). Allerdings braucht man nicht weit zu gehen, daß man in diesen beiden Konzentrationen gleich einen verheerenden Kampf um die Vorherrschaft auf dem Weltpetroleummarkt erblickt, denn man darf wohl annehmen, daß die beiden großen Petroleumgruppen ihre Position genau kennen, als daß sie zu einem Kampfe rüsten, der in seinen etwaigen politischen Ausmaßen auf die Dauer keinen positiven Vorteil für jeden Partner bringen kann. Auch darf man wohl nicht annehmen, daß in diesen Entwicklungen die Vorstufe zu einem Weltmonopol der großen Trusts zu erblicken ist. Auch Verbrauchsländer müssen hier ruhig und überlegend handeln. Stabile Preise sind auch im Interesse der Verbraucher, und die für die nächste Zeit noch zu erwartende Überschußförderung dürfte kaum dazu angetan sein, Monopol Tendenzen zu begünstigen. Und selbst wenn dies später einmal der Fall wäre, ist immer noch die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen der von der Versorgung mit ökonomisch-amerikanischem Petroleum abhängenden Staaten gegeben. Wenn Frankreich an die Spitze der Gegenbewegung gestellt hat, die eindringlich die Errichtung weltlicher Petroleummonopole fordert, so ist das auf die schwere Enttäuschung zurückzuführen, die Frankreich im Mossulgebiet erfahren hat. Natürlich ist andererseits auch nicht die Gefahr zu verkennen, die in einer etwaigen Monopolisierung des Weltölmärktes in der Zukunft liegt. Vorerst darf man wohl sagen, daß das aller jetzigen Abreden, zu denen man kommen will, nur eine Beschränkung der mäßiger Rohölproduktion ist.

Schon im Jahre 1930 erklärte Sir Deterding, der leitende Mann der Shell, daß es dann eine durchgreifende Sanierung der Petroleumindustrie durchführen müßte, wenn die Vereinigten Staaten zu der Erkenntnis gelangen würden, daß die bestehende Gesetzgebung (gemeint sind die Antitrustgesetze) der Industrie das Schlimmste vorenthalte, das ihre Gesundung herbeiführen könnte. Unter dem Eindruck

der Tatsache, daß sich die Ölindustrie nach dreijährigen Bemühungen, das Problem der Überproduktion zu bewältigen, Ende des Jahres 1929 einer Rekordlage in der Ölindustrie gegenübergestellt sah, setzten zu Anfang 1930 erneut verschärfte Bemühungen zur Drosselung der Produktion ein. Es gelang unter den größten Anstrengungen, die weitere starke Zunahme der Rohölgewinnung abzu-drosseln, so daß von dieser Seite eine Erschütterung der Gesamtmarktlage abgesehen werden konnte. Im weiteren Verlauf des Jahres wechselte die Situation in der amerikanischen Erdölindustrie. Wenn vorübergehend mit einem erneuten An-schwellen der Rohölgewinnung im Santa-Fe-Springs-Feld gerechnet wurde, so lang es schließlich den energischen Bemühungen der führenden Konzerne in einem von Mitte Mai 1930 datierenden Abkommen, die Produktion auf 57% der Kapazität zu drosseln. Die energischen Bemühungen der amerikanischen Erdölindustriellen ihre Bestände auf den Feldern wie in den Raffinerien energisch abzubauen, blieben nicht ohne Erfolg. Die schon seit Jahren in der amerikanischen Petroleumindustrie meistens mit zweifelhaftem Erfolg im Gang befindlichen Bestrebungen zur Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen Produktion und Verbrauch führten im Jahr 1930 insofern zu greifbaren Ergebnissen, als seit April in Auswirkung lokaler Produktionsabkommen die Rohölgewinnung im Tagesdurchschnitt ständig abnahm. Daß die amerikanische Petroleumindustrie durch die gemilderte Überproduktions-krise eine empfindliche finanzielle Belastung erlitt, ist verständlich, ebenso wie auch die Tatsache, daß die freiwilligen Einschränkungen mit erheblichen finanziellen Opfern verknüpft sind.

Amerikanische Ölgesellschaften beherrschen alle Märkte

Das wichtigste Ereignis des Jahres 1930 für die amerikanische wie für die europäische Erdölindustrie war die Anfang November erfolgte Ungültigkeitserklärung der letzten Exportlisten seitens der amerikanischen Petroleum-Export-Association um den großen Erdölgesellschaften des Landes freie Hand auf dem Weltmarkt zu geben. Allerdings wurde diese Maßnahme als nicht sehr bedeutend hingestellt und erfuhr nicht die notwendige Beachtung, aber in den eingeweihten Kreisen wußte man wohl, daß das Vorgehen der Petroleum-Export-Association eine Situation schaffte, die evtl. auf einen neuen internationalen Preiskampf hinzielte. Im Zweck des vor etwas mehr als zwei Jahren gebildeten amerikanischen Exportkartells war die Schaffung eines Einheitspreises für das amerikanische Petroleum an den Auslandsmärkten. Diese Vereinbarung war sozusagen eine Kompensation für die Situation am inneramerikanischen Markt, wo angesichts der gesetzlichen Vorschriften freier Wettbewerb herrschen muß. Gegen Ende des Jahres 1930 hieß es dann, daß mehrere große Erdölgesellschaften, die besonders am Export interessiert sind, gegen die von der Petroleum-Export-Association festgelegten verhältnismäßig hohen Preise Stellung genommen hätten. Schon Monate vorher wußte man in der

effenden Kreisen, daß die Unzufriedenheit über die allzu hohen Preislisten Exporterdöl dauernd innerhalb der amerikanischen Konzerne wuchs. Besonders die Standard Oil Co. of New York und die Vacuum Oil Co. klagten über Einschränkung ihrer Aktionsfreiheit, zumal die festgesetzten Preise von den Gesellschaften anderer Länder, besonders Rußlands, unterboten wurden. Infolgedessen nahmen die amerikanischen Erdölexporte ab, und wollte Amerika den internationalen Markt verhältnismäßig nicht allzu stark verlieren, so mußte es den Markt freigeben. Neben dieser Prestigefrage stand das Konkurrenzmoment insofern, als die festgelegten Preislisten die amerikanischen Gesellschaften hinderten, den Preiskrieg in die heimischen Märkte der Royal Dutch Shell zu bringen. So wollte die amerikanische Erdölindustrie den heimischen Markt für sich besaß, war es noch gut und konnte man auch den einheitlich stabilisierten Exporterdölpreis erhalten. Durch die der Shell zu 70% gehörende Shell Union Oil Corporation gelang es diesem Konzern, innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit den amerikanischen Markt zu durchdringen, so daß schließlich auch in den Vereinigten Staaten die Frage der Preisreduktion für Benzin akut wurde. Wenn es auch an einer offiziellen Begründung für die Preisreduktion fehlte, so glaubte man doch, daß die Konkurrenz mit der Shell Union Oil Corporation hierfür die Ursache war. Andererseits war es den amerikanischen Ölgesellschaften infolge ihrer Beziehungen nicht möglich, der Shell auf dem Weltmarkt im freien Wettbewerb entgegenzutreten zu können. Wenn auch von den in der Petroleum-Export-Association zusammengeschlossenen amerikanischen Ölgesellschaften nur wenige an den Auslandsmärkten interessiert sind, so konnten doch die am Export beteiligten Gesellschaften es durchsetzen, die Preise nach Angebot und Nachfrage festzulegen, zumal es eine Zeit vorher — wie es hieß — große Mengen von Benzin und anderen Produkten, die für den Export bestimmt waren, unter dem offiziellen Exportpreis erhältlich gewesen sein sollten. Vielfach war zu diesem Vorgehen auch ein gewisser Zwang insofern gegeben, als sie mit den anderen ausländischen Lieferanten, insbesondere Rußland, wohl oder übel mitgehen mußten, wenn die amerikanischen Gesellschaften nicht einen gar zu erheblichen Anteil am Auslandsgeschäft verlieren wollten. Die Würfel sind gefallen, und die verschiedenen amerikanischen Ölgesellschaften können jetzt ihre Ölprodukte in jedem Lande und zu jedem Preise verkaufen.

J. ADLER:

Die internationale Pelzwirtschaft

Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung — Kürschnerei älter als Weberei — „Pelzstadt“ Leipzig
 Vertrauensgeschäfte — Nach dem Weltkrieg — 1500 Mill. RM. „Weltpelzernte“ — In
 Krise — Das Russenproblem.

Im Sommer 1930 hat in Leipzig — durch die bei der Planung des Unternehmens noch nicht voraussehbar gewesene Wirtschaftskrise zwar im Besuchs- und Finanzauftrag beeinträchtigt, aber anerkannt wertvoll im wirtschaftspolitischen Effekt — die erste Internationale Pelzfach-Ausstellung („Ipa, Leipzig 1930“) stattgefunden, an der sich 22 Länder beteiligten. Weiteste Kreise wurden hier warenkundlich und technologisch belehrt, wie die 161 Hauptgattungen der Pelztiere heißen, wie sie aussehen, woher sie stammen, wie die Felle durch den Jäger, Fänger und Züchter gewonnen, wie sie durch den Zurichter, Färber, Blender und Spitzer veredelt, wie sie durch den Kürschner und Pelzkonfektionär zum fertigen Pelzkleidungsstück verarbeitet werden. Gleichzeitig erschloß sich dem Volkswirt, dem Wirtschaftswissenschaftler, dem Geographen, dem Geopolitiker ein Einblick in die bisher den Außenstehenden wenig bekannte Struktur eines sehr eigenartigen und hochentwickelten internationalen Gewerbe- und Handelszweiges, der es in seinem schmalen, aber für viele Gebiete der Erde lebenswichtigen Sonderbereich zu einer stark ausgeprägten weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung gebracht hat. Vor allem ward diese Erkenntnis durch die Arbeiten des ersten Welt-Pelz-Kongresses vermittelt, der in Verbindung mit der Ipa im Juni 1930 tagte und mit der Errichtung des „Internationalen Verbandes der Pelzindustrien“ (Sitz Leipzig) seinen Abschluß fand.

Bot im Vorjahr die Ausstellungs- und Kongreßeinladung der „Pelzstadt“ Leipzig der Kulturwelt Anlaß, sich mit dem Pelzfach zu beschäftigen, so brachte der bisherige Verlauf von 1931 der Meinungsstreit über die sowjetrussische Exportpolitik die internationalen Pelzprobleme dem allgemeinen Interesse nahe. In der kurzen entwicklungsgeschichtlichen Grundriß der Pelzverwendung wird davon ausgegangen, daß der Gebrauch des Pelzwerks wie alle menschliche Bekleidung überhaupt teils aus dem Bedürfnis nach Kälteschutz, teils aus dem Schmuckbedürfnis hervorgegangen ist. Ehe man es lernte, die Wolle zu spinnen und zu verweben, erschrak man es gewiß einfacher, einige Schafpelze selbst grob zuzurichten und zu einem primitiven, aber warmhaltenden Gewande zusammenzunähen. So ist die Kürschnerei zweifellos viel älter als die Textilarbeit. Sicherlich spielten auch im frühesten

Handel der nördlichen Zonen die Pelzfelle schon eine wichtige Rolle, da manche Fellsorten nur in bestimmten Gegenden vorkamen, und da ihr hoher Wert das Risiko des weiten Transportes lohnte. In der Mittelmeerkultur des klassischen Altertums kam das allerdings nicht so sehr zur Geltung. Zwar schätzten die thessalischen und mazedonischen Hirten in kühlen Nächten den wärmenden Schafpelz; doch sah die griechische und römische Eleganz, durch das Klima des Südens veranlaßt, in reichlicher Pelzverwendung allzusehr ein Attribut der Barbarenvölker Nordens, um sich mit dem Pelzgewand befreunden zu können. Nur als Schmuck ließ man das Pelzwerk gelten. Kennzeichnend dafür ist es, wie sich die Götter und Helden der Mythologie gern mit den Fellen der erlegten Raubtiere herausstaffieren, Prometheus mit dem des Panthers, Herakles mit dem des Löwen. Erst als seit der Völkerwanderung und dem Aufstieg des Frankenreiches der Schwerpunkt der völkischen Politik, Kultur und Wirtschaft nach dem romanisch-germanisch-slawischen Norden rückt, wird die hier seit der Eiszeit heimische Pelzverwendung sich feiner, gepflegt und zum Gegenstande des Kleiderluxus gemacht. Das Mittelalter treibt geradezu eine Pelzverschwendung, wogegen sich alle „Kleiderordnungen“ vergebens auflehnen.

Das Kürschnerhandwerk — „Kürsche“, „Kurße“ mhd. der Pelzrock — entfaltet sich früh zu einem wohlorganisierten Berufsstand hohen Ansehens. 1134 entsteht in London die erste Kürschnerinnung Europas. Der Kürschner erwirbt die Felle des Marders, des Fuchses, des Otters, des Bibers, des Hermelins, des Iltisses, die er nicht nur verarbeitet, sondern auch selber zurichtet, unmittelbar vom Jäger. Mehr aber der Pelztierbestand der west- und mitteleuropäischen Länder infolge der jägermangelhaften Nachstellung sich lichtet, von um so weiterer Ferne müssen die Pelzfelle beschafft werden. So wird seit dem 14. Jahrhundert das slawische Ostropa der wichtigste Pelzlieferant des Westens. Lübbische und Danziger Kaufleute organisieren auf dem Wege über die Ostsee den Handel mit „Rauchwaren“ — „ruoch“, „ruoch“ mhd. dichtbehaart — vom Nordosten nach Mitteleuropa, wo sie alljährlich auf den Messen ihre Ware an die Kürschner absetzen. Auch über Land entwickelt sich der Rauchwarenhandel ostwestlich, wobei als dessen Träger seit dem 13. Jahrhundert polnische Juden in den Vordergrund treten. Tief aus dem fernsibirischen Sibirien kommt die Ware heran, unterwegs mehrfach umgeschlagen, auf den russischen Messen in Irbit und Nischnij-Nowgorod, auf dem Markte in Moskau, auf dem polnischen Markte in Brody, zuletzt konzentriert auf der Messe in Venedig, die seit dem 17. Jahrhundert alle anderen Großhandelsmärkte für Pelz- und Westeuropas überflügelt, auf der Leipziger Messe. Sie wird daher der wichtigste Einkaufsplatz der Kürschner und eines sie bedienenden regionalen Rauchwarenhandels. Auf diesen Markt gelangen neben den osteuropäischen Pelzfellen auch Rauchwaren vom Balkan und Orient durch walachische, griechische und türkische Händler.

So entwickelt sich Leipzig zum ersten internationalen Pelzhandelszentrum. Die Intervalle von Messe zu Messe füllt der ortsansässige Pelzhandel aus, der dadurch entsteht, daß Leipziger Kürschner zum Handel übergehen, Rohware, veredelte Ware, Halbfabrikate an auswärtige Abnehmer verkaufen, und daß polnische, russische und orientalische Messekaufleute sich dauernd in Leipzig niederlassen. Von den Firmenschildern auf Leipzigs weltbekannter Pelzhandelsstraße, dem „Brühl“, mit ihren zahlreichen osteuropäischen, griechischen, türkischen, armenischen Namen, ist diese Geschichte deutlich abzulesen.

Bis ins zweite Drittel des 17. Jahrhunderts versorgt nur altweltliches Pelzwerk den abendländischen Bedarf. Dann eröffnet das Zeitalter der kolonialen Erschließung neue Pelzjagdreviere in Übersee und vermittelt die Bekanntschaft mit neuen Pelztierarten. 1670 begründet ein Deutscher, Prinz Ruprecht von der Pfalz, in den Diensten der britischen Krone die „Hudson's Bay Company“, die die Pelzproduktion im nördlichsten Amerika monopolistisch organisiert und auch heute noch einer der wichtigsten Rohstoffversorger des Pelzweltmarktes ist; sie liefert ihre Waren nach London zum Auktionsverkauf ab; so wird London das zweite Pelzhandelszentrum. In Kanada, im Hinterland Montreals, entwickeln die Franzosen die Pelzjagd und bringen gleichzeitig im Süden, in Louisiana, den Fang der Bisamratte zum Schwung. Ihre Beute geht über den Atlantik nach La Rochelle, wo unternehmungslustige Leipziger Händler die Käufer sind. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts zählt Leipzig — neben dem Messehandel — 9 ständige Rauchwarenhandlungen und 65 Kürschnerbetriebe, die zum Teil mit Veredelungsarbeit verbunden sind, mit Zobelfärberei, deren Produkte ganz Europa hochschätzt. Im 19. Jahrhundert werden auch die Pelztierbestände Südamerikas, Australiens, Ostasiens, Afrikas dem internationalen Pelzverbrauch nutzbar gemacht. Drei Mittelpunkte hat nunmehr die Pelzwirtschaft der Erde. Der älteste ist Leipzig; es ist Stapel- und Umschlagplatz der europäischen, russisch-asiatischen und levantinischen Pelzproduktion für den Absatz nach der ganzen übrigen Welt und zugleich Versorgungszentrum des kontinentalen Marktes mit Überseepelzprodukten, die es aus London und New York bezieht; überdies ist Leipzig samt Umgebung der Sitz einer international als führend anerkannten und international beschäftigten Pelzveredelungsindustrie, die im 19. Jahrhundert aus den handwerksmäßigen Veredelungsbetrieben der Leipziger Kürschner hervorgegangen ist. Jünger als Leipzig ist London im Pelzgeschäft; hier strömt die „Pelzernte“ aus den britischen Kolonien, aus Südamerika und Ostasien auf großen Auktionen für den Weltabsatz zusammen, und hier ist das Versorgungszentrum des britischen Pelzbedarfs. Zuletzt ist New York hervorgetreten; es wird wesentlichster Ausgangspunkt des Rohpelzexports der USA. und zugleich Eingangspforte zum amerikanischen Konsum für die Pelzsorten nichtnordamerikanischer Provenienz.

Deutlich gestaltet sich aus natürlichen und geschichtlichen Gegebenheiten fol-

der Gliederung der internationalen Pelzwirtschaft im 20. Jahrhundert: Weltspannend ist der Absatzmarkt des Fertigprodukts; das Pelzwerk ist ein Requisite der Weltmode, in Berlin wie in Buenos Aires, in Kapstadt wie in Schanghai. Allenthalben eng angelehnt an den Verbrauch erscheint Anfertigung und Verkauf des Bekleidungsstückes, das zum großen Teile auf Bestellung individuell produziert wird. So gibt es Kürschner und Pelzkonfektionäre in allen Kulturländern. Weltumspannend gleichfalls, doch in ganz anderer Art, ist die Gewinnung des Rohstoffs; diese ist tiergeographisch bestimmt. Charakterprodukte Rußland-Sibiriens sind z. B. Hermelin, Zobel, Persianer, Breitschwanz, Peschaniki, Fohlen, während für Nordamerika das amerikanische Opossum, Skunks, Biber im Vordergrund stehen. Fuchspelz und Marderfelle werden in der Alten und Neuen Welt gewonnen. Südamerika liefert Nutria und Chinchilla, Afrika Gazelle, Australien australisches Opossum. Das sind nur Beispiele, denn es gibt, wie schon bemerkt, 161 Hauptgattungen von Pelztieren. Diese ganze Musterkarte muß der internationalen Pelzmode zur Verfügung stehen. So ist es eine Notwendigkeit, daß alles, was Sammler und Aufkäufer in den Produktionsländern an Ort und Stelle zusammenbringen, nach den großen Zentren des Weltmarktes, Leipzig, London und Newyork, hinströmt. Dort, bei den Auktionen und in den Lagerhäusern der großen Rauchwarenfirmen, vollzieht sich gleichsam ein „Clearing“ für Angebot und Nachfrage. Ergänzt und gesichert wird die Organisation des internationalen Rauchwarenhandels durch das Kommissionärwesen. Der Kommissionär führt an seinem Platze Ein- und Verkaufsaufträge auswärtiger und ausländischer Händler aus. Wenn z. B. ein Leipziger Händler von einem Mailänder Geschäftsfreund eine Bestellung auf bestimmte Felle erhalten hat, die augenblicklich nur in London zu haben sind, so beauftragt er seinen Londoner Kommissionär, der die Ware dort ausfindig macht und sie, wenn erforderlich, direkt nach Mailand liefert. Und statt Leipzig, Mailand und London könnte das Dreieck ebensogut auch von Leipzig, Newyork und San Francisco gebildet sein. Denkbar ist dieser ganze Organismus nur auf starker Verflechtungsbasis. Die Ware ist kostbar und, als organisches Produkt, sehr individuell. Ebenso veränderlich wie die von vielen Naturfaktoren abhängige Rohstoffgewinnung ist der jeweils von der Modelaune beeinflusste Bedarf.

Der Sinn und Zweck des internationalen Zusammenwirkens im Rauchwarenhandel ist, den an die Konsumplätze gebundenen Hersteller des Fertigerzeugnisses, den Kürschner oder Konfektionär, möglichst an seinem Orte oder doch in seinem Lande und möglichst aus einer Hand für seinen gesamten Materialbedarf zu befriedigen. Er soll bei seinem Rauchwarenhändler alles vorfinden, was er braucht, sei es Persianer aus Zentralasien oder Maulwurf aus Deutschland oder Weißfuchs aus Labrador sein, und all dies verlangt er in einheitlichen „Sortimenten“, in gleichmäßigen Bündeln von absoluter Gleichmäßigkeit. Der Rauchwarenhandel an den internationalen Hauptplätzen entspricht dieser Forderung, indem er die aus den Ur-

sprungsländern bezogene „Originalware“ sorgsam sortiert und nur in „reinen“ Sortimenten weiterverkauft. Und an dieser Stelle schaltet sich in der Regel auch die Veredelung der Ware ein. Der Kürschner kann nur das Fell verarbeiten, das zuvor zugerichtet, oft auch gefärbt worden ist. Diese Veredelung verlangt außerordentliche Facherfahrung und einen umfangreichen technischen Apparat, zudem ständige Fühlung mit den Markt- und Modeverhältnissen. In den Ursprungsländern des Rohmaterials fehlt für sie zumeist die technische Grundlage, und andererseits würde es eine unwirtschaftliche Zersplitterung bedeuten, wollte man sie erst an den Verarbeitungs- und Verbrauchszentren vornehmen. Infolgedessen hat die Veredelungsindustrie sich dort etabliert, wo Stapel und Umschlag der Weltpelzernte konzentriert sind. Das ist am frühesten in Leipzig geschehen, dessen Persianer- und Bisamveredelung zumal auch heute an erster Stelle in der Welt stehen. London hat in der Sealfärberei hohen Rang erlangt. Neuyork ist unter starkem Zollschutz der führende Veredler für den USA.-Bedarf geworden.

Was hier skizziert wurde, war die Situation im Jahre 1914. Zur Kennzeichnung der deutschen Pelzmetropole Leipzig sei noch bemerkt, daß damals über 80% des gesamten russischen Rauchwarenexports vom „Brühl“ aufgenommen und über die ganze Welt verteilt wurden. Dieses internationale Pelzwirtschaftssystem von 1914 hat dann der Weltkrieg zerschlagen. Als Deutschland 1920 nach Ende der Kriegsblockade wieder Zutritt zum Weltmarkt erhielt, wies das Leipziger Pelzfach folgende weltwirtschaftliche Eröffnungsbilanz auf: An Verlusten die Vernichtung der meisten Auslandsniederlassungen, das Eindringen Neuyorks und Londons in wichtige Leipziger Positionen auf dem internationalen Markte, die Zertrümmerung des mit Leipzig bis 1914 so vielfach liierten russischen Rauchwarenhandels durch die kommunistische Revolution; als Gewinn dagegen erschien höchstens die Tatsache, daß Leipzig im Zusammenhange mit der allgemeineren Ersatzstoffwirtschaft des Krieges auch eine sehr leistungsfähige und zukunftsreiche Kaninveredelungsindustrie neu aufgezogen hatte, wie sie zuvor nur in Frankreich und Belgien vorhanden gewesen war.

In erstaunlichem Tempo gewann seit 1920 die deutsche Pelzwirtschaft wieder den Anschluß an den Weltmarkt. Geschickt nahm sie die Inflations-Exportkonjunktur wahr und sicherte doch zugleich weitzblickend durch rechtzeitige Devisenfakturierung ganz leidlich, jedenfalls besser als viele andere Wirtschaftszweige, ihre Kapitalsubstanz. Die alten Vertrauensbeziehungen mit London und Neuyork wurden rasch wieder aufgenommen; die Geschäftsfreunde im Auslande förderten umfassend die rekonstruktiven Bemühungen Leipzigs. Es lag um so mehr im allgemeinen Interesse, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen und zur erprobten Arbeitsteilung zurückzukehren, als die internationale Mode sich in der Nachkriegszeit äußerst pelzfreundlich gestaltete, und ein gutes Zusammenwirken von Händlern, Veredlern und Verarbeitern die günstigste Auswertung dieser Markte

verhielt. Nur die Frage schien für Leipzig wirklich schwierig zu sein, wie die russische Ware wieder herankommen könnte. Sie wurde noch vor dem Vallo-Vertrage vom 16. April 1922 durch eine Verständigung zwischen dem Leipziger Rauchwarenhandel und dem Sowjet-Außenhandelsmonopol gelöst. Das Monopol, das an die Stelle des einstigen Privathandels auch in der Rauchwarenfuhr Rußlands getreten war, erkannte es als vorteilhaft, für die Exportverwertung seiner Rauchwarenvorräte sich im besonderen des auf Russenware seit Jahrzehnten spezialisierten Leipziger Platzes zu bedienen. Regelmäßige „Russentationen“ wurden in Leipzig eingerichtet, deren erste bereits am 28. September stattfand, und umfangreiche freihändige Verkäufe am Brühl tätigte die in Leipzig eröffnete Rauchwarenexpositur der Berliner Sowjet-Handelsvertretung. Der Höhepunkt der Nachkriegsentwicklung in der internationalen Pelzwirtschaft wurde zunächst um 1928/29 erreicht. Das Vertrauenssystem umschließt wieder den ganzen Erdball, mit Leipzig, London und Newyork als Zentren, die freundlich untereinander verbunden sind. Man besucht wechselseitig die Londoner Tationen und die Leipziger Rauchwarenmessen und Russenauktionen. Unterstützt durch den ständigen technischen und geschmacklichen Fortschritt insbesondere der Leipziger Veredelungsindustrie, die auch aus bescheidenen Kanin- und Lammfellen aparten Pelzschmuck preiswert hervorzaubert, feiert die Pelzmode in der ganzen Welt Sieg um Sieg. Neue Hoffnungen erwecken die Errungenschaften der Pelztierzucht, zuerst 1894 auf der kanadischen Prince-Edward-Insel mit der Zucht von Nerfuchsen begonnen und jetzt in ganz Nordamerika, in Norwegen, Deutschland, Österreich, Rußland ausgebaut und auch noch auf verschiedene andere wichtige Pelztiergattungen erstreckt. Die Hochkonjunktur geht in dieser Zeit besonders in den USA. aus. Sie sind das reichste Wirtschaftsgebiet der Erde geworden, wo fast schwörtlich ein jeder Arbeiter sein Auto und eine jede Arbeiterin ihren Pelzmantel hat. Man berechnet allen Ernstes, daß in den USA. insgesamt 30 Millionen Pelzmäntel in Gebrauch sind, wovon alljährlich 10 Millionen durch neue ersetzt werden müssen. Die gewaltige Konsumzunahme Amerikas läßt den Weltpelzmarkt fast den großen Verbrauchsrückgang verschmerzen, der im verarmten Europa getreten ist.

Einige Zahlen: Um 1928/29 wird die jährliche Gesamtpelzernte der Welt mit etwa 1500 Mill. RM. beziffert; nach Abzug des Eigenbedarfs der Produktionsländer kommen davon für etwa 1000 Mill. RM. Rohware in den Welthandel. Hierher stammen etwa 45—50% aus Nordamerika, 30% aus der Sowjetunion, der Rest aus allen übrigen Weltgegenden. Gut ein Drittel des Welthandelsumsatzes der Rauchwaren geht über Leipzig, um hier gelagert, sortiert und größenteils auch veredelt zu werden, und allein von der russischen Ware haben bereits wieder etwa 50% Leipzig als nächstes Ausfuhrziel. 1928 saldiert der deutsche Außenhandel von rohem und bearbeitetem Pelzwerk aktiv mit 97,5 Mill. RM. In Deutsch-

land ernährt 1928/29 das Pelzfach über 50000 Menschen, davon ein Drittel im Leipziger Bezirk. Ihren Standort in der Stadt Leipzig selbst (noch ohne die Umgebung) haben 718 von 887 deutschen Rauchwarenhandlungen, 66 von 221 deutschen Zurichtereien und Färbereien, 24 von 130 deutschen Pelzkonfektionsbetrieben, 352 von 2871 deutschen Kürschnereien. Es versteht sich von selbst, daß Leipzig auch Zentrum des Verbandswesen der deutschen Pelzwirtschaft ist.

Was somit ein Jahrzehnt deutscher Nachkriegsarbeit beim Wiederaufbau der internationalen Pelzwirtschaft geleistet hat, durfte mit Recht durch die Leipziger Veranstaltungen des Sommers 1930 hervorgehoben werden. Das hat auch das Ausland durch seine Beteiligung anerkannt. Inzwischen freilich haben sich neue Sorgen und Probleme ergeben, konjunktureller wie struktureller Art. Im Umriss deuten das die deutschen Außenhandelsziffern an (in Mill. RM.):

	Deutsche Pelzwerk-Einfuhr		Deutsche Pelzwerk-Ausfuhr	
	roh	bearbeitet	roh	bearbeitet
1927:	185,3	61,8	69,6	226,4
1928:	235,5	64,7	92,5	305,2
1929:	259,8	84,4	114,6	288,9
1930:	176,1	74,2	68,7	232,9

Gradmesser für die Lage von Rauchwarenhandel und Pelzveredelung sind vor allem die Einfuhr roher und die Ausfuhr bearbeiteter Ware. Das Jahr 1930 bringt den scharfen Rückgang, da die seit Herbst 1929 eingetretene amerikanische Wirtschaftskrise den wichtigsten Absatzmarkt rapid an Aufnahmefähigkeit herabsetzt. Da die Krise auch auf Europa und Südamerika hinübergreift, erscheint ein Ausgleich unmöglich. Die Preise sinken stark, verursachen große Verluste durch Lagerentwertung und bringen viel Verdienstrückgang und Not über die Produktionsgebiete, wie zumal über das nördliche Sibirien und den hohen Norden Amerikas, wo die Menschen als Jäger und Fallensteller geradezu monokulturell auf den Pelztierfang angewiesen sind. Auch die Pelztierzüchter in Amerika und Europa erleiden schwere Einbuße. Im ganzen nimmt immerhin der Organismus der internationalen Pelzwirtschaft den Anprall der Krise elastisch auf. Schon zeigen sich die ersten Früchte der vertrauensvollen Aussprache von 300 Fachleuten aus 25 Ländern auf dem Leipziger Kongreß von 1930, wo die Fragen der Konditionierung des Kommissionärwesens, des Gläubigerschutzes, des Schiedsgerichtswesens eingehend geklärt worden waren. Die Krise zeigt auch eine positive Seite: übermäßige Preise sind abgebaut, unzuverlässige Elemente ausgemerzt, eine gesunde Basis für künftige neue Erholung des Geschäfts gewonnen, an der international nicht gezweifelt wird. Besondere Sorgen hat freilich Leipzig. Man spürt hier in der Krise deutlicher als sonst die Benachteiligung gegenüber dem Auslande durch höhere Abgaben, Soziallasten und Leihgeldzinsen. Vor allem klagt hier die Veredelungsindustrie, deren Lohnsumme von 1929 auf 1930 sich von 19 auf 11 Mill. RM. vermindert hat, be-

Abnahme der Belegschaft um zwei Drittel. Und von dieser Seite wird auch strukturelles Problem eindringlich hervorgehoben.

Dieses strukturelle Problem betrifft Rußland. In dem System der internationalen Pelzwirtschaft, das wir schilderten, erscheint vor wie nach dem Kriege Rußland hauptsächlich als Rohstofflieferant; damit zeigt es sich ins Ganze gut einfügend, mag es die Ausfuhr im Privathandel oder monopolistisch betreiben. Allerdings jedoch tritt ein gewisser Wandel darin hervor. Rußland geht dazu über, seine Pelzproduktion über den heutigen Eigenbedarf hinaus selbst zu betreiben und in steigendem Maße veredelte Ware zu exportieren, ja, zum Teil, verläutet, auch schon Halbfabrikate der Kürschnerei.

Russische Rauchwarenausfuhr (in Millionen Rubel):

	roh	zugerichtet	zugerichtet und gefärbt
1929:	88,3	17,2	1,1
1930:	56,2	15,3	5,3

Somit ist der Exportanteil der veredelten Ware von 17,2 auf 26,8% gestiegen, der Rohware von 82,8 auf 73,2 gesunken. Daß Rußland seine Industrialisierungspolitik dergestalt auch auf den Rauchwarenexport ausdehnt, mußte in einem Punkte, da die Pelzveredelung der übrigen Länder unter wachsendem Auftragsmangel litt, sehr verstimmen. Aus England wurde die Sowjetunion sogar des Kupings in veredelten Rauchwaren beschuldigt. In Deutschland kam es zu Kontroversen über die Frage, wieweit die deutschen Banken, die durch Bevorschussung des russischen Rauchwarenexportgeschäftes via Leipzig wesentlich mit ermöglichten, in der Beleihung veredelter Russenware vom Risikostandpunkte aus gehen sollten. Von deutscher Seite ist eine grundsätzliche Verständigung der internationalen Pelzbranche mit den Russen vorgeschlagen worden, dahingehend, daß Rußland den Anteil veredelter Ware an seinem Pelzexportvolumen freiwillig auf einen Prozentsatz — etwa 25—30% — begrenzt, um eine schwere Gleichgewichtserschütterung der internationalen Pelzwirtschaft zu vermeiden. All diese Fragen sind bis jetzt noch nicht gelöst. Leipzig bearbeitet sie in durchaus versöhnlichem Geiste, was dadurch bewiesen wird, daß nach allen Debatten dennoch die Leipziger Frühjahrs-Russenauktion 1931 planmäßig stattgefunden hat und auch durch die ihr vorausgegangene neu eingerichtete Leningrader Auktion nicht beeinträchtigt worden ist. Beachtlich — gegenüber allzu starken Befürchtungen vor der russischen Konkurrenz — erscheint es, daß Rußland seit jeher selber ein großer Pelzproduzent gewesen ist und wahrscheinlich schon bei einer geringen Wohlstandserhöhung seine neue Pelzindustrie hauptsächlich für den wieder steigenden eigenen Bedarf gebrauchen wird. Somit wäre das gerade bei der heutigen Krise für Leipzig und London gewiß nicht angenehme Eingreifen Rußlands in den Markt der veredelten Ware vielleicht doch nur als vorübergehend anzusprechen.

KARL HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

„Hochschule und Ausland“, Heft 8. August 1931, enthält wertvolle Beiträge über „Deutschland und Indien“, „Übersicht über die chinesischen Universitäten“, „Japanische Schaukunst“, die „Kaiserliche Universität in Osaka“ — (die Neuzusammenfassung der bisher schon berühmten Stadt-Hochschulen der reichsten Handelsstadt und größten Japans): eine überaus dankenswerte Art, mit Hochschulnachrichten zugleich Erweiterung des Weltbildes zu verbinden.

An enzyklopädischen Erscheinungen mit starkem geopolitischen Eigenwert verzeichnen wir und legen die Forderung ihrer Anschaffung mindestens an allen ihnen zugänglichen öffentlichen Büchereien für geopolitisch Interessierte nahe:

„Der Große Herder“ — 12 Bände und 1 Weltatlas, Bd. 1: A bis Battenberg. Freiburg i. Breisgau 1931; Herder & Co. IV. völlig neu bearb. Aufl.

Auf 10 Zeilen und einer Skizze das Wesen der „ABC-Staaten“ zeichnen; mit einem der vielen treffsicheren Blockdiagramme auf zwei Spalten „Afghanistan“ brauchbar schildern, auf ebensowenig Raum die „Ägäische Kultur“, den „Alexanderzug“ (mit Karte), den großen Eroberer (mit Abukir-Goldmedaillon!), seine lebenszähste Gründung Alexandria; durch solche Sparsamkeit wieder Raum für eine gediegene Behandlung der „Alpen“ mit edlen Kunstblättern und einem Liebhaberblatt über die Alpenpflanzen gewinnen; beliebte Ausflugsziele, wie den „Ammersee“ mit vortrefflichen Kartenausschnitten kennzeichnen; die Qualität von „Armenien“ (mit ausgezeich-

netem Blockdiagramm des schwierigen liefs), von „Anam“, des „Atlantischen Ozeans“ (mit dem bekannten Bodenrelief der Meereskunde): das alles sind Kunststücke der Lexikographie! Gerade zu den „Alpen“, dem so oft verständnislos behandelten „Asien“ und „Australien“ greift der kundige politische Geograph bei der Prüfung erster Enzyklopädien-Bände zuerst; er sieht mit Anerkennung „Banat“ und „Batschka“ eigens kartographisch behandelt und findet gegen Ende in dem Aufsatz „Barock“ ein kleines Meisterwerk, das sich selbst in der köstlichsten Barocksammlung sehen lassen könnte. Im Wunsch, die Verfasser wenigstens der größeren Aufsätze (wie in der Encyclop. Britannica) kennenzulernen, ist begreiflich; die Spannung mit der namentlich der Geograph und Geopolitiker dem zwischen II. und III. Band verheißenen Atlas entgegenzieht, ist verständlich; er bildet für beide die Krönung eines nach dem ersten Eindruck glücklich gelegten und vorzüglich geschlossenen Werkes mit bestimmter, aber nirgends störend hervortretender weltanschaulicher Einstellung, hinsichtlich der Einheitlichkeit und Gedrungenheit des Aufbaus zugut gekommen ist.

Auf Band 9 des „Großen Brockhaus“ endlich weisen wir voranzeigend hin, weil er — demnächst erscheinend — mit dem Schlagwort „Indien“ und „Indonesien“ (wie die Freiheitsbewegung will) oder „Indonesien“ (nach Douwes Dekker-Multatuli) das geopolitisch heikelste und aufschlußreichste Problem für die ganze geistige Entwicklung einer Enzyklopädie unserer Tage bringt und wird.

ef März: Die Ozeane in der Poli-
nd Staatenbildung. Breslau 1931;
hanns Bücherei Verlag; Ferdinand Hirt.
38 Kt.

r steht endlich, für jedermann erreich-
gedrängter, mustergültiger, sorgfälti-
urcharbeitung eine zugleich dem breiten
edürfnis wie den besten Kennern auf-
reiche Antwort auf die quälende Frage
er Zusammenfassung politischer Ozeano-
e für ein vom Meer zurückgeschnitte-
nach überseeischen Ausblicken klein-
gewordenes und doch von ihnen
ig gebliebenes Volk! Es ist ein Weiter-
des Anrufs, der schon aus des Ver-
„Überseeischen Wachstumspitzen“ deut-
ernehmbar war, mit der ganzen stillen
ähnen Arbeitstreue gereift, die wir an
b hochschätzen gelernt haben, deren ge-
geopolitische Arbeit am meisten bedarf.
a ausgezeichnetes Hilfsmittel werden na-
ch die 36 gehaltvollen Skizzen der
e bieten; je meerferner sie ist, je schwie-
r die Mühe wird, ozeanische Vorstel-
als Gegengewichte zu den vorwalten-
stländischen Auffassungen zu bilden,

desto dankbarer wird gerade die Schule für
diesen ozeanischen Lufthauch ins Binnenland
sein müssen. Aber diese Auffassung der Ozeane
wird jedem den Blick weiten, dem Berufs-
und Binnenenge das Weltbild einzuschränken
droht. Ihnen allen legen wir hier eine jener
geopolitischen Musterarbeiten ans Herz, aus
denen nach unserer Vorstellung erst eine ab-
schließende Darstellung der Geopolitik als
Lehre entstehen könnte, wenn solche Vor-
arbeit für alle wichtigen Teilräume und alle
wichtigen geographischen, die Politik be-
einflussenden und staatenbildenden Kräfte
vorlägen! Wie Gediegenes leistet etwa die
Skizzenfolge von Karte 19–36 für Erkenntnis
und Nachweis des Strebens nach Umrandung
des Meeres, im Text auf 27 S. beschränkt.
Solcher Vorbereitungsarbeit, unmittelbar bis
in das Kräftespiel der Gegenwart herein ge-
führt, bedarf aber die Schule und das Leben;
und hier offenbart sich die doppelte Schu-
lung durch Wissenschaft und Presse zugleich,
die allein beider Werkräume überschaut. Ein
außerlich bescheidenes, aber unentbehrliches
Buch!

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST:

Literaturbericht aus Europa und Afrika

etter: Süd- und Mitteldeutschland.
Reihe, 5. Heft der Sammlung „Schauen
und Schildern“, erdkundliche Lesehefte,
Herausg. von H. Hinrichs. 64 S. Ver-
lag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M.
31. RM. 0,80.

ne geschickte Zusammenstellung von Er-
zählungen, historischen Skizzen, Schilderungen
Wirtschaft, Wanderungen, Landschaft
Städten. Für jede typische Gegend der
sich so unterschiedlichen süd- und
deutschen Länder eine treffende Cha-
rakterisierung aus der gewiß überreichen Hei-
deratur zu sammeln, ist ein ebenso lobens-
wie schwieriges Unterfangen. Soweit
auf 64 Seiten in 17 Lesestücken für ein
vom Harz bis zu den Alpen, vom

Böhmerwald bis zum Rhein möglich ist,
dürfte die Aufgabe geglückt sein.

**Südwestdeutschland als Kultur- und
Wirtschaftseinheit.** Sieben Rundfunkvor-
träge. 95 S. H. L. Brönners Druckerei und
Verlag, Frankfurt a. M. 1931. RM. 1,50.

Die erste Rede „Südwestdeutschland als
Kultureinheit“ (Michel) stellt in Berufung
auf O. Maull den Rhein-Main-Bezirk als
Kern Rheinfrankens oder Südwestdeutschlands
(Hessen-Nassau, Freistaat Hessen sowie Teile
der Rheinprovinz und das Saargebiet) heraus.
Von diesem Herzstück aus ist sowohl eine
kulturelle wie auch wirtschaftliche (4. Vor-
trag, Trumpler) Verflechtung mit seinen
Randzonen bis an thüringische, bayerische,

), Volkstracht (Roth), Wirtschaft und (Bell). Es ist zu wünschen, daß unter der mannigfaltigen Siebenbürgenur diese gediegene Aufsatzsammlung etzen wird. Was aber auch an diesem anderen Büchern gleichen Themas zu geln bleibt, ist, daß über der großen erung für das Siebenbürger-Land und utschen Menschen übersehen wird, daß dieses Siebenbürgen mitten in einer ellen, wirtschaftlichen, sozialen und beangspolitischen Krise steht. Wenn wir ebenbürgens Vorposten- und Kämpfern für das Deutschtum im Südosten en, müssen wir zunächst an uns im die Forderung stellen, dem Kämpfer zuverlässigen Rückenschutz zu geben. bürgen erwartet ihn von Deutschland, et ihn als unsere Hilfe.

Christoff: Das heutige Bulgarien.
S. Edwin Runge Verlag, Berlin 1930.
2,50.

geopolitische Erkenntnis, „daß nur großraumwirtschaft eine Gewähr für die Selbständigkeit Europas geben kann“ die Tatsache, daß es an einem Schrifttum lt, das eine gründliche Kenntnis der n, Länder und Völker des uns zunächst nen Mitteleuropas vermittelt, haben den -Verlag zu der dankbaren Aufgabe ver, eine Buchreihe „Staaten und Länder und Südosteuropas“ herauszubringen, erster Band uns vorliegt.

ade Bulgarien ist unter den Balkan n wohl am wenigsten ausschlaggebend ie politische und wirtschaftliche Entng zu einem mittel-südosteuropäischen irtschaftsraum hin. Aber als unser Bunosse im Weltkrieg teilt es auch unser sal der Verstümmelung, Entwaffnung ntrectung. Blieb auch die Grundlage olkswirtschaft, die Landwirtschaft, im gesund erhalten, so sieht sie sich doch nblick auf notwendige Modernisierung schweren Aufgaben. Wir erfahren in n Abriß weiter vom Verlauf der Gege Bulgariens (seinen beiden großen eiten des Mittelalters und der Leidens-

zeit unter türkischer Herrschaft), und gewinnen Einblick in den Aufbau, die Verfassung und die Verwaltung des heutigen Staates — die Arbeitsdienstpflicht wird dabei kurz gestreift —; Abschnitte über das Parteienwesen, die Presse und Kultureinrichtungen schließen dies außerordentlich instruktive und aus größter Sachkenntnis geschriebene Buchlein.

N. Handjief: Organisation der Staats- und Selbstverwaltung in Bulgarien.
Schriften der Deutschen Akademie, Heft 4.
113 S. Verlag Ernst Reinhardt, München 1931. RM. 4,50.

Der „Geschichtliche Überblick“ sucht nach Zusammenhängen zwischen den Verwaltungsorganisationen der mittelalterlichen Bulgarenreiche, der Türkenzeit und Neubulgariens. Im ersten Kapitel werden die Staatsorgane der Zentralverwaltung (Zar, Minister und Ministerat), im zweiten und dritten Kapitel wird die administrative Dezentralisation der Staatsverwaltung und die Dezentralisation durch Selbstverwaltung behandelt. Hierher gehören administrative Einteilung, Lokalbehörde der Staatsverwaltung, Polizei, Dorf- und Stadtgemeinde, Kreise, orthodoxe Kirche, Berufskammern. Wir finden also sowohl das zentralistische wie auch das dezentralistische Prinzip angewandt, denn „da — so schreibt der Verfasser — die Nachteile einer radikalen Zentralisation als Vorteile der Dezentralisation und umgekehrt geltend gemacht werden, so läßt man in der Ausgestaltung der bulgarischen Verwaltung beide ergänzend zusammenwirken“. Den knappen einschlägigen Abschnitt des Christoffschen Buches ergänzt und vertieft vorliegende Studie in dankbarer Weise.

H. Kohn: Orient und Okzident. Weltpolitische Bücherei. Band 24. 95 S. und 14 Zeichnungen. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin 1931. RM. 3,—.

A. Grabowski, der Herausgeber dieser Sammlung, bezeichnet in seiner Vorbemerkung „die Berücksichtigung des Orients als besonders dringliche Aufgabe“. „Nicht als ob wir dort politisch etwas zu suchen hätten“, begründet er seine These, „doch ... wenn

wir die Agrarländer des europäischen Südostens als ein Zentraleuropa organisch verbundenes Wirtschaftsgebiet ansehen und ihre Probleme studieren, so liegt es nahe, daß wir auch das Hinterland gleichsam dieser Gegenden, eben den Orient, ins Auge fassen.“

Versteht auch H. Kohn unter „Orient“ jenen Länderkomplex vom Mittelmeer bis zum Pazifik, so berücksichtigt er doch in dieser Schrift zunächst und besonders den Nahen Osten, in dem sich östliche und westliche Welt am unmittelbarsten begegnen und überschneiden. Der Orient ist im Begriff, den Entwicklungsvorsprung der okzidentalen Welt, der in der Lösung „von der Religion als der bestimmenden Grundlage alles sozialen und privaten Lebens und ihre Ersetzung durch den Nationalismus“, einzuholen. Daraus ergeben sich für den Osten Fragen politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Problematik, die neue weltpolitische Aussblicke eröffnen. „Die imperialistischen Reiche der Gegenwart werden sich in geographisch und wirtschaftlich zusammenhängende Staatengruppen wandeln, die eine auf Gleichordnung aufgebaute Schicksals- und Interessengemeinschaft darstellen werden.“ So weit reißt wohl die durch drängende Fülle des Stoffes und spannende Herausarbeitung der Probleme erzeugte Dynamik des Büchleins mit. Aber: „Der Völkerbund ... wird durch die wachsende Verselbständigung Indiens und durch den Ein-schluß neuer orientalischer Staaten ... immer mehr ein Abbild der wachsenden Völkergemeinschaft bilden“ wird — und nicht ohne Grund — skeptisch aufgenommen werden müssen.

S. Passarge: Ägypten und der Orient. Weltpolitische Bücherei. Band 23. 69 S. mit 14 Zeichnungen. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin 1931. RM. 2,40.

Einleitend setzt sich der Autor mit der politischen Orientliteratur auseinander: „So vorzüglich jene Veröffentlichungen auch bezüglich der Politik sein mögen, sie zeigen doch auch gerade oftmals einen deutlichen Mangel an Kenntnissen, die sich auf die politische Geographie dieser Länder be-

ziehen.“ So unterscheidet sich denn Passarges Arbeit nicht nur vom politisch-geschichtlichen Standpunkt Kohns durch ihren politisch-geographischen Ausgangspunkt, sondern auch durch ihre Analysierung der Statik der orientalischen Probleme, während Kohn um Synthese ringt. Dennoch entsteht von Land, Leuten und politischen Grundlagen ein Bild plastischer Eindringlichkeit. Aus Landschaftscharakter und Bevölkerung — wobei P. die Rassenprobleme außer Acht läßt — erklärt sich die Differenziertheit menschlichen Lebensformen, unter denen Staat und Land, Völker und Stände einem fast gesetzmäßigen gegenseitigen Aufeinanderwirken unterliegen, das auf das Werden und Vergehen der orientalischen Staaten von erheblichem Einfluß ist. Nach Skizzierung der politisch-geographischen Grundlagen, die als gesprochene „Kulturherzen“ von „Kraftherzen“ (Zentralarabien), Vorzugsgebiete und Rückzugsgebiete unterscheiden lehrt, und einem Hinweis auf H. Kohns Buch über die Entwicklung des Nationalismus im Orient, gesprochen in der „Z. f. G.“, Jahrg. 1928, Heft 1, das ihm eine Beschränkung auf die Hauptmomente der Beeinflussung des Orients durch die Maschinenkultur gestattet, wendet sich der V. den staatlichen Verhältnissen des arabischen Orients nach dem Kriege zu. In seiner weltpolitischen Bedeutung (Wege nach Indien, Ostasien, Ostafrika) wird erklärt, warum die Alliierten ihre Versprechungen nationaler Selbständigkeit der arabischen Völker nicht wahr machten. Dann folgt eine politische Geographie der Einzelstaaten: Ägypten, Palästina und Transjordanien, Zentralasien und Wahabitenreich, dem er für die Zukunft des Orients entscheidende Bedeutung zumißt. Im Ergebnis seiner Betrachtung gelangt P. zu einer Abweichung von Kohns auf Ausgleich zwischen Orient und Okzident zielende Prognose und auf Grund der geographischen Verschiedenheit zwischen Ost und West zu einer Formulierung, die allein einen Durchbruch der trennenden Kräfte durch die dünne Kruste augenblicklicher Angleichung für wahrscheinlich hält.

Kohn: Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient. 455 S. Sozietas-Verlag, Frankfurt a. M. 1931. RM. br. —, Ganzl. 12,50.

Is der oben angezeigten, in ihrer Knapp- und Anschaulichkeit genialen Zusammenfassung des Problems „Orient und Okzident“ sich hier und liegt als umfassendes Buch uns die Problematik jenes Gebietes, das uns besonderes Studiengebiet ist, des Vorderen Orients. Auch hier wieder schon im die dynamische Gegenüberstellung zweier alter Orientwege finden für den Westen Interesse; von den importierten Ideen der nationale Gedanke zur politischen wider den okzidentalen Herrschaftswillen Imperialismus. Den historischen Ab- bis zur Zuspitzung dieses Gegensatzes Kohn in seinem vorerwähnten Werk: ichte der nationalen Bewegung im Orient. beschäftigt er sich im besonderen mit Verhältnissen der Nachkriegszeit. Die fünf Abschnitte vermitteln die Kennt- im Vorderen Orient wirksamen Kräfte, lgt die Behandlung der einzelnen Län- Ägypten, wo der Wafd über kurz oder sein Ziel erreicht haben wird, die natio- Freiheit und Demokratie zu sichern; tina, wo die jüdische Heimstättenbewe- die Probleme komplizierte; Transjor- n, wo nach Durchführung der Bahn ad—Haifa die Unabhängigkeit nur schein- erhalten bleiben dürfte; Syrien, das sich ranzösisches Mandat eine Zerstückelung Territoriums gefallen lassen mußte; dessen baldige Aufnahme in den Völker- bevorsteht und dessen Ehrgeiz ist, zum punkt der neu aufstrebenden arabischen n zu werden. Die Kette der Einzel- chtungen schließt der Abschnitt über die sche Halbinsel, deren politisches Kern- t das Kraftherz im Sinne Passarges Darum urteilt auch Kohn: „daß Ibn bei der kommenden Neugestaltung der schen Verhältnisse eine wichtige Rolle en wird“.

ne Fülle von Material, die erläuternden ins Detail gehenden Anmerkungen, eine

ausführliche Literaturübersicht und ein Namensregister machen das Buch zu einem Standwerk der politischen Verhältnisse im Nahen Osten.

Der Vordere Orient. 4. Bd. der „Auslandsstudien“, herausg. vom Arbeitsausschuß zur Förderung des Auslandsstudiums a. d. Universität zu Königsberg i. Pr. 140 S. Gräfe und Unzer Verlag, Königsberg i. Pr. 1931.

Eine Sammlung von Aufsätzen, denen eine Vortragsreihe über das Thema „Der Vordere Orient“ an der Königsberger Universität zu- grunde liegt. Bergsträsser skizziert die geistige Wechselwirkung zwischen „Islam und Abendland“ und veranschaulicht den ägyptischen und türkischen Modernismus an seinen typischen Repräsentanten: an dem ägyptischen Theologen Muhammad Abdul und an dem Hauptbegründer des türkischen Nationalismus, Zia Gök Alth. Beide aber hätten den abend- ländischen Gedankenkreis nicht verstanden. Positiver urteilt Hartmann über „Die neue Türkei“. Ihre Modernisierung sei trotz man- cher Schwächen und Fehlgriffe eine ge- schichtliche Notwendigkeit und hoch einzu- schätzen. Wreszinski behandelt „Ägypten und den Süden“ vor allem geopolitisch, historisch und wirtschaftlich (englische Baum- wollpolitik!); kulturell dagegen gar nicht. L ö h r behandelt in „Syrien und Palästina in Geschichte und Gegenwart“ eingehend das Problem des Zionistenstaates, die wirtschaft- liche und politische Lage sowie die geistig- kulturelle Bedeutung der Gebiete. Sittig schildert „Cypern, als eine Brücke vom Okzi- dent zum Orient“ (Landesnatur, Geschichte, griechisches Problem), und Schae der un- tersucht „Die weltpolitische Stellung Persiens“. Er gibt zwar auch einen historischen Über- blick, legt aber das Schwergewicht auf eine feinsinnige Darstellung der kulturellen Ent- wicklung Persiens und die Ausstrahlungen persischer Kultur.

W. Lesch: Arabien. Eine landeskundliche Skizze. Sonderabdruck aus den Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Mün- chen. 153 S. Beziehbar vom Verfasser.

Koburg (B.), Seidmannsdorfer Str. 1a, 1931.
RM. 4.—.

Aus sozialen, politischen und praktischen Gründen trennt der V. die arabische Halbinsel durch eine Grenzlinie, die vom Nordende des Akaba-Golfes zum Nordrand des Persischen Golfes zieht, nach Norden ab, obwohl — wie der V. betont — „zweifelsohne die Syrische Wüste in physischer Beziehung noch ganz zu Arabien“ gehört. Es bleiben also gerade jene Gebiete von der Betrachtung ausgeschlossen, mit deren Zusammenfassung zu einem einheitlichen Wahabitenreich bei ungestörter Entwicklung der arabischen Politik zu rechnen gewesen wäre (vgl. Passarge, S. 36). Diese Beschränkung hat andererseits den Vorteil, daß den Einzelheiten Innerarabiens mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden kann. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Natur, der zweite mit den Menschen des untersuchten Gebietes. Zur Vertiefung der geographischen Verhältnisse, die unter den vorgenannten Büchern nur unter großen Gesichtspunkten geordnet zu finden sind, ist die Arbeit von Lesch gewiß geeignet, wenn sie auch der Plastik (Passarge) und des dynamischen Schwunges (Kohn) ermangelt. Bei Darstellung der politischen Verhältnisse kommt V. zu nachstehender, Passarge nahekommender, aber Kohn genau entgegengesetzter These; er spricht vom Reich Ibn Sauds: „Auf den ersten Blick erscheint diese innerarabische Staatsbildung erzeugt durch eine Belebung des nationalarabischen Gedankens; bei genauerem Zusehen zeigt sich jedoch, daß auch hier, wie so oft in Arabien, die letzten Triebkräfte in der Religion wurzeln.“

G. K. Chesterton: Das Neue Jerusalem. Reiseeindrücke. Aus dem Englischen übertragen von Curt Thesing. 305 S. Carl Schünemann Verlag, Bremen 1930.

Dorthin, wo die christlich-westliche Kultur vom Zuge der großen Menschheitsentwicklung abzweigt, reist Chesterton: nach Jerusalem. Im Plauderton einer von Sarkasmus

und gesunder Kritik geladenen Philosophie zieht er die Bilanz des Soll und Haben unseres Entwicklungsganges und -standes, zieht er Vergleiche zwischen West und Ost. Das letzten Kapitel gehört unser besonderes Interesse: dem Problem des Zionismus. Chesterton spricht als Antisemit. Aber wenn er die Probe aufs Exempel der Heimstättenbewegung in der Frage sieht, wie viele der nach Palästina wandernden Juden auch wirklich den Boden verwurzeln, als Bauern den Boden bearbeiten, und nicht lediglich kraft ihres Vermögens, ihrer Erfahrung und ihres Geldes Heimrecht im Lande der Araber fordern, so ist interessant, als Antwort aus Kohns Blick auf Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient folgende Zeilen zu entnehmen: „Die soziale Gliederung der jüdischen Bevölkerung Palästinas beruht auf einer viel höheren Stufe der städtischen und kapitalistischen Wirtschaft als die des Vorderen Orients. Unter den 165 000 Juden Palästinas leben nur 34 000 in Dörfern, von denen auch noch eine beträchtliche Zahl nichtlandwirtschaftliche Berufe ausüben, so daß der Anteil der von der Landwirtschaft Lebenden kaum ein Fünftel erreicht.“

M. Metzger: Aufruhr auf Madagaskar. 156 Seiten. F. A. Brockhaus, Leipzig 1930.

Das Büchlein vermittelt in spannend und anschaulich erzählender Form einen Einblick in die koloniale Erschließung der großen afrikanischen Insel durch die Franzosen. Schauplatz ist der Südosten der Insel, der den Hova, dem westlichsten Volksstamm, und den Malaiken, bewohnt wird. Verf. versteht sich auf die kulturelle Eigenart dieses Volksstammes vor allem aber auch lebendige Naturschilderungen der tropischen Berglandschaft zu leisten. Durch eine vortreffliche Charakterisierung zahlreicher Einzelschicksale entsteht das Bild der skrupellosen Gewaltherrschaft französischer Militärs bei der kolonialen Durchdringung der Insel, der aufbauenden Tätigkeit der französischen Mission, von Eingeborenen und Eingeborenentreue.